

# Das Parlament

Berlin, Montag 18. Januar 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 3-4 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Eine eiserne Lady

**Nancy Pelosi** Die Sprecherin des Repräsentantenhauses hält seit vergangener Woche einen einsamen Rekord in der Geschichte der USA. Noch keiner der übrigen 61 Amtsinhaber vor ihr hat gleich zwei Mal ein Amtsenthebungsverfahren gegen einen Präsidenten initiiert – schon gar nicht gegen den selben. Die erste Frau auf dem drittmächtigsten Posten der USA, den sie erstmals von 2007 bis 2009 bekleidete und aktuell seit 2019, sitzt nun bereits seit 1987 für die Demokratische Partei im Kongress und vertritt einen Wahlbezirk in San Francisco. Die 1940 als Tochter italienischer Einwanderer geborene Pelosi gehört zu den erbittertesten Gegnern Trumps. Im Februar 2020 zerriss sie nach dessen Rede zur Lage der Union vor dem Kongress sein Redemanuskript vor laufenden Kameras. *aw*



**ZAHL DER WOCHE**

232

**Abgeordnete** des Repräsentantenhauses, darunter auch zehn Republikaner, stimmten in der vergangenen Woche für die Einleitung des zweiten Amtsenthebungsverfahrens gegen US-Präsident Donald Trump.

**ZITAT DER WOCHE**

»Er wird als schlechtesten Präsident in die Geschichte eingehen.«

**Arnold Schwarzenegger**, Republikaner und ehemaliger Gouverneur von Kalifornien (2003-2011), macht Donald Trump für den Sturm auf das Kapitol verantwortlich, den er mit den Novemberpogromen von 1938 verglich.

**IN DIESER WOCHE**

- INNENPOLITIK**  
**Wahlen** Kandidatenkür der Parteien soll trotz Corona möglich sein **Seite 5**
- WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Pkw-Maut** Ex-Verkehrsminister im Untersuchungsausschuss **Seite 6**
- EUROPA UND DIE WELT**  
**EU-Grenze** Frontex-Chef kontert Kritik an Zurückweisungen **Seite 7**
- KEHRSEITE**  
**Ortstermin** Start des Bürgerrats zur Außenpolitik **Seite 8**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Die Seuche wütet weiter

**CORONAKRISE** Das Impfprogramm läuft nach Ansicht der Opposition zu schleppend an

**H**offnung und Verzweiflung liegen auf dem Höhepunkt der Coronapandemie dicht beieinander. Während Fachleute würdigen, wie schnell hochwirksame Impfstoffe gegen das Coronavirus Sars-Cov-2 entwickelt wurden, wird angesichts der aggressiv wütenden Seuche zugleich über noch schärfere Kontaktbeschränkungen debattiert. Impfstrategien, die Impfstoffbestellung und Impfprioritäten werden kritisch hinterfragt. Und für Teile der Wirtschaft stellt sich mehr denn je die Existenzfrage. Gleichwohl, ohne die Vakzine, die seit Ende vergangenen Jahres weltweit eingesetzt werden, wäre die Lage inzwischen hoffnungslos. Allein in Deutschland hat die Zahl der insgesamt bestätigten Coronafälle die Marke von zwei Millionen überschritten, jeden Tag kommen Tausende neue Fälle hinzu, Hunderte von Toten täglich sind zu beklagen, oft mehr als 1.000. Deutschland ist ein einziger Hotspot.

Für Aufregung sorgt zusätzlich eine besonders ansteckende Mutation des Virus, die in Großbritannien und Irland weit verbreitet ist und das europäische Festland erreicht hat. Auch in Südafrika wurde eine kritische Mutation festgestellt. Zwar scheint der von Biontech/Pfizer entwickelte Impfstoff gegen die britische Variante wirksam zu sein, allerdings erhöht die Virulenz den Druck, schnell zu Impferfolgen zu kommen. Die Impfstoffproduktion läuft jedoch gerade erst an, es mangelt also an Verfügbarkeit.

**Zwei Impfungen** Um den zähen Anlauf zu beschleunigen, dürfen jetzt aus jeder Biontech-Ampulle sechs statt fünf Impfdosen gewonnen werden, ein um 20 Prozent erhöhtes Volumen, kein Tropfen soll verschwendet werden. Experten warnen aber davor, die zweite Schutzimpfung über den in der Zulassung vorgesehenen Zeitraum hinauszuzögern, um auf diese Weise mehr Menschen eine Erstimpfung verabreichen zu können. Wenn zwischen Erst- und Zweitimpfung ein zu langer Zeitraum liege, könne die Immunantwort schwach ausfallen und bei Infektionen gefährliche Virusvarianten begünstigen, gaben Virologen zu bedenken.

Inzwischen ist auch das Vakzin des US-Herstellers Moderna in der EU zugelassen und wird ausgeliefert. Anders als der Impfstoff von Biontech/Pfizer muss dieses Mittel nicht bei minus 70 Grad gekühlt werden. Mehrere andere Impfstoffe, darunter von AstraZeneca, Johnson & Johnson und der Tübinger Firma Curevac, befinden sich noch in der Pipeline, sodass womöglich bald schon aus dem akuten Mangel ein Überfluss werden könnte. Allein über die Hersteller Biontech/Pfizer und Moderna hat sich Deutschland für 2021 insgesamt 140 Millionen Dosen geschert. Die EU hat unlängst weitere bis zu 300 Millionen Dosen von Biontech geordert.

**Keine Wahl** Eine Wahlmöglichkeit zwischen Impfstoffen ist derzeit nicht vorgesehen, die zugelassenen Vakzine seien gleich sicher und wirksam, heißt es. Mit Impfgegnern hatten Experten gerechnet, dass aber ausgerechnet viele Pfleger sich trotz der erhöhten Infektionsgefahr einer Impfung verweigern, ist überraschend. Offenbar befürchten manche Mitarbeiter in Gesundheitseinrichtungen eine Rolle als Versuchskaninchen.

Unterdessen sind vergangene Woche die nochmals verschärften Kontaktbeschränkungen in Kraft getreten, die vorerst bis Ende Januar gelten sollen. Viele Einzelhändler sowie Schulen und Kitas bleiben geschlossen. Die Bürger sind aufgerufen, möglichst auf Reisen und auch auf Ausflüge zu verzichten. Wie schwer das fällt, zeigt der immense Andrang jüngst in den verschneiten Bergen. Psychologen berichten, dass die Coronakrise viele Familien und speziell Kinder an die Grenze ihrer psychischen Belastbarkeit bringt (siehe Seite 3). Ein Ende der Auflagen ist aber nicht in Sicht, eine Verlängerung wahrscheinlich.



Für einen umfassenden Schutz vor dem Coronavirus sind bei den jetzt zugelassenen Präparaten zwei Impfungen notwendig.

© picture-alliance/dpa/ZB/Jens Büttner

Die brenzlige Lage stand vergangene Woche erneut im Zentrum der parlamentarischen Beratungen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erläuterte in einer Regierungserklärung das Impfkonzept und das weitere Vorgehen in der Pandemie und musste sich gegen heftige Kritik der Opposition zur Wehr setzen. Spahn räumte ein, dass es beim Impfstart „geruckelt“ habe, jedoch sei mit den Impfungen der Weg aus der Krise nun vorgezeichnet. Er fügte hinzu, der Ernst der Lage zwingt weiter zu Einschränkungen.

**Zuversicht** Die aktuelle Situation sei zwiespältig: Einerseits sei die Pandemie in ihre vermutlich schwerste Phase getreten, andererseits sei so schnell wie noch nie ein sicherer Impfstoff verfügbar. Somit gebe es Grund für Zuversicht. „Wir sind jetzt auf dem Weg raus aus der Pandemie.“ Mehr als 750.000 Menschen seien bereits geimpft worden, und wo geimpft werde, sei auch der Ablauf professionell. Spahn sagte, es gebe berechnete Fragen und auch Kritik. Es gehe darum, gemeinsam nach guten Lösungen zu suchen. Spahn verteidigte die Entscheidung, die Bestellung der Impfstoffe europaweit zu koordinieren. Den europäischen Weg zu gehen, liege im nationalen Interesse. Es sei auch genug Impfstoff für alle bestellt worden, die sich impfen lassen wollten, zu Beginn der größten Impfkampagne der Geschichte seien jedoch die Produktionskapazitäten noch begrenzt. Voraussichtlich im Sommer könne jedoch allen ein Impfangebot gemacht werden. Spahn betonte: „Wir krem-

peln zusammen die Ärmel hoch, damit diese Pandemie ihren Schrecken verliert.“ Er schränkte ein: „Besiegen können wir das Virus nur, wenn sehr viele bereit sind, sich impfen zu lassen.“ 2021 könne ein Jahr guter Nachrichten werden.

**Versagen** Die AfD-Fraktion hielt der Bundesregierung Versagen auf der ganzen Linie vor. Sebastian Münzenmaier (AfD) sprach von einem Desaster bei der Impfkampagne, ungerechtfertigten Corona-Auflagen und einem „Trommelfeuer“ an Horrormeldungen, mit denen Panik geschürt werde. Grund- und Freiheitsrechte würden eingeschränkt, Hunderttausende Existenzen vernichtet. Der in Deutschland entwickelte Impfstoff sei für Deutschland kaum verfügbar, rügte Münzenmaier. Bestellungen in ausreichender Menge seien „vergeigt“ worden. Statt Risikogruppen mit Sonderöffnungszeiten und Taxi-Gutscheinen gezielt zu schützen, werde ein ganzes Land zum Stillstand gebracht. Der Lockdown sei unverhältnismäßig. Ganze Wirtschaftszweige seien irreparabel beschädigt. Der AfD-Abgeordnete forderte einen Kurswechsel in der Corona-Politik.

Harsche Kritik kam auch von der FDP. Fraktionschef Christian Lindner sagte, die Impfung sei eine große Chance, zur Normalität zurückzukehren, jedoch sei die Vorbereitung beschämend schlecht gewesen, der Impfstart verstopft worden. Nur nach und nach sei die Bestellmenge der EU vergrößert worden. Was nicht gut gelaufen sei, müsse nun aufgeklärt werden. Lindner warnte, die Verzweiflung der Wirtschaft

wache. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) jetzt zu weiteren acht bis zehn harten Wochen spreche, sei das „eine verstörende Perspektive“. Das Land könne nicht über Monate im Lockdown gehalten werden. Es sei zudem kaum vermittelbar, wenn Ski- und Rodelpisten besser kontrolliert würden als der Zugang zu Alten- und Pflegeheimen. Lindner sprach mit Blick auf die stationäre Pflege von einem „Politikversagen mit Anlauf und mit Ansage“. Gebraucht würden alternative Strategien und ein gezielter Schutz der Risikogruppen.

**Kritische Fragen** Bärbel Bas (SPD) rechefertigte die Kritik, die auch aus ihrer Partei am Krisenmanagement von Spahn gekommen war. „Unsere Fragen sind nicht unständig und keine Majestätsbeleidigung“, sagte sie. Das Impfmangement könne noch viel besser werden. Das sei auch kein Wahlkampfgetöse. Die Impfkampagne und die Logistik müssten ebenso verbessert werden wie die Aufklärung, um Verschwörungsmethoden entgegenzutreten.

Karin Maag (CDU) erwiderte, es könnten natürlich Fragen gestellt werden, sie fügte jedoch hinzu: „Es gibt kein Impfchaos.“ Es gebe beim Impfstoff auch kein Bestellproblem, aber der Impfstoff müsse erst hergestellt werden. Was noch nicht funktioniere, sei das Einladungsmanagement. Die Menschen wollten schnell und einfach einen Impftermin. Hier müsse nicht jedes Land sein eigenes Modell verfolgen.

Linksfraktionschefin Amira Mohamed Ali sprach von Chaos bei der Vergabe der Impftermine. Das müsse mit den Ländern besser koordiniert werden. Statt Vertrauen werde Verdross geschaffen. Zudem sei in Deutschland zu wenig Impfstoff verfügbar, andere Länder seien besser. Die Linke fordere eine Freigabe der Lizenzen für die Impfstoffproduktion. Es müsse auch mehr Hilfen für Unternehmen und Solo-Selbstständige geben. Nötig sei zudem ein Recht auf Homeoffice.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sprach mit Blick auf die vielen Infizierten und Toten von einer dramatischen Entwicklung. Der Impfbeginn mache Hoffnung, allerdings sollten keine falschen Versprechungen gemacht werden, die Pandemie könne nicht auf Knopfdruck beendet werden. Viele Menschen seien coronamüde. Sie forderte deswegen: „Wir müssen einen Plan haben, wie wir raus kommen aus der Pandemie.“ *Claus Peter Kosfeld*

**EDITORIAL**

## Impfen und wählen

VON ALEXANDER WEINLEIN

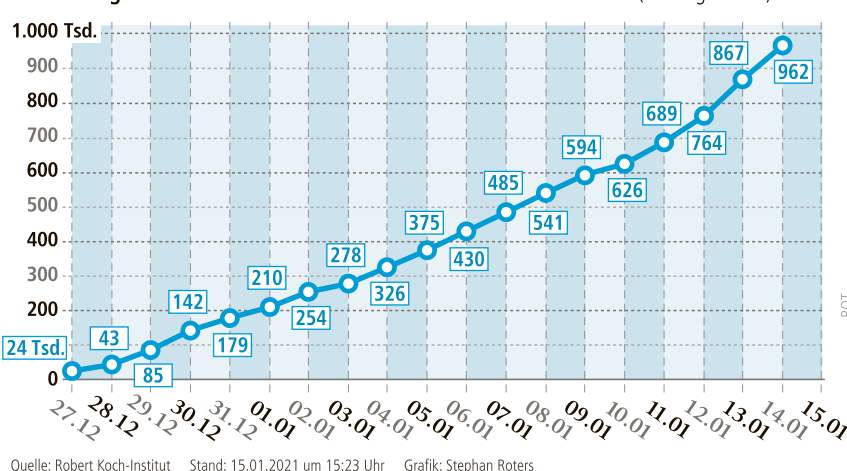
Wer es im Lockdown vergessen haben sollte, wurde zum Jahresanfang schlagartig daran erinnert: Deutschland steht vor einem Superwahljahr. In sechs Bundesländern werden neue Landtage gewählt, in drei Ländern stehen Kommunalwahlen an und am 26. September die Bundestagswahl als Höhepunkt im Politik-Kalender. Insofern verwundert es nicht, dass so mancher Politiker quasi noch in der Silvesternacht in den Wahlkampfmodus schaltete.

Noch vor wenigen Monaten war ungewiss, wann die fieberhafte Entwicklung eines Impfstoffs gegen das Corona-Virus nebst Zulassung erfolgreich abgeschlossen und die erste Spritze gesetzt werden kann. Doch nur wenige Tage nach Impfbeginn zum Ende des Corona-Jahres 2020, scheint die große Freude über die Zulassung des ersten Vakzins – obendrein noch aus einem deutschen Labor – komplett verfliegen. Statt dessen sieht sich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plötzlich der Frage ausgesetzt, ob er den vermeintlich verpatzten Auftakt zum Impfen, wie Deutschlands größte Boulevardzeitung in den Raum stellte, zu verantworten habe. Und der Frage, ob frühzeitig und ausreichend Impfstoff geordert worden ist. In der ersten Reihe der Fragesteller stand jedoch nicht die Opposition, sondern ausgerechnet Spahns Kabinettskollege Olaf Scholz, seines Zeichens Finanzminister und Vizekanzler – aber eben auch Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten. Prompt hält die Union dem Koalitionspartner vor, das Thema für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen.

Befremdlich wirken auch die Einlassungen von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) zu einer Impfpflicht für Pflegepersonal. Galten diese Menschen bis vor kurzem noch als Helden der Nation, sehen sie sich plötzlich in der Position querdenkender Impfmuffel. Und dies aufgrund einer wenig repräsentativen Umfrage. Für Widerspruch sorgt der Vorstoß auch deswegen, weil bislang die Devise galt, auf eine Impfpflicht prinzipiell zu verzichten. Diskussionen, Debatten und politischer Streit sind der wünschenswerte Normalfall in einer Demokratie. Für den richtigen Weg in der Corona-Pandemie gilt dies allemal. Schon deshalb wurde „Corona-Diktatur“ völlig zu Recht zum unwort des Jahres gekürt. Aber eine vom Wahlkampf überlagerte Corona-Debatte wird wenig geeignet sein, um Vorbehalte gegenüber der Impfspritze abzubauen. Auch nicht gegenüber dem Gang ins Wahllokal.

### Impfungen gegen das Coronavirus in Deutschland

Entwicklung der Gesamtzahl seit dem 27. Dezember 2020 in Tausend (Werte gerundet)



Quelle: Robert Koch-Institut Stand: 15.01.2021 um 15:23 Uhr Grafik: Stephan Roters

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





GASTKOMMENTARE

PFLICHT ZUM HOMEOFFICE?

Mehr Druck tut not

PRO



Rainer Woratschka, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Jenseits des Arbeitsrechts lässt sich kein Unternehmen gerne reinreden, wie und wo es seine Mitarbeiter arbeiten lässt. Und bürgerliche Regierungen hüten sich vor Einmischung. Doch die Zeiten sind besondere. Seit elf Monaten grassiert ein hochansteckendes Virus, das selbst durch scharfe Kontaktverbote im Privatbereich, Reisebeschränkungen, Laden- und Schulschließungen nicht in den Griff zu bekommen ist. Im Gegenteil: Durch Virusmutationen hat sich die Gefahr weiter erhöht. Da dürfen Vorgaben für Wirtschaft und Arbeitswelt nicht länger tabu sein. Bisher haben alle Mahnungen wenig gefruchtet. Die Büros sind immer noch voll zu voll. Schon klar: Paketauslieferung, Pflege oder Polizeidienst lassen sich nicht im Homeoffice erledigen. Doch mehr als 50 Prozent der Beschäftigten in Deutschland haben Bürojobs – und vielfach scheitert die Verlagerung der Arbeit eher an eingespielter Präsenzkultur und Kontrollzwang der Arbeitgeber als an technischen Hindernissen. Dabei zeigen sich viele größere Firmen kooperativ – und fühlen sich bestärkt durch positive Homeoffice-Erfahrungen. Das Problem ist der Mittelstand. Und leider auch die öffentliche Verwaltung. Man mag es kaum glauben: Bei Super-Behörden wie Bundesanstalt für Arbeit oder Deutscher Rentenversicherung begibt sich nach wie vor jede(r) Zweite zum Arbeiten ins Büro. Mit allen Risiken, sich anzustecken und das Virus weiterzutragen – durch Kollegen oder im öffentlichen Nahverkehr. Offenbar ist es mit politischen Appellen nicht getan. Es braucht mehr Druck durch strikte Vorgaben. Und auch einen Rechtsanspruch auf Homeoffice-Arbeit, wo irgend machbar. Die Pandemie ist zu weit fortgeschritten, um sich noch länger davor zu drücken.

Der falsche Weg

CONTRA



Guido Bohsem, Neue Berliner Redaktionsgesellschaft

Willkommen in der schönen neuen Arbeitswelt: Es klingelt, zwei Herrn vom Zoll grüßen zur Büro-Kontrolle. Kurz mal nachschauen, ob wirklich nur die erlaubten Mitarbeiter im Büro sind. Also nur die mit wohl dokumentierten und behördlich hinterlegten Gründen, den Arbeitsplatz aufzusuchen. Findet sich nur ein überzähliger Praktikant, gibt es ein Homeoffice-Knöllchen. So etwa läuft das in Belgien, das derzeit als liebstes Beispiel für ein Homeoffice-Gebot gilt. Zwar räumen die Befürworter so einer Zwangsverordnung ein, dass der Anteil der Menschen, die wegen Corona regelmäßig am heimischen Schreibtisch arbeiten, hierzulande auf beachtlich hohem Niveau liege. Doch im Frühjahr 2020 sei er eben noch höher gewesen. Im Sinne der Kontaktreduzierung bleibe daher nur staatlicher Zwang. Interessant ist, dass dieses Argument ausgerechnet von denselben gesellschaftlichen Gruppen vorgebracht wird, die eine Impfpflicht für Ärzte und Pflegenden ablehnen, und stattdessen auf Überzeugungsarbeit setzen. In Sachen Homeoffice wiegt die Pandemiebekämpfung offenbar schwerer als das Bedürfnis gar nicht so weniger Arbeitnehmer, lieber im Büro als zu Hause zu arbeiten. Vor allem aber würde der Homeoffice-Zwang ausgerechnet die Arbeitgeber vor den Kopf stoßen, die seit Monaten organisatorischen Mehraufwand leisten, den Verlust von Kreativität hin- und eine deutlich schwierigere Personalführung auf sich nehmen, um ein Homeoffice-Modell zu gewährleisten. Ihre Mühe würde mit erheblichem bürokratischen Mehraufwand vergolten – und gelegentlichen Kontrollbesuchen. Nein, auch hier ist Zwang der falsche Weg und Überzeugungsarbeit der richtige.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 4. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Ullmann, noch nie sind so schnell Impfstoffe entwickelt worden, aber das Corona-Impfprogramm läuft zögerlich an. Was überwiegt bei Ihnen, Freude oder Frust?

Ganz klar Freude, dass wir Licht am Ende des Tunnels sehen. Es scheint so, als würden wir im Laufe des Jahres in Europa genug Impfstoffe haben. Als Infektiologe und Politiker ist es für mich auch schön zu sehen, dass mit Innovationen aus der Privatwirtschaft etwas so Wichtiges erreicht wird für diese Welt.

Trotzdem wird der Impfstart kritisiert. Woran hapert es im Moment?

Die Impfprogramme in den Bundesländern laufen tatsächlich nicht rund. Es gibt Länder wie Schleswig-Holstein, die gut gute Impfraten kommen, und dann haben wir Länder wie Sachsen, wo es nicht gut läuft und das zugleich die höchste Infektionsinzidenz aufweist. Es ist traurig, dass wir bei den Impfarten kein bundeseinheitliches Bild sehen.

Wie kommt es zu den Unterschieden?

Das hängt mit unterschiedlichen Programmen zusammen, wie Impfungen verabreicht werden. Wir haben momentan etwa zwei Millionen Impfdosen zur Verfügung, es sind bisher aber nur rund 700.000 Menschen geimpft worden. Auch wenn man die nötige zweite Impfdosis noch zurückhält, hätten rund 300.000 Menschen mehr geimpft werden können. Warum das nicht geschehen ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Hätte der anfängliche Mangel an Impfstoffen verhindert werden können?

Teilweise ja. Es wäre zumindest eine andere Verteilung denkbar gewesen. Es ist ja verwunderlich, dass Länder wie die USA oder Israel eine deutlich höhere Impfquote aufweisen und offensichtlich im Verhältnis auch mehr Impfstoff zur Verfügung haben als Europa. Gleichwohl ist die europäisch koordinierte Impfstoffbeschaffung richtig, denn Impfnationalismus ist der falsche Weg.

Woher kommt ausgerechnet bei vielen Pflegekräften die Impf-Skepsis?

Sorgen machen sich nicht nur Pflegekräfte, auch Ärzte. Die Sorgen müssen wir ernst nehmen. Es gab möglicherweise bei der Schweinegrippe eine unerwartete Nebenwirkung, die Schlafkrankheit. Die Erfahrung von damals führt heute zu der Sorge, es könnte bei der Corona-Impfung Nebenwirkungen geben, die wir nicht kennen. Daher ist eine umfangreiche Information und Evaluation der bereits Geimpften nötig, um den Menschen die Ängste zu nehmen. Denn nur eine gute Aufklärung schafft Impfaufregung.

Es sind besonders ansteckende Virusmutationen aufgetaucht. Wie schätzen Sie die Gefahr ein?

Die Gefahr ist sehr ernst zu nehmen. Wir brauchen in Deutschland und Europa eine bessere Überwachung der Mutationen des Coronavirus, denn sie ist unzureichend. Es ist nicht überraschend, dass Viren mutieren, aber wir müssen sie rechtzeitig erkennen. Es wäre schlimm, wenn die Mutanten nicht mehr auf den Impfstoff reagieren.

Wie wahrscheinlich ist es, dass durch die Mutationen die Infektionszahlen exponentiell steigen?

Das lässt sich schwer sagen. Die Übertragung des Virus verläuft ja immer gleich, das passiert bei Kontakten zwischen Menschen, egal, ob das Virus mutiert ist oder nicht. Wir müssen also unsere Kontakte so weit wie möglich reduzieren. Wenn die Menschen sich an die Kontakt- und Abstandsregeln halten, muss es nicht zu einer weiteren Ausbreitung des Virus kommen.

»Es läuft nicht rund«

ANDREW ULLMANN Der FDP-Gesundheitspolitiker fordert eine konsequente Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.



© Andrew Ullmann

Den Lockdown unterstützen sie also?

Den Lockdown, den wir im Moment haben, kann ich nur teilweise unterstützen. In einigen Bereichen wäre ich für sinnvolle Maßnahmen, um besonders ältere Leute besser zu schützen. Dazu gehören mehr FFP2-Masken, mehr Tests für Angehörige, Taxischeine und gesondert ausgewiesene Einkaufszeitpunkte für vulnerable Personengruppen. Ob hingegen Ausgangssperren wirklich so funktionieren wie gehofft, bezweifle ich. Beim Öffentlichen Nahverkehr sollte dagegen die Zahl der

Passagiere reduziert werden. Klar ist, die Zahl der privaten und dienstlichen Kontakte muss niedrig bleiben.

Wäre es auch sinnvoll, Firmen mehr Homeoffice vorzuschreiben?

Ich bin immer kritisch gegenüber Vorschriften, die nicht differenzieren. Jeder Arbeitgeber hat Verantwortung für seine Mitarbeiter und deren Gesundheit. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden für das Homeoffice, das ist natürlich nicht für jeden Beruf geeignet. Als Pflegekraft, Arzt

oder Handwerker geht das nicht. In Verwaltungen kann ich mir das aber sehr gut vorstellen.

Viele Kinder sind über Monate nicht in die Schule gegangen. Wie bängstig finden Sie das?

Das bereitet mir große Sorgen. Der Staat hat gegenüber der jungen Generation eine Bildungsverpflichtung. In der Vergangenheit ist zu wenig in die Digitalisierung der Schulen investiert worden. Lehrer müssten stärker in neue Unterrichtskonzepte eingebunden werden. Viele Eltern sind außerdem mit Homeoffice und Homeschooling doppelt belastet. Hier muss die Politik für Entlastung sorgen, und wenn es nur steuerlich ist.

Hat die Coronakrise wenigstens die Digitalisierung voran gebracht?

Sie entwickelt sich. Viele Menschen kennen sich jetzt aus mit Videokonferenzen. Das reicht aber nicht. Die Coronakrise hat schmerzhaft aufgezeigt, wie sehr die Digitalisierung im Gesundheitswesen fehlt. Im Öffentlichen Gesundheitsdienst haben sich gravierende Mängel offenbart, da wurden Infektionszahlen anfänglich per Fax verschickt. Das muss rasch wesentlich besser werden.

Wie lange halten wir wirtschaftlich den Lockdown durch?

Nicht auf ewig. Wir haben jetzt schon eine Wirtschaftskrise, Selbstständigen und Unternehmen schreiben Verluste, Aufträge gehen dramatisch zurück. Wir brauchen für die Wirtschaft einen klugen Regelbetrieb unter Infektionsschutzbedingungen, damit das Arbeiten möglich ist und keine Infektionen durch den Arbeitsplatz stattfinden.

Erleben wir gerade den Höhepunkt der Coronakrise?

Es wird eher Frühjahr werden, bevor wir über den Berg sind. Wir haben sehr viele Tote zu beklagen, einige Todesfälle hätten verhindert werden können. Gerade bei Menschen über 80 Jahren sind die Infektionszahlen weiterhin extrem hoch. Zu deren Schutz ist zu wenig unternommen worden, auf Landes- und Bundesebene.

Sie schauen als gebürtiger Kalifornier auch auf die USA. Wie schätzen Sie die aktuelle Lage dort ein zwischen Amtsgübergabe und Gesundheitskrise?

Die Lage in den USA ist dramatischer als in Deutschland und zeigt auch die Schwäche des amerikanischen Gesundheitssystems auf. Ich bin froh, dass der künftige Präsident Biden die Bekämpfung der Pandemie mit Priorität angehen will, um möglichst viele Menschen zu retten.

Ist die Wahl Bidens ein Signal zur Stärkung der internationalen Gesundheitspolitik?

Davon gehe ich aus. Biden hat verstanden, dass die internationalen Gesundheitsregularen reformiert werden müssen, aber auch, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sehr wichtig ist für die globale Gesundheitspolitik. Die USA wollen der WHO ja auch wieder beitreten. Ich freue mich auch über sein Bekenntnis zum Multilateralismus bei globalen Gesundheitsthemen.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld

Andrew Ullmann (58) ist seit 2017 Abgeordneter im Bundestag und Mitglied im Gesundheitsausschuss. ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Ärztin: Sabine Dittmar

Das Sabine Dittmar als gesundheitspolitische Sprecherin einer Bundestagsfraktion mit leerem Terminkalender herumläuft, kann sie nicht gerade sagen, in Zeiten von Corona. Eine halbe Stunde hat sie, zwischen Ausschuss, Telefonaten und Plenum. Dittmar, 56, umreißt die Corona-Politik in Grenzen, die über die der Bundesrepublik hinausgehen. „Es ist wichtig, dass wir europaweit Impfstoffe eingekauft haben“, sagt die Sozialdemokratin. „Wir hätten nichts davon, wenn um unser herum nicht geimpft wird.“ An der Problematik ist die Unterfränkin näher dran als viele andere: Nicht nur ist sie Ärztin, in den sittingsfreien Wochen steht sie in Schutzausrüstung in einer Autostation und nimmt im Auftrag des Gesundheitsamts ehrenamtlich Abstriche vor. „Das sind jeweils Zwei-Stunden-Schichten“, sagt sie. „Zwischen 50 und 150 Leute kommen während solcher Schichten vorbei.“ In Berlin dagegen engagiert sich die Abgeordnete für mehr Aufklärung rund um die Impfstoffe. „Die Informationskampagnen sind noch ausbaufähig, um das Vertrauen in die Impfungen zu erhöhen, die aktive Bereitschaft dazu“, sagt sie. Und ruft dazu auf, sich bei den Impfzentren schon jetzt registrieren zu lassen. „Alle Bürgerinnen und Bürger, die sich impfen lassen wollen, sollten das tun. Das erleichtert den Behörden die Planung.“ Dass diese in den Ländern unterschiedlich verläuft, enttäuscht sie, „der Pferdefuß des Föderalismus“. Die Vorbestellungen an 30 Millionen Impfdosen, die das Gesundheitsministerium im September realisierte, als gemeinsam mit den EU-Ländern mit

den Herstellern verhandelt wurde, sieht sie nicht kritisch. „Rechtlich gesehen ist das auf der sicheren Seite – es war den anderen EU-Staaten nicht verboten, dies auch zu tun.“ Etwas in Verzug kommt sie bei ihrem Hobby, dem Lesen von Krimis. „Es gelingt mir im Zug und im Bett“, lacht sie. Überhaupt gilt Dittmar als „Aktenfresserin“, als jemand, der viel liest, schnell und auch quer; „ich lese alles, was mir in die Finger kommt“. Dies war ganz zu Beginn, in ihrer Schulzeit, nicht

»Die Informationskampagnen sind noch ausbaufähig, um das Vertrauen in die Impfungen zu erhöhen.«



© Picture Alliance

sofort erkennbar. „Ich erinnere mich genau, ich war in der achten Klasse, da unterhielt sich meine Mutter mit einer Nachbarin über mich. 'Eigentlich ist sie klug', sagte sie, 'aber sie ist faul.'“ Da habe es bei ihr Klick gemacht. Zuerst erweiterter Hauptschulabschluss, dann Fachschule mit Ausbildung zur Kinderpflegerin, schließlich Bayernkolleg mit Abitur und dann die Universität. Politisch interessiert sei sie immer gewesen, war oft Klas-

sensprecherin, habe Ausgaben von „Das Parlament“, die in der Schulaula auslagen, mit nachhause genommen. Ihre Familie: Sozialdemokraten und Gewerkschafter, der Vater Fabrikarbeiter, die Mutter bis zur Geburt der Kinder auch. Mit 17 trat Dittmar in die SPD ein, wurde sofort Schriftführerin und Kassiererin im Ortsverein Maßbach. Mit der Zeit wuchs die Verantwortung. Zuerst Abgeordnete im Kreistag, dann im Landtag. Die ersten zwei Jahre ab 2008 in letzterem kombinierte sie mit ihrer Arbeit als Hausärztin, „dann musste ich eine Entscheidung treffen“; sie fiel zugunsten der Politik. „Ich wollte an Stellschrauben in der Gesundheitspolitik mitdrehen“, sagt sie, „wir sind zwar generell gut aufgestellt, aber es gibt noch viel zu tun, zum Beispiel für die öffentlichen Gesundheitsdienste, die aufgewertet werden müssten.“ Und, wird das Jahr 2021 eines der guten Nachrichten? Sie überlegt einen Moment. „Dass wir mit dem Impfen begonnen haben, ist ja schon mal eine gute Nachricht, die uns alle hoffen lässt, die Krise bald zu überwinden. Ob es aber ein Jahr der ausschließlich guten Nachrichten sein wird, kann ich Stand heute nicht sagen.“ Wegen der Mutationen des Virus sei sie in großer Sorge. „Ich glaube, dass es unentdeckte Cluster gibt – und dass man in Deutschland mit der Sequenzierung des Genoms zu langsam ist.“ Sie rechnet damit, dass die Impfstoffe im Lauf der Zeit weiterentwickelt werden müssen. Am anderen Ende des Hörers erklingt ein Signal – die Abgeordneten werden zur Sitzung gerufen. Dittmar legt auf und läuft los.

Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
N.N.

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezzer (pez)  
Sören Christian Reimer (scr) Cvd  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
15. Januar 2021

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei  
GmbH & Co. KG  
Kurbisenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Dessenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail:  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

Anzeigenverkauf,  
Anzeigenverwaltung,  
Disposition  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Dessenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail:  
[fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Wenig Abwechslung für Kinder im Corona-Winter: Die Pandemie hat umfassende Auswirkungen auch auf die Psyche der Menschen. Psychotherapeuten gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren vermehrt psychische Störungen behandelt werden müssen.

© picture-alliance/Sven Simon/Frank Hoermann

# Angst und Stress

**PSYCHOLOGIE** Die Coronakrise bringt viele Familien und Kinder an den Rand ihrer Belastungsfähigkeit

**A**n manchen Tagen dauert es lange, bis Felix Schmidt (Name geändert) zur Ruhe kommt. Dann muss er sich immer wieder vergegenwärtigen, dass seine Kuschtierchen in der richtigen Reihenfolge im Bett liegen. Für das Gute-Nacht-Ritual mit seiner Mutter muss er mehrfach hintereinander die gleichen Sätze sagen; stimmt ein Wort nicht, fängt der Elfjährige von vorn an. „Eine Zeitlang habe ich das für eine harmlose Marotte gehalten“, sagt die Mutter Julia, „aber irgendwann hat er selbst gesagt, dass das für ihn ein Zwang sei, der ihn stört. Und dass er manchmal ewig für den Weg nach Hause braucht, weil er die Gehwegplatten nur in einer bestimmten Weise betreten kann und sich immer überlegen muss, wie er die Treppe hochgeht. Das hat mich dann schon beunruhigt.“ Schmidt wandte sich an eine Kinder- und Jugendpsychologin, seither geht Felix alle zwei Wochen zur Therapie und hat einiges über seinen Zustand gelernt. „Sie hat gesagt, dass das Zwangshandlungen sind, mit denen mein Gehirn mich austrickt, wenn ich Angst habe“, sagt der Schüler. „Jetzt üben wir, wie ich es hinkriege, dass ich das nicht machen muss. Und wir reden, warum ich manchmal Angst habe.“

**Kontakt mit Freunden** Für Felix Mutter ist die Ursache für die Verunsicherung ihres Sohnes relativ klar: die Corona-Pandemie und all die Dinge, die mit ihr einhergehen. „Er hat im Frühjahr massiv darunter gelitten, dass auf einmal die Schule zu war und er von heute auf morgen niemanden mehr außer den Familienmitgliedern gesehen hat. Felix sei ein Einzelkind, der Kontakt zu seinen Freunden besonders wichtig. Und wahrscheinlich habe er auch zu viel von den Nachrichten mitbekommen. „Eine Weile wollte er seine Großeltern nicht sehen, weil er Angst hatte, dass sie krank werden könnten.“

Die Psychologin habe gesagt, Felix sei kein Einzelfall, berichtet die Mutter. In ihrer Praxis seien im Moment viele Kinder mit Angst- und Zwangsstörungen. Tatsächlich gebe es auch in ihrem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis viele Familien, die etwas Ähnliches berichteten. Dass die Kinder traurig und unruhig seien; Angst und Bauchschmerzen hätten, schlecht schliefen. „Man muss da schon sehr aufpassen, dass wir als Erwachsene unsere Sorgen um die Situation nicht auch noch auf die Kinder übertragen. Wir müssen ihnen Mut machen, dass alles wieder gut wird“, meint die Mutter von Felix. Die Therapeutin sei zuversichtlich, die psychische Störung des Jungen in den nächsten Monaten in den Griff zu bekommen.

**Depressive Symptome** Familie Schmidt ist mit ihrem Problem tatsächlich ganz und gar nicht allein. So belegen aktuelle Studien, dass sich das Virus und die Auflagen, die zu dessen Eindämmung ergriffen werden, auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung auswirken. Forscher der bun-

desweiten Langzeitstudie zur Gesundheit der deutschen Bevölkerung (Nako-Gesundheitsstudie) haben sich in einer Sonderbefragung im Frühjahr bei fast 160.000 Menschen nach deren Befinden erkundigt. Demnach haben bei Teilnehmern unter 60 Jahren, insbesondere bei Frauen, depressive Symptome, Angstsymptome und Stress deutlich zugenommen.

**Alleinerziehende unter Druck** Zu dem gleichen Befund kommt die Studie „Psychische Gesundheit in der Krise“ der pronova BKK, für die 154 Psychiater und Psychotherapeuten in Praxen und Kliniken befragt wurden. Die Experten stellten fest, dass bei 86 Prozent ihrer weiblichen und bei 70 Prozent der männlichen Patienten psychische Beschwerden in der Krise zugenommen haben. Bei Familien mit Kindern sprechen 84 Prozent der Psychiater und Psychotherapeuten von vermehrten psychischen Problemen. Bei Familien ohne Kinder sind es nur 49 Prozent, bei Alleinerziehenden hingegen 92 Prozent.

Insgesamt verzeichnet nach einer Befragung des Versicherungskonzerns Axa ein Drittel der befragten Ärzte einen vermehrten Zulauf an Patienten, niedergelassene Psychiater registrierten 46 Prozent mehr

Patienten. Ein Viertel der Mediziner verschreibt nach eigenen Angaben mehr Medikamente als vor der Krise.

**Robuste Seelen** Droht eine seelisch erkrankte Gesellschaft? Gespräche mit Experten belegen das nicht. Sie lassen den Schluss zu, dass es zwar Grund zur Sorge gibt, aber keinen Anlass für Panik. Denn bei aller Beunruhigung über die hohe psychische Belastung vieler Bevölkerungsteile in der Coronakrise gebe es einen beruhigenden Fakt, sagt Fredi Lang, Psychologe und Referatsleiter Fach- und Bildungspolitik beim Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen: „Menschen sind robust.“ Zwar seien im Frühjahr die Fälle von Depression und Angst bei Menschen stark gestiegen, das zeige sich auch im kurzfristigen Anstieg der entsprechenden Krankmeldungen. „Aber wir wissen auch, dass nicht aus jeder Belastung zwangsläufig eine Chronifizierung wird.“ Die Erfahrung aus anderen Krisen und Katastrophen zeige, dass mit einer Verbesserung der Lage in aller Regel auch eine Verbesserung des Befindens einhergehe. Grundsätzlich hätten die meisten Menschen gute Ressourcen, um sich veränderten Bedingungen anzupassen und auch mit

**»Wir sind recht gut in der Lage, uns nach Krisen wieder aufzurichten.«**

Fredi Lang, Psychologe

Bedrohungen und Ängsten umzugehen. „Wir sind schon recht gut in der Lage, uns nach Krisen wieder aufzurichten und neu zu sortieren“, meint Lang. Schwieriger sei es allerdings für jene, die schon vorher unter psychischen Erkrankungen wie Angststörungen litten – und Menschen, die etwa aufgrund ihrer ökonomischen Lage nicht ausreichend Ressourcen hätten. „Als vierköpfige Familie kommen Sie in einer großen Wohnung mit ausreichend Platz und Rückzugsräumen besser durch den Lockdown, als auf 55 Quadratmetern ohne Balkon.“ Er sehe deutliche Unterschiede beim soziodemografischen Faktor, sagt Lang: „Corona ist definitiv ein Brennglas für gesellschaftliche Ungerechtigkeiten.“

**Trauma für Kinder** Viele Erwachsene verfügen also über das Rüstzeug, um einigermaßen unbeschadet durch die Krise zu kommen. Was aber ist mit den Jüngeren? Für ihr Erleben sind die Monate ohne Schule oder sozialen Kontakt teilweise viel gravierender, weil sie einen größeren Teil des Lebens prägen – acht Monate werden von einem Elfjährigen anders und länger empfunden als von einem Erwachsenen in der Mitte des Lebens.

Der Vorsitzende des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und -therapeuten, Michael Schroiff, sagt, er erlebe derzeit viele Kinder und Jugendliche, für die Corona durchaus ein „traumatisches Erlebnis“ sei. Sie fühlten sich der Pandemie hilflos ausgeliefert. Während kleinere Kinder eher mit Ängsten und Verunsicherung reagierten, entstünden bei Jugendlichen depressive Verstimmungen. Es sei davon auszugehen, „dass im Moment Störungen entstehen, die wir in den nächsten zwei Jahren in den Praxen abarbeiten werden“. Es müsse schnell auf die psychischen Beeinträchtigungen reagiert werden, bevor sie sich zu Krankheiten verfestigen könnten. „Wir wissen, dass Stress und innerer Druck bei Menschen auch körperliche Beeinträchtigungen auslösen können, etwa eine Schwächung des Immunsystems.“

**Strukturen festigen** Der Leiter der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie in Schwerin, Jochen Buhmann, sagt, insbesondere die Pubertät sei eine „wichtige Schwellsituation“ im Leben: „Das ist eine entscheidende Phase, in der der Austausch mit der Peer-Group existenziell ist.“ Deshalb werde ein Abbruch der Kontakte zu Freunden und Altersgenossen von Jugendlichen als viel einschneidender empfunden als von Erwachsenen. Es sei wichtig, Kindern und Jugendlichen in dieser Phase eine feste Struktur und Sicherheit im Alltag zu geben. Renate Schepker, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Ju-

gendpsychiatrie, rät dazu, Kinder zu stärken, indem ihnen ihre Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. „Empowerment“ sei wichtig. „Sie müssen wissen, dass sie mit der Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln und durch das Tragen der Maske aktiv etwas tun können, um sich und andere zu schützen.“

**Druck verringert** Grundsätzlich sehen Schepker und ihre Berufskollegen durchaus auch Positives, das die vergangenen Monate mit sich gebracht haben. „Nicht alle leiden unter den Schulschließungen, für manche Kinder mit psychischen Problemen, wie etwa sozialen Ängsten, hat sich damit der Druck deutlich verringert“, sagt Schepker. Auch Michael Schroiff findet, dass der Blick etwa auf Beschulung und Betreuung deutlich differenzierter geworden sei. „Es gibt autistische Kinder, denen das Homeschooling sehr entgegen kommt, weil sie damit ohne sozialen Druck besser lernen können. Vielleicht gelingt es, da grundsätzlich etwas zu verändern.“ Verändert hat sich auch die Betreuung von psychisch kranken Patienten, wie Gebhard Hentschel, Bundesvorsitzender der Deutschen Psychotherapeuten-Vereinigung, berichtet. Während die Behandlung per Videokonferenz früher nicht denkbar gewesen sei, hätten schon im April rund 75 Prozent seiner Kollegen diese Möglichkeit angeboten. Er fügt hinzu: „Natürlich ist der persönliche Kontakt immer noch der Gold-

standard, weil Gestik und Mimik in einem Gespräch wichtig sind. Aber die Technik erlaubt es uns, schwierige Zeiten zu überbrücken, ohne dass wir Patienten verlieren.“ Auch Schepker betont, dass mit dem Wegfall der Betreuung in Kitas und Schulen zwar wichtige Partner entfallen, wenn es darum geht, durch Missbrauch oder Gewalt gefährdete Kinder zu sehen. „Aber unsere Ambulanzen, Praxen und die Jugendämter konnten die ganze Zeit arbeiten. Das Hilfesystem für Familien in Not funktioniert meiner Ansicht nach weiter.“

**Krebstherapie** Alles gut also in der psychischen Gesundheitsversorgung? Das wäre nur die halbe Wahrheit. Denn Gefahren lauern auch da, wo man sie nicht auf den ersten Blick vermuten würde. So hat die Deutsche Krebshilfe beklagt, dass bis Mitte 2020 rund 50.000 Krebsoperationen ausgefallen seien – und auch unterstützende Leistungen für Krebspatienten, von der psychosozialen Betreuung bis zur Palliativmedizin, seien in Kliniken „teilweise extrem nach unten gefahren“ worden. Bei der Krebshilfe hätten sich etwa Patientinnen gemeldet, bei denen Brustkrebs-Nachsorgeuntersuchungen verschoben worden seien, das könne „fatale Folgen“ haben.

Positiv werten Experten dagegen, dass im Zuge der Diskussion über die Folgen der Corona-Pandemie nun mehr Menschen auch über Fragen der psychischen Gesundheit sprechen. *Susanne Kailitz*



Die Ängste der Kinder in der Krise werden unterschätzt.

© picture-alliance/Fotostand/JK. Schmitt

Anzeige

## Die Bedeutung der kulturellen, ökonomischen und politischen Differenz für europäisches Regieren



**Das politische Europa**  
Differenz als Potential der Europäischen Union  
Von Prof. Dr. Christine Landfried  
3., aktualisierte Auflage  
2020, 354 S., brosch., 49,- €  
ISBN 978-3-8329-7360-5

Kulturelle, ökonomische und politische Differenz kann ein positives wie negatives Potential für demokratisches Regieren in der EU sein. An den Beispielen der Eurokrise, des Brexits sowie der Sozial- und Verfassungspolitik wird analysiert, welche konkreten Folgen Differenz für europäisches Regieren hat.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





## Trauer um Chefredakteur Jörg Biallas

Jörg Biallas, der Chefredakteur dieser Zeitung und des Pressedienstes „heute im Bundestag“, ist tot. Die Redaktion trauert um einen Vollblut-Journalisten, der zuhören konnte und genau hinschaute. Um einen Vorgesetzten, der „die Truppe“, wie er gern sagte, mit großer Umsicht führte. Fehlen wird ein erfahrener Kollege, ein toller Mensch, auf dessen Rat und Unterstützung Verlass war. Zugewandt und humorvoll, selbstbewusst und von erfrischender Lässigkeit.

Jörg Biallas hatte sein Fach von der Pike auf gelernt, das war ihm wichtig in einer Zeit, in der sich viele, die öffentlich schreiben, Journalist nennen. Nur durch eine Verletzung an einer Karriere als Volleyball-Profi gehindert, hätte die Sportredaktion nahegelegen. Als Japanologe – ein Studium, über das er mitreißend erzählen konnte – eine Korrespondententätigkeit. Wer ihn erlebte, spürte aber: Seine Leidenschaft war die Politik. Das Ringen um Mehrheiten sah Jörg Biallas nicht als „Zeitvertreib einiger Politiker im parlamentarischen Elfenbeinturm“, sondern als „etwas, das unsere Gesellschaft unmittelbar beeinflusst, sie ausmacht und zusammenhält“. Deshalb war ihm die faire und ausgewogene journalistische Darstellung dieser Prozesse so wichtig.

In die Bundestagsverwaltung kam Biallas 2011 mit der Erfahrung des meinungsstarken Chefredakteurs der „Mitteldeutschen Zeitung“. Mit der strikt neutralen und überparteilichen Berichterstattung aus dem Parlament wartete eine neue Aufgabe. Er hat „Das Parlament“ geprägt, er hat es verändert. Jörg Biallas führte Themenschwerpunkte ein, etablierte die „Blickpunkt“-Seite für vertiefte Darstellungen, sorgte für eine E-Paper-Ausgabe und für eine Beilage in Leichter Sprache. Bei Abonnenten legte „Das Parlament“ entgegen aller Trends zu. Das machte ihn stolz. Zu Recht. „Das Parlament“ verdankt ihm viel.



Jörg Biallas

Nachdrücklich warb er dafür, die klassischen Zeitungsläser im Blick zu behalten. Skeptisch gegenüber einer gedankensparmen 280-Zeichen-Öffentlichkeit bewegte ihn dennoch, wie sich die Parlamentsberichterstattung auch auf digitalen Kanälen konzeptionell und organisatorisch aufstellen sollte. Für die Aufendarstellung parlamentarischer Abläufe – auch der Redaktionsarbeit – engagierte er sich in Podiumsdiskussionen und im Gespräch mit ausländischen Parlamentarierdelegationen, Schulklassen und Besuchergruppen. Ein „Verwaltungsgewächs“ war Jörg Biallas nicht. Im besten Sinne hemsärmelig, offen und direkt, verteidigte er die Unabhängigkeit seiner Redaktion. Innerhalb der Verwaltung und gegenüber jedem Einflussversuch aus dem politisch-parlamentarischen Raum. Wichtiger als Hierarchien war ihm sein persönlicher Eindruck. Einen plötzlich verstorbenen Kollegen, der hinter den Kulissen jahrelang für die Zeitung gewirkt hatte, würdigte er prominent in „seiner“ Zeitung – eine besondere Geste, typisch für ihn.

Nun ist Jörg Biallas selbst verstorben, kurz nach seinem 59. Geburtstag. Es heißt oft: Die Krankheit war stärker – und es stimmt ja auch. Aber mit äußerlicher Gelassenheit und bewundernswürdiger innerer Kraft hat Jörg Biallas lange der Krankheit sein Leben abgetrotzt. Dahinter stand ungeheure Disziplin, aber nicht allein. Vor allem seine Lebenslust, die ansteckende Freude an seiner Arbeit, am fröhlichen Austausch mit anderen. Man konnte mit ihm wunderbar fachsimpeln, streiten, schwelgen, bevorzugt zu Reisen an die nordfranzösische Küste, wo man Muscheln und Austern selbst ernten kann, über gutes Essen, edle Tropfen und alte Autos – vor allem solche mit Charakter. Das passte zu ihm. Sein Tod reißt eine Lücke. Er wird schmerzlich fehlen. Wir trauern mit seiner Frau und seinen Töchtern.

Hilmar Sack



Viele Arbeitsplätze sind geeignet, um nach Hause verlagert werden zu können. Davon ist die Realität aber weit entfernt.

© picture-alliance/Jochen Tack

# Pflicht - oder nicht?

## HOMEOFFICE Weniger Kontakte während der Arbeit – Fraktionen streiten über den richtigen Weg

Als Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im vergangenen Jahr seinen Plan vorstellte, ein Recht auf Homeoffice einführen zu wollen, lagen die ersten Monate der Pandemie hinter dem Land. Es zeigte sich, dass plötzlich weit mehr Menschen zu Hause arbeiten konnten, als es bisher üblich war. So arbeiteten im April 2020 rund 27 Prozent der Beschäftigten von zu Hause aus. Vor der Corona-Krise waren es lediglich vier Prozent. Beim Koalitionspartner CDU/CSU konnte sich Heil mit einem Rechtsanspruch auf 24 Tage Homeoffice pro Jahr dennoch nicht durchsetzen. Im November 2020 ruderte er dann zurück, im Gesetzentwurf seines Ministeriums zur mobilen Arbeit soll es stattdessen ein Recht der Arbeitnehmer geben, mit ihrem Arbeitgeber ein Gespräch über das Thema Homeoffice führen zu können. Heil betonte damals, zumindest einen modernen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten schaffen zu wollen. „Ich will, dass wir weiterkommen“, sagte der SPD-Politiker im November. Nun, Wochen eines lockeren und danach strengeren Lockdowns später, mit dennoch

nicht sinkenden Infektionszahlen, gewinnt die Debatte wieder an Fahrt. Die Kritik daran, private Kontakte und das Schulleben der Kinder massiv zu beschränken aber auf der anderen Seite die Kontakte in den Betrieben nicht, nimmt zu. Seit einer Woche wehren sich Arbeitgebervertreter gegen die Forderung nach einer Homeoffice-Pflicht, die unter anderem von Gewerkschaften, aber auch von Politikern erhoben wird. Im Bundestag legte nun die Grünen-Fraktion einen entsprechenden Antrag (19/25798) vor, in dem sie fordert, Betriebe zur Errichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen zu verpflichten. Durch Änderungen im Arbeitsschutzgesetz sollen die Unternehmen während einer pandemischen Notlage verpflichtet werden, Homeoffice-Arbeitsplätze einzurichten, sofern es die betrieblichen Abläufe erlauben. Laut Angaben des Münchner Ifo-Instituts käme dies für rund 56 Prozent der Arbeitsplätze in Betracht, im Homeoffice gearbeitet haben im November aber lediglich 14 Prozent der Beschäftigten. Verstöße gegen die Verpflichtung sollen nach den Vorstellungen der Grünen mit Bußgeldern bestraft werden.

»An vielen Orten wird gearbeitet, als gäbe es keine Pandemie.«

Beate Müller-Gemmeke (Grüne)

In der Debatte zu dem Antrag ihrer Fraktion sagte die Arbeitsmarktpertin der Grünen, Beate Müller-Gemmeke: „Die Menschen müssen in Zeiten von Corona auf viel verzichten. Die Wirtschaft aber bleibt in großen Teilen unangetastet. An vielen Orten wird gearbeitet, als gäbe es keine Pandemie.“ Die Forderung stelle Unternehmen nicht unter Generalverdacht, es gehe auch nicht um einen wirtschaftlichen Lockdown. „Im Gegenteil: Wir wollen damit die Zahl der Kontakte reduzieren und gleichzeitig die Wirtschaft am Laufen halten.“

So kommen wir schneller durch die Pandemie“, betonte sie. Unterstützung erhielten die Grünen, wenig überraschend von der SPD, für die Kerstin Tack klarstellte: „Wir wollen, dass Homeoffice nicht nur irgendwas ist, sondern ein gut abgesicherter Umstand. Ja, wir wollen ein Recht auf Homeoffice.“ Es sei im Eigeninteresse eines jeden Unternehmens, Kontakte weiter einzuschränken. Wenn die Zahl der Infektionen nicht runtergehe, werde man weitere Maßnahmen brauchen, auch im Arbeitsleben, betonte Tack.

in den Betrieben. Die Dringlichkeit dessen müsste den Arbeitgebern noch deutlicher vor Augen geführt werden. Wenn es schlecht laufen sollte, müssten weitergehende Pandemiekonzepte diskutiert werden. „Aber ich warne davor, die Wirtschaft in weitem Umfang runterzufahren. Das wird alles noch viel teurer als das vorherige – auch mit ungläublichen sozialen Folgen“, sagte Heilmann. Jürgen Pohl (AfD) lehnte den Grünen-Vorschlag „schlichtweg“ ab, da er populistisch sei und nur die Besserverdienenden im Blick habe. „Die von den Grünen geforderte Homeoffice-Breitenlösung dient vorwiegend dem Interesse des Arbeitgebers. Es droht die Ausdehnung der Arbeitszeit, die Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit, sodass die Arbeitnehmer massiv in die gesundheitsgefährdende Ausbeutung, nämlich Selbstausbeutung, getrieben werden“, kritisierte er. Johannes Vogel (FDP) sagte, er habe kein Verständnis dafür, wenn Arbeitgeber Homeoffice verweigerten, obwohl dies möglich wäre. Homeoffice dürfe aber nicht mit „Unternehmer-Bashing“ verwechselt werden. Vielmehr sollte die Koalition endlich dafür sorgen, dass Arbeitgeber sich nicht länger in rechtlichen Grauzonen bewegen, wenn sie Homeoffice praktizierten. Das Arbeitszeitgesetz passe noch immer nicht zur Homeoffice-Realität, beklagte Vogel.

Claudia Heine

### STICHWORT

#### Homeoffice

> **Erster Lockdown** Im April 2020 arbeiteten 27 Prozent der Beschäftigten ganz oder teilweise von zu Hause. Im November 2020 waren es nur 14 Prozent.

> **Wünsche** Rund 26 Prozent der Beschäftigten wünschen sich zwei Tage Homeoffice pro Woche, wie eine Studie der Universität Konstanz ergab.

> **Pflicht** Die Grünen verlangen, Arbeitgeber während der Pandemie zu Homeoffice zu verpflichten. Der Antrag wird in den Ausschüssen weiter beraten.

## Streit über Sanktionen

### SOZIALES Grüne fordern Garantiesicherung

Sanktionen ja oder nein? Wie so oft in Debatten über die staatliche Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II) war diese Frage auch in der vergangenen Woche die Gretchenfrage. Zur Debatte stand ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/25706) für eine sanktionsfreie Garantiesicherung. Die Fraktion fordert außerdem eine grundsätzlich neue Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder und Erwachsene sowie eine deutliche Anhebung der monatlichen Regelsätze. Die Regelbedarfsmittlung soll nach den Vorstellungen der Grünen auf eine reine Statistikmethode umgestellt werden. Aus müssten Regelungen zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft und Heizung so geändert werden, dass diese kostendeckend, rechtssicher und weniger streitanfällig seien. Die Fraktion fordert außerdem eine eigene Kindergrundsicherung und deutliche Verbesserungen bei der Beratung der Arbeitslosen in den Jobcentern.

In der Debatte fand Sven Lehmann (Grüne) deutliche Worte: „Die Zeit von Hartz IV ist vorbei. Denn es basiert auf der Annahme, Erwerbslosigkeit und Armut seien persönliches Versagen.“ Das sei schon vor der Corona-Krise falsch gewesen, aber durch diese Krise sei es nun für noch mehr

Menschen deutlich geworden, wie wenig das mit der Realität zu tun habe. Die Linke, zu deren Markenkern die Ablehnung von Hartz IV gehört, konnte sich dem nur anschließen. Parteichefin Katja Kipping urteilte: „Hartz IV war eine richtig miese Idee, und das von Anfang an.“ Soweit wollte Dagmar Schmidt (SPD) nicht gehen, bemühte sich aber um Distanz. „Die SPD teilt zutiefst die Forderung nach einer Kindergrundsicherung. Kinder haben in einem System für Arbeitslose gar nichts zu suchen“, sagte sie. Verteidigt wurden die Grundsicherung und die darin verankerten Sanktionsmechanismen dagegen von Union, FDP und AfD. Kai Whittaker (CDU) betonte, „wir glauben an die Verantwortungsgemeinschaft in der Familie“. Deshalb dürfe das System der Bedarfsgemeinschaften auch nicht abgeschafft werden, wie es die Grünen wollen. Jörg Schneider (AfD) warf den Grünen vor: „Sie wollen all jene, die sich unsolidarisch verhalten, auch noch belohnen.“ Das deutsche Sozialsystem sei eines der großzügigsten der Welt, sagte er. Pascal Kober (FDP) warnte, man dürfe das Problem der Sanktionen nicht künstlich vergrößern. Handlungsbedarf bestehe aber tatsächlich bei der Beratung in den Jobcentern und den Hinzuverdienstgrenzen, sagte er.

che

## Sorge um das Schuljahr

### BILDUNG FDP und Linke fordern klare Inzidenz-Regeln

Erneut hat der Bundestag über die Auswirkungen des Lockdown auf Schulen, Schüler und Lehrer debattiert. Am vergangenen Donnerstag beriet er über zwei Anträge der FDP-Fraktion (19/25791) und der Linksfraktion (19/25802). Übereinstimmend fordern Liberale und Linke einen verbindlichen Pandemie-Plan für die Schulen, der sich am Inzidenzwert von 50 Infektionen pro 100.000 Einwohner orientiert. Die FDP fordert zudem die konsequente Ausstattung der Schulen mit Luftfilteranlagen und eine deutlich vereinfachte Beantragung von Mitteln aus dem Digitalpakt. Darüber hinaus soll es ermöglicht werden, dass mündliche Schulprüfungen auch per Videokonferenz durchgeführt werden. Die Linksfraktion hingegen fordert, auf Abschlussprüfungen so lange zu verzichten, wie kein Präsenzunterricht möglich ist. Die Abschlusssnoten sollten auf Grundlage der bislang erbrachten Leistungen vergeben werden.

**Föderalismus** Abgeordnete der Koalitionsfraktionen erinnerten FDP und Linke dran, dass der Bund in den angesprochenen Bereichen keine Regelungskompetenz habe. „Seit der letzten Förderalismusreform wird auf dem Bund in Sachen Bildung nur herumgehackert, weil er sich nicht einmischen

soll oder weil er gefälligst sein Geld für die versäumten Aufgaben der Länder hergeben soll“, führte Dietlind Tiemann (CDU) an. Auch Ulrike Bahr (SPD) argumentierte, der Bund könne nicht einfach Dinge anordnen, „als wären wir der Aufsichtsrat der Länder“. Die beste digitale Ausstattung der Schulen ersetze nicht den persönlichen Austausch im Präsenzunterricht. Bei steigenden Inzidenzzahlen könne man aber „nicht auf Schulöffnungen pochen“. Götz Frömming (AfD) kritisierte sowohl den Bund als auch die Länder. Sie trügen gemeinsam die Verantwortung und hätten im vergangenen Jahr die Sommerferien nicht genutzt, um die Schulen besser aufzustellen in der Pandemie. Homeschooling und Onlineunterricht könnten keinen Präsenzunterricht ersetzen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern seien davon besonders stark betroffen. Es müssten Wechsel- und Rotationsmodelle an den Schulen erprobt werden, forderte Frömming. Margit Stumpp (Grüne) sprach sich zwar ebenfalls für eine zügige Digitalisierung der Schulen aus. Vor allem aber bräuchten die Schulen mehr Flexibilität und Entscheidungshoheit in der aktuellen Situation. Starre Regeln nützten in der Krise nicht.

aw

### KURZ NOTIERT

#### Antrag zu Präventivgewahrsam für Gefährder abgelehnt

Mit den Stimmen aller anderen Fraktionen hat der Bundestag vergangene Woche einen AfD-Antrag (19/23951) zur Schaffung von „Rechtsgrundlagen für einen Präventivgewahrsam auf Bundesebene für Gefährder“ abgelehnt. In der Vorlage plädierte die AfD-Fraktion zudem für eine Neuverteilung der Kompetenzen im Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr, „um die Terrorbekämpfung effizienter auszugestalten“.

#### Rentenversicherungsbericht und Alterssicherungsbericht

Den Rentenversicherungsbericht (19/24925) und den Alterssicherungsbericht (19/24926) für das Jahr 2020, beide liegen als Unterrichtungen durch die Bundesregierung vor, hat der Bundestag in der vergangenen Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Aus dem Alterssicherungsbericht geht unter anderem hervor, dass vor allem Geringverdienere zu wenig für die Rente vorsorgen, nur 54 Prozent aller jener, die weniger als 1.500 Euro brutto im Monat verdienen.

che

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**K**önnten Untersuchungsausschüsse sich ihre Zeugen schnitzen, einer wie der Kriminalhauptkommissar A.S. käme ohne weiteres als Modell in Frage. Einer, dem es erkennbar keine Ruhe lässt, eine Antwort nicht zu wissen. Der sich dann hinsetzt, Akten wälzt und den Dingen nachträglich auf den Grund geht. Der heute 38-jährige Hauptkommissar war nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz als Leiter einer Arbeitsgruppe, die sich ausschließlich dem Täter Anis Amri widmete, an den Ermittlungen des Bundeskriminalamts (BKA) beteiligt. Vor dem Untersuchungsausschuss ist er in der vergangenen Woche bereits zum dritten Mal aufgetreten, und bevor es soweit war, hat der Beamte sich das Protokoll der vorherigen Vernehmung am 17. September 2020 nochmals vorgenommen. Er stellte fest: Es waren Fragen offen geblieben. So eröffnete Kriminalhauptkommissar A.S. seine neuerliche Befragung mit einem Vortrag, in dem er einen nach dem anderen die unklaren Punkte abarbeitete. Etwa, ob Amris Bekannte Leonie R. nach dem Anschlag vernommen wurde. Im September hatte der Zeuge das noch nicht gewusst. Jetzt konnte er sagen: Die Dame wurde am 21. Dezember 2016 von Beamten des Berliner Landeskriminalamts vernommen. Sie habe bestätigt, Amri gekannt zu haben, fünf seiner Mobilfunknummern mitgeteilt und erklärt, ihn Ende September 2016 zuletzt gesehen zu haben. Die Frage nach dem Zettel mit dem Wort „Hardenbergstraße“ aus der Fahrerkabine des Lastwagens, mit dem Amri in den Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche gerast war. Beim vorigen Mal hatte der Zeuge damit nichts anfangen können. Jetzt weiß er: Ein Schriftprobenvergleich wurde versucht, brachte aber kein Ergebnis. Fingerabdrücke Amris waren auf dem Papier nicht festzustellen.

**Foto vom Tatort** Die Frage, wie es geschehen konnte, dass sich in Amris HTC-Handy, nach der Tat eingeklemmt hinter der Stoßstange des Lastwagens, ein Foto vom Tatort fand. War es denkbar, dass der Täter sich Stunden später nochmals zum Schauplatz geschlichen hat, um zu dokumentieren, was er angestrichelt hatte? Die Antwort lautete: Amri nutzte eine Google-Nachrichten-App, die Bilder sensationeller Vorkommnisse automatisch in sein Smartphone spült. Schließlich die Frage, ob die roten Schuhe, mit denen Amri unmittelbar nach der Tat einer Überwachungskamera am Bahnhof Zoo in die Quere lief, bei der Durchsichtung seines Zimmers gefunden wurden. Anders als beim vorigen Mal wusste der Zeuge jetzt, dass das nicht der Fall war. Es sind oftmals die winzigen Details, die den Ausschuss über Wochen und Monate beschäftigen. In der vorigen Sitzung war es eine SIM-Karte. Die zugehörige Mobilfunknummer endete mit der Ziffernkombination 936. Erstmals aktiviert wurde sie am 7. November 2016. Zum letzten Mal nachweislich aktiv war sie am 15. Dezember, vier Tage vor dem Anschlag. Gefunden wurde sie in Amris HTC-Handy hinter der Stoßstange. Sie war zu diesem Zeitpunkt indes offenkundig deaktiviert, was bedeutet, dass Amri zumindest mit diesem Mobiltelefon am Tag nicht im Internet gewesen sein konnte. Es gibt indes Hinweise, die das Gegenteil belegen. Amri nutzte einen Telegram-Kanal, über den er in der letzten Dreiviertelstunde, bevor er am 19. Dezember 2016 um 20 Uhr in den Weihnachtsmarkt steuerte, Nachrichten mit seinem Terror-Mentor beim Islamischen Staat in Libyen austauschte. Für die Strecke vom Moabit



Am 19. Dezember 2016 steuerte Anis Amri diesen Sattelzug in den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz. Zwölf Menschen starben, 55 wurden verletzt.

# Handy-Rätsel

**U-AUSSCHUSS** Zeugen klären bislang offene Detailfragen im Fall des Terroranschlags vom Berliner Breitscheidplatz

Friedrich-Krause-Ufer zum Breitscheidplatz bediente er sich des Navigationssystems von Google-Maps. Im Fahrerhaus des Lastwagens wurde noch weiteres stark beschädigtes Mobiltelefon Amris der Marke Samsung gefunden. Bekannt ist, dass die zugehörige SIM-Karte einer Nummer zuzuordnen war, die in der Ziffernfolge 5528 endete. Bekannt ist auch, dass diese Karte am 19. Dezember gegen 16 Uhr aus dem Gerät entfernt wurde und seither verschollen ist. Auf der Fahrt zum Tatort nutzte Amri folglich allein das HTC-Gerät. Dieses hatte zuletzt am 16. Dezember WLAN-Kontakt gehabt. Wie also gelangte Amri ins Netz? Die Ermittler hatten dieser Frage zunächst kaum Beachtung geschenkt, so sicher waren sie gewesen, das Gerät in der Hand zu halten, das Amri bis zuletzt genutzt hatte. Dafür sprachen nicht nur die Spuren des Telegram-Verkehrs mit dem IS-Paten in Libyen. In dem Gerät fanden sich zudem Fotos, die Amri zeigen, und Mobilfunknummern, die Amri oder seinen Kontaktpersonen gehörten, auch eine Kurznachricht: „Ich bin's, Anis.“

Es war erst der Untersuchungsausschuss, der den Finger in die Wissenslücke legte. In der Folge vertiefte sich der Zeuge S. in den Sachverhalt und stellte unter anderem fest, dass Amris Mobilfunkanbieter Telefonica auf polizeiliche Anfrage hin die Verkehrsdaten, also Verbindungs- und Standortnachweise, der SIM-Karte mit der Endziffer 936 nur für den Zeitraum bis einschließlich 15. Dezember hatte mitteilen können. Am diesem Tage hatte Amri die Karte für

20 Euro mit einem Datenvolumen von fünf Gigabyte aufgeladen. Der einzig plausible Schluss lautet demnach: Die Karte war entgegen dem Anschein am Tagtag doch aktiviert. „Misslich“, ein „Ärgernis“ nannte der Zeuge A.S. die Datenlücke. Es komme ihm vor, als fehlte etwas Wichtiges in einem Legobausatz. Indes: „Nach vier Jahren ist es nicht mehr möglich, zu sagen, was damals schiefgelaufen ist.“ *Winfried Dolderer*

**> STICHWORT**

**Ungeklärte Fragen zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz**

- > **Waffe** Bekannt ist, dass Amris Pistole im Jugoslawien-Krieg Verwendung fand, aber nicht, wann und wie sie in seine Hände gelangte.
- > **Fluchtweg** Wie kam Amri nach der Tat von Berlin zur niederländischen Grenze, wo er erstmals gesichtet wurde? Niemand weiß es.
- > **Vertrauter** Amris Vertrauter Bilal ben Ammar war nach der Tat zehn Tage lang untergetaucht. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt.

## Aufstellung ohne Präsenz

**WAHLRECHT** Kandidatenkür soll trotz Corona möglich sein

Mit der Feststellung, „dass die Durchführung von Versammlungen für die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen zumindest teilweise unmöglich ist“, hat der Bundestag vergangene Woche die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Parteien angesichts der Corona-Pandemie ermöglicht werden kann, ihre Kandidaten für die Bundestagswahl am 26. September auch ohne Versammlungen zu benennen. Für den Feststellungsantrag der Koalitionsfraktionen (19/25816) votierten 486 Parlamentarier, dagegen stimmten 73, darunter 70 AfD-Abgeordnete. 21 enthielten sich. Damit kann das Bundesinnenministerium laut Bundeswahlgesetz nun durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Regelungen treffen, die von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichen. Ebenso können Abweichungen der Parteien von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen

zugelassen werden, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen. In der Debatte betonte Ansgar Heveling (CDU), die Parteien könnten entscheiden, ob sie die dadurch eröffneten Möglichkeiten nutzen. Mahmut Özdemir (SPD) sagte, man werde in der nächsten Sitzungswoche darüber befinden, ob der Verordnungsentwurf des Ministeriums „unseren Vorstellungen entspricht“. Konstantin Kuhle (FDP) forderte mit Blick auf die Verordnung ein „Primat der Präsenzveranstaltungen“. Auch Friedrich Straetmanns (Linke) mahnte, „dass Präsenzveranstaltungen – so es denn möglich ist – den absoluten Vorrang haben“; ähnlich äußerte sich Britta Haßelmann (Grüne). Jochen Haug (AfD) hielt es dagegen „auch unter den aktuellen Umständen“ für möglich, „Versammlungen in hergebrachter Weise unter Einhaltung angemessener Schutzmaßnahmen durchzuführen.“ *Helmut Stoltenberg*

## Streit um Reparaturgesetz

**INNERES** Oppositionskritik an Reformplan zu Bestandsdaten

Auf scharfe Kritik der Opposition ist vergangene Woche ein Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (19/25294) gestoßen. Das Gericht hatte im Mai 2020 Paragraph 113 des Telekommunikationsgesetzes und mehrere Fachgesetze des Bundes, die die manuelle Bestandsdatenauskunft regeln, für verfassungswidrig erklärt (1 BvR 1873/13, 1 BvR 2618/13). Die manuelle Bestandsdatenauskunft ermöglicht es Sicherheitsbehörden, von Telekommunikationsunternehmen Auskunft insbesondere über den Anschlussinhaber eines Telefonanschlusses oder einer IP-Adresse zu erhalten. Mit der Neuregelung soll unter anderem auch das bereits beschlossene, aber vom Bundespräsidenten noch nicht ausgefertigte Gesetz „zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ an die Rechtsprechung des Gerichts angepasst werden.

In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs betonte Michael Kuffer (CSU), das Gericht habe „lediglich Modifizierungen erbeten“ und klargestellt, dass die Erteilung von Auskünften über Bestandsdaten grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig sei. Uli Grötsch (SPD) sagte, mit der Neuregelung würden die Datenabrufrechte von Sicherheitsbehörden auf besonders schwere Straftaten und konkrete Gefahren begrenzt. Christian Wirth (AfD) warf der Koalition vor, nur zu korrigieren, „was absolut mindestens nötig ist“, um die Karlsruher Vorgaben zu erfüllen. Manuel Höferlin (FDP) monierte, mit dem „Reparaturgesetz“ werde etwa die Meldepflicht für Anbieter sozialer Medien nicht repariert. Niema Movassat (Linke) nannte den Gesetzentwurf „handwerklich schlecht und möglicherweise verfassungswidrig“. Konstantin von Notz (Grüne) monierte, die Koalition passe nur das manuelle Abrufverfahren an und halte am Zugriff auf Passwörter fest. *sto*

## »Jeden zweiten Tag«

**INNERES II** Diskriminierung von Muslimen beklagt

184 Fälle islamfeindlicher Angriffe etwa auf Moscheen, Friedhöfe, Begegnungsorte oder sonstige Religionsstätten sind für das Jahr 2019 in der BKA-Fallzahlendatei „Lapos“ erfasst. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus und Diskriminierung von Muslimen in Deutschland“ (19/17069) hervor, über die der Bundestag vergangene Woche debattierte. Jeden zweiten Tag, rechnete dabei Christine Buchholz (Linke) vor, gebe es einen Angriff auf eine Moschee oder einen muslimischen Repräsentanten. Das Parlament müsse „genauso wie die Zivilgesellschaft antimuslimischen Rassismus bekämpfen“. Filiz Polat (Grüne) beklagte, antimuslimische Vorurteile seien tief verwurzelt in allen gesellschaftlichen Schichten. Helge Lindh (SPD) mahnte, es müsse ein Ende damit haben, dass Muslime in Deutschland „permanent im Rahmen der Islamde-

batten unter Generalverdacht“ lebten. Benjamin Strasser (FDP) verwies darauf, dass man Rassismus nur im Bündnis mit der Gesellschaft beseitigen könne. Bei seiner Bekämpfung komme daher der Zusammenarbeit mit den muslimischen Religionsgemeinschaften eine zentrale Rolle zu. Christoph de Vries (CDU) wies „Muslimfeindlichkeit, Diskriminierung und Vorurteile entschlossen zurück“. Ebenso müsse man aber auch „dem politischen Islam die Stirn bieten“, ergänzte er. Bernd Baumann (AfD) nannte die Große Anfrage eine „große Lüge“ und warf der Linken vor, sie wolle „jede Art von Kritik am Islam unterdrücken“. *sto*



Anzeige

# ZEIT, MEDIEN ZU ERFORSCHEN!

## WORKSHOPS FÜR EINEN BESSEREN UMGANG MIT MEDIEN.

Von Fake News über Digitalisierung bis hin zum journalistischen Schreiben – die Mobile Medienakademie bietet coole Workshops an, vor Ort ebenso wie online!

Klingt spannend? Ist es auch! Schüler\*innen, Lehrer\*innen, Jugendverbände oder andere Interessierte können uns gerne kontaktieren, kennenlernen und einen Workshop buchen, der speziell auf eure Interessen abgestimmt wird.

**KONTAKT:**  
 Kontakt und Anfragen über:  
[akademie@jugendpresse.de](mailto:akademie@jugendpresse.de)  
[jpd.li/akademie](https://www.jpd.li/akademie)  
 Alt-Moabit 89 | 10559 Berlin  
 Tel 030 / 39 40 525-51

**EIN PROJEKT VON:**  
**JUGENDPRESSE DEUTSCHLAND**  
BUNDESVERBAND JUNGER MEDIENMACHER

**GEFÖRDERT DURCH:**  
**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**



Corona ist allgegenwärtig, auch beim Wettbewerbsrecht: In der Pandemie kämpfte der lokale Handel ums Überleben, während auf der anderen Seite Internetgiganten wie Amazon immer mächtiger würden, beschrieb Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) in der vergangenen Woche im Bundestag die Lage. Ihr CDU-Kollege Matthias Heider wartete mit vier Namen auf: Google, Apple, Facebook, Amazon – und mit einer tippigen Liste ihrer Aktivitäten: Plattformen, Suchmaschinen, Onlineshops, Nachrichtenservice, Produkthersteller, Cloud- und Streamingdienste, Dienstleister, Datensammler, Werbemedium. „Die modernen digitalen Gatekeeper können alles und sind marktübergreifend tätig“, sagte der Christdemokrat. Das Wachstum dieser Unternehmen basiere auf teilweise erheblicher Beeinträchtigung des Wettbewerbs, weswegen es angebracht sei, „die schiefen Wettbewerbsverhältnisse in der digitalen Welt wieder ins Lot zu bringen“, wie es Heider, Vizevorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, formulierte. Genau darauf zielt der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein „fokussiertes, proaktives und digitales Wettbewerbsrecht 4.0“ (19/23492, 19/24439) ab, den der Bundestag in dritter Lesung verabschiedete.

Von einem „scharfen Schwert“ gegen „Wildwestmethoden im Bereich der Digitalwirtschaft“ sprach Heider. Das Bundeskartellamt werde mit mehr Durchsetzungskraft ausgestattet. Etwa, wenn Software-Anwendungen nur auf bestimmter Hardware zugelassen würden oder wenn auf dem Internetmarktplatz eigene Produkte bevorzugt und andere diskriminiert würden. Er versicherte, dass es mit dem Gesetzesvorhaben weder um die Zerschlagung noch um die Verbannung von Technologiekonzernen gehen solle. Es gehe um einen moderaten und effektiven Regulierungsansatz im Kartellrecht – immerhin sei das weltweit der erste Vorstoß.

Dies strich auch Falko Mohr (SPD) heraus und stufte das Gesetzesvorhaben als eine Art Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft ein. In der digitalen Welt laufe der Wettbewerb anders, dort tendiere man stärker zu Monopolen. Unternehmen wollten immer mehr Marktmacht auf sich konzentrieren: „Es gibt am Ende einen einzigen Wettbewerber, der so dominant wird, dass Wettbewerber nicht mehr stattfinden.“ Künftig könne nun das Bundeskartellamt präventiv Verhaltensregeln aufstellen und es beispielsweise Unternehmen verbieten, sich selbst zu bevorzugen. Um jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, soll es nun noch Verfahren beim Bundesgerichtshof als erster und letzter Instanz geben. Die Stärkung des Bundeskartellamtes lobte zwar auch Michael Theurer (FDP). Doch ist ihm das Gesetzesvorhaben nicht präzise genug. Zudem sei eine EU-Regelung vonnöten. Überdies machte er geltend, dass das Wettbewerbsrecht nicht allein die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern vermöge. Er forderte bessere Rahmenbedingungen in der digitalen Welt. So solle ein Wagniskapital-Gesetz Startups helfen, besser in die



Pakete stapeln sich in einem Amazon-Logistikzentrum: Der Internethandel boomt.

© picture-alliance/dpa/Rolf Vennenbernd

Globalmärkte hineinzuwachsen. Auch müsse es Verbesserungen im Bereich der Arbeitskräfte geben. Es sei ein Skandal, dass IT-Experten wegen der Besteuerung aus Deutschland abwanderten. Pascal Meiser (Die Linke) beschrieb die Dominanz der Netz-Giganten, die so mächtig seien, dass sie sich um das Zahlen von Steuern drücken könnten. Er erkannte in dem Gesetzentwurf erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung. Leider würden an vielen Stellen nur halbe Sachen gemacht. Meiser forderte ein eindeutiges Verbot missbräuchlicher Praktiken per Gesetz. Insbesondere vermisse er Ansätze, um die Macht bestehender Monopole grundsätzlich in Frage zu stellen. Wenn Konzerne mit überragender Bedeutung zu mächtig und nicht mehr zu kon-

trollieren seien, dürften auch die EU und Deutschland nicht mehr vor der Ultima Ratio einer präventiven Zerschlagung zurückschrecken. Katharina Dröge (Grüne) verband mit dem Blick auf die Corona-Krise herbe Schelte in Richtung Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Der habe sich viel zu viel Zeit mit der Vorlage des Gesetzentwurfs gelassen. Diese Langsamkeit sei in dieser Krise fatal. Immer mehr kleine Händler seien auf die Angebote der digitalen Giganten angewiesen. Ein starkes Wettbewerbsrecht sei für viele Unternehmen überlebenswichtig. Dem Gesetz bescheinigte sie einen Schritt in die richtige Richtung, auch wenn sich ihre Fraktion Verbesserungen gewünscht habe – etwa Regelungen gegen den strategischen Aufkauf von Startups

durch die Großen. Eine große Leerstelle sei außerdem, dass der Verbraucherschutz völlig aus dem Fokus geraten sei. Lothar Maier (AfD) meinte, Verbraucherschutz könne man nicht nur unter dem Aspekt des Wettbewerbsrechts sehen. Er erwähnte eine Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden plus Verbraucherverbänden und Behörden, wie sie zum Beispiel in Großbritannien praktiziert werde. Mit der Novelle nahm der Bundestag auch Änderungen am Sozialleistungsbuch (SGB III, V) vor. Der Leistungszeitraum für die Inanspruchnahme von Kinderkrankengeld wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie auf das Jahr 2021 ausgedehnt. Damit soll berücksichtigt werden, dass die Betreuung eines erkrankten Kindes häufiger erforderlich sein kann. Franz Averdunk

## „Kein Angebot zur Verschiebung“

**PKW-MAUT** Ex-Verkehrsminister und Ex-Staatssekretär im Untersuchungsausschuss

Alexander Dobrindt musste sehr lange warten, bis seine Vernehmung im 2. Untersuchungsausschuss („Pkw-Maut“) begann. Erst kurz nach ein Uhr in der Nacht auf Freitag vergangener Woche begrüßte der Ausschussvorsitzende Udo Schiefner (SPD) den CSU-Politiker, der von 2013 bis 2017 Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur war und jetzt Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag ist. Wer allerdings spektakuläre Aussagen des ehemaligen Ministers erwartet hatte, wurde enttäuscht. In der rund dreistündigen Befragung beleuchtete Dobrindt die Frühphase der Maut, deren Grundlage im Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2013 gelegt wurde – und zwar mit der Vorgabe, dass kein inländischer Autohersteller durch die Maut zusätzlich belastet werden dürfe. Ob sich dieses Konzept europarechtskonform umsetzen lasse, sei schon 2014 thematisiert worden, sagte Dobrindt. „Dass es eine Reihe von Hürden gibt, war allen bekannt“, erklärte er. Bereits bei seinem ersten Treffen mit dem damaligen EU-Verkehrskommissar Siim Kallas in Brüssel sei der Grundsatz „No linkage between tax and toll“ (keine Kopplung zwischen Steuer und Maut) Thema gewesen. Diese Forderung habe die Bundesrepublik ernst genommen und umgesetzt. Auf die Frage, ob er als CSU-Landesgruppenchef Minister Scheuer aufgefordert habe, die Pkw-Maut umzusetzen, erklärte Dobrindt, es habe ein Gesetz gegeben und damit einen Umsetzungsauftrag für den zuständigen Bundesminister. In seiner Funktion als Landesgruppenchef habe er keine Detailgespräche über die Pkw-Maut mit Scheuer geführt. Auch seien die ersten Eckpunkte für die Pkw-Maut 2014 im Bundesverkehrsministerium und nicht, wie gelegentlich behauptet, in der



Alexander Dobrindt (CSU)

bayerischen Staatskanzlei formuliert worden. Mehr Sprengstoff steckte in den Aussagen des Zeugen, den der Ausschuss zuvor neun Stunden lang befragt hatte. Gerhard Schulz, der von März 2018 bis Februar 2019 als Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium für Mautthemen zuständig war, bekräftigte die zentralen Aussagen, die er in seiner Vernehmung am 1. Oktober 2020 getätigt hatte. Insbesondere widersprach er vehement der politisch brisanten Erklärung des Bieters Klaus-Peter Schulenberg, wonach dieser in einem Spitzentreffen am 29. November 2018 Verkehrsminister Scheuer angeboten habe, mit der Unterzeichnung des Betreibervertrags bis nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu warten. Der EuGH erklärte im Juni 2019 das Maut-Projekt für nicht vereinbar mit europäischem Recht. Wegen der

folgenden Kündigung der Verträge durch das Ministerium verlangen die Betreiber von der Bundesrepublik Schadenersatz in Höhe von 560 Millionen Euro. „Ich bin aus meiner heutigen Sicht überzeugt, dass es ein solches Angebot von Herrn Schulenberg nicht gegeben hat“, sagte Schulz, der seit März 2019 Chef der bundeseigenen Toll Collect GmbH ist. Ein solches Angebot könne es gar nicht gegeben haben, da man im November 2018 von einer Vertragsunterzeichnung weit entfernt gewesen sei, so Schulz. Es habe nicht einmal ein zuschlagfähiges Angebot auf dem Tisch gelegen. Außerdem finde sich in den Unterlagen des Ministeriums nicht der geringste Hinweis auf ein solches Angebot. Dies sei bemerkenswert, da er, Schulz, ein solches Angebot auf jeden Fall an die Arbeitsebene weitergeleitet hätte. Hinzu komme, dass die Chefs des Bieterkonsortiums zuvor die Verfahrensdauer kritisiert hätten. An einer weiteren Verschiebung hätten sie kein wirtschaftliches Interesse gehabt. In diesem Zusammenhang griff Schulz die Chefs des Betreiberkonsortiums von CTS Eventim und Kapsch TrafficCom an. Es spreche für sich, dass ein Vermerk der Betreiberseite über das angebotene Angebot zur Verschiebung erst wenige Tage vor seiner Vernehmung am 1. Oktober 2020 dem Ausschuss übergeben worden sei, sagte er. Aber was könnte die Unternehmenschefs Schulenberg und Georg Kapsch zu ihrer laut Schulz falschen Aussage veranlassen? Schulz verwies auf das laufende Schiedsverfahren und erklärte, dass sich dessen Ergebnis direkt auf das persönliche Vermögen der beiden Zeugen auswirke. Außerdem habe er die Erfahrung gemacht, dass in Verhandlungen oft die Schwächung des Spitzenpersonals der Gegenseite „gezielt herbeigeführt“ werde. chb

## Weg frei für Kohleausstieg

**ENERGIE** Bundestag billigt öffentlich-rechtlichen Vertrag

Der Bundestag hat dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zum Ausstieg aus der Braunkohleleistung mit dem Votum der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zugestimmt. Die übrigen Fraktionen votierten in der vergangenen Woche gegen das Vertragswerk, die AfD enthielt sich. Beauftragt hatte die Abstimmung das Bundeswirtschaftsministerium (19/25494). Ein AfD-Antrag (19/22434) zu einem Neustart für die Kernenergie wurde abgelehnt. Für das Ministerium hob der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Bareiß (CDU) die Bedeutung des Regelwerks hervor. Der Vertrag regle die Gegenleistung für eine Entschädigung – nämlich den Klageverzicht von Unternehmen. Die Rekultivierung von Tagebauen werde ebenso gesichert wie die Möglichkeit, den Kohleausstieg ohne weitere Entschädigungsansprüche

vorzuziehen. Bernd Westphal (SPD) ergänzte, man schaffe mit plan- und kalkulierbaren Strukturen eine Perspektive für die Rievie. Die Opposition überzeugte dies nicht. Stefan Kotré (AfD) sah durch den Kohleausstieg die Versorgungssicherheit gefährdet und Strompreise weiter steigen. Martin Neumann (FDP) sagte, man will nicht nur einen ökologisch treffsicheren Kohleausstieg, sondern den wirtschaftlich effizientesten Weg ohne Verschwendung von Steuergeldern. Für Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) ist der Vertrag eine Verlängerung der Gewinnerzielung der Kohlekonzerne „in ungeheurem Ausmaß“. Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) sah das ähnlich und sprach vom vergoldeten Abschied eines Industriezweigs, der sowieso keine Zukunft mehr habe. pez

## Europas Antwort

**HANDEL** Debatte über Reaktion auf Asien-Pazifik-Bündnis

Über die Chancen einer europäischen Antwort auf das neue asiatisch-pazifische Freihandelsabkommen RCEP hat der Bundestag in der vergangenen Woche diskutiert. Anlass zur Aussprache über einen transatlantischen Wirtschaftsraum hatte die FDP-Fraktion mit einem Antrag (19/25732) geliefert. Diesen überwies die Abgeordneten im Anschluss an den Wirtschaftsausschuss zur Beratung. Sandra Weeser (FDP) argumentierte, gute Handelsbeziehungen seien ein Fundament, mit dem man die Standards von morgen setze. Entscheidend seien dabei Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit – daher müssten verhandelte Abkommen etwa mit Kanada und den Mercosur-Staaten endlich zum Abschluss gebracht werden. Andreas G. Lämmel (CDU) erklärte, es ge-

he nicht, dass man ständig Nachforderungen stelle – das aber wolle die FDP, daher sei der Antrag abzulehnen. Markus Töns (SPD) betonte die Stärke der EU und sah die „Wertunion“ als Gegenmodell zu China. Er bekannte sich zu einem „gerechten, wertebasierten Freihandel“. Hansjörg Müller (AfD) plädierte dafür, mehr Eigennutz in der Handelspolitik anzustreben. Es gelte, zunächst die Interessen deutscher Unternehmen zu vertreten. Klaus Ernst (Die Linke) kritisierte die Schiedsgerichts-Regelungen beim Ceta-Abkommen als ungerecht für deutsche Unternehmen. Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) sagte schließlich, man müsse gemeinsam mit den USA von Anfang an auf das Thema Klimaschutz setzen. Diese Vision fehle im Antrag der FDP. pez

## Gesundes Essen für alle

**VERBRAUCHER** Ernährungspolitische Bericht im Fokus

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche eine Entschließung zum Ernährungspolitischen Bericht 2020 (19/19430, 19/20213) beschlossen. Dafür stimmten die Koalitionsfraktionen, die Linksfraktion votierte dagegen, die übrigen Fraktionen enthielten sich. Oppositionsanträge zu dem Tagesordnungspunkt wurden abgelehnt. In der verabschiedeten Entschließung wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Organisation und Zusammenarbeit der Institutionen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit Bezug zur Ernährung zu überprüfen. Bestehende Initiativen zur Ernährungsbildung sollen zusammen mit Ländern und Kommunen sowie allen relevanten Akteuren gestärkt werden. Neue, zielgruppengerechte und praktikable

Konzepte sollen dafür entwickelt werden. Vulnerable Gruppen, vor allem Kinder und Jugendliche, die an Fehlernährung oder Übergewicht leiden, sollen ernährungspolitisch besonders berücksichtigt werden, heißt es weiter. Im Ernährungspolitischen Bericht 2020 werden die bundespolitischen Grundlagen, Ziele und Maßnahmen in den Bereichen Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz seit 2016 dargelegt. Insbesondere geht es um die Themen Fehlernährung und die gesundheitlichen Folgen davon, Lebens- und Futtermittelsicherheit, Schutz vor Irreführung der Verbraucher und Nachhaltigkeit im Konsum. Auch die Ernährungsbildung und -information zur Förderung eines gesunden und ausgewogenen Lebensstils sowie die Lebensmittelversorgung weltweit sind Themen. lbr

## Dreifache Lobbyarbeit

**WIRECARD** Einfluss von Ex-Spitzenpolitikern im Fokus

Für Lars-Hendrik Röller gehört es zum Beruf, wenn Vertreter der Wirtschaft ihn mit ihren Anliegen bedrängen. Als Leiter der Wirtschaftsabteilung des Kanzleramts ist er die Schnittstelle der Firmenchefs zur Regierungschefin. In dieser Rolle hat er durchaus ein offenes Ohr für die Wünsche der Industrie. Röller stellte daher in der vergangenen Woche vor dem Wirecard-Ausschuss einen Vorgang vom Herbst 2019 als reine Routine dar, der heute Gegenstand intensiver Nachforschungen des Bundestages ist: Hilfestellung der Kanzlerin für das Finanztechnik-Unternehmen Wirecard beim Markteintritt in China. Damals hatten sich mehrere Berater im Namen von Wirecard an Röller gewandt. Inzwischen ist das Unternehmen jedoch vom Star der Wirtschaftswelt zum größten Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte abgestürzt. Röller muss nun die Frage beantworten, wie viel Einfluss gut

vernetzte Ex-Politiker auf die Vorgänge im Kanzleramt haben. „Die Kanzlerin ist nicht eingesperrt worden“, insistierte er auf eine kritische Frage des Abgeordneten Hans Michelbach (CSU). Die Abgeordnete Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) wies jedoch darauf hin, dass sich in dieser Zeit gleich drei Lobbyisten für Wirecard stark gemacht hätten: Neben Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) waren das auch der ehemalige Kanzleramts-Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche (CSU) und Hamburgs Ex-Bürgermeister Ole von Beust (CDU). Der Wirecard-Untersuchungsausschuss widmete sich auch der Rolle der Banken in den Skandal. Ein Bericht des Nachrichtenmagazins Die Spiegel lieferte den Abgeordneten punktiert zu einer zweiten Sitzung neue Munition für ihre Befragung. Eine Aktienexpertin der Commerzbank soll Wirecard bis fast zum Schluss hochgejubelt und dem Konzern-Management sogar vertrauliche Informationen aus der Finanzwelt gesteckt haben. Der Risikovorstand der Bank, Marcus Chromik, bezeichnete sein Institut dagegen vor dem Ausschuss als Opfer des groß angelegten Betrugs. Die Commerzbank hatte einen gemeinsamen Kredit mehrerer Banken über 1,75 Milliarden Euro für Wirecard eingefädelt. Viel davon ist weg – Wirecard hatte einen Großteil seiner Umsätze und seines Gewinns mit Luftgeschäften erzeugt. Auch eine genaue Begutachtung habe seinerzeit aber keine Belege für Fehler in der Rechnungslegung ergeben, so Chromik. Die Detailprüfung sei Aufgabe der Wirtschaftsprüfer. Die Bayerische Landesbank, die von Vorstandsmittglied Marcus Kramer vor dem Ausschuss vertreten wurde, hatte dagegen schon 2018 Probleme gewittert und sich aus dem Geschäft mit Wirecard zurückgezogen. frm



Lars-Hendrik Röller im Bundestag

© picture-alliance/dpa

### KURZ NOTIERT

#### Linke: Zunahme privater Verschuldung durch Corona

Die Linksfraktion will den Zinssatz für sogenannte Dispositionskredite auf maximal fünf Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank begrenzen. Zugleich soll verhindert werden, dass die Kreditinstitute infolge der Zinsdeckelung für diese Kredite andere Gebühren und Entgelte anheben. Einen entsprechenden Antrag (19/25065) hat der Bundestag in der vergangenen Woche debattiert und an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. pez

#### Förderung der Agrorforstwirtschaft

Der Bundestag hat vergangene Woche einen Antrag von CDU/CSU und SPD zur Förderung der Agrorforstwirtschaft (19/24389) angenommen und vier Anträge der Opposition zum Thema abgelehnt. Nur die FDP stimmte gegen den Koalitionsantrag. Die Koalition will die Produktivität, Klimaresilienz und Biodiversität steigern. Leistungen von Agrorforstsystemen sollen honoriert werden, indem die Förderfähigkeit der Systeme noch in der aktuellen Förderperiode der derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ermöglicht werden soll. Außerdem sollen sie als pflanzenbauliches Werkzeug anerkannt werden. lbr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Washington bereitet sich unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen für die Amtseinführung von Joe Biden am 20. Januar vor dem Kapitol vor. Mitte vergangener Woche präsentierte Nancy Pelosi (rechts), die demokratische Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, die Anklageschrift für das neue Amtsenthebungsverfahren gegen Noch-Präsident Donald Trump.



© picture-alliance/dpa/Sputnik/Artur Gabdrahamanov/CNP/Greg Nash-Pool

## Bundestag verurteilt Sturm auf Kapitol

**AUSWÄRTIGES** Die Vorgänge in den USA haben vergangene Woche auch den Bundestag beschäftigt. In einer auf Verlangen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD anberaumten Aktuelle Stunde verurteilten die Fraktionen den Angriff auf das US-Kapitol am 6. Januar und mahnten eine klare Haltung gegenüber Feinden der Demokratie auch in Deutschland und Europa an.

Außenminister Heiko Maas (SPD) sprach von einem „Angriff auf die Herzkerne der amerikanischen Demokratie“. Der noch bis zum 20. Januar amtierende US-Präsident Donald Trump habe demokratische Spielregeln mit Füßen getreten und gezeigt, welchen „Bärenrudel“ rechtspopulistische Regierungen ihren Ländern erweisen. Es werde der neuen Regierung unter Demokrat Joe Biden viele Kraft abverlangt, das Vertrauen in die amerikanischen Institutionen wiederherzustellen und die Gesellschaft auszusöhnen, urteilte Maas. Hetze und hasserfüllte Taten seien aber auch in Europa ein Problem, daher gelte es, einen „Schulterschluss aller Demokraten gegen die Feinde der Demokratie zu suchen“. Johann Wadepuhl (CDU) sprach von „ungeheuerlichen Ereignissen“ und einer „Mahnung an uns, dass unsere Demokratie zu verteidigen ist“. Die Vorgänge in Washington seien ein Anlass, auch hierzulande aufmerksam zu sein. Der AfD warf Wadepuhl vor, den Rechtsstaat zu diffamieren und die Vorgänge in Washington zu verharmlosen. „Das werden wir in Deutschland nicht mehr zulassen“, stellte er klar. Deutschland und Europa müssten den USA außerdem als Freunde und Partner zur Seite stehen.

**»Falscher Sachvergleich«** Gottfried Curio (AfD) hatte die Vorgänge in den USA zuvor als „Eskalation einer Demonstration“ bezeichnet und klargestellt, die Randalierer vom Kapitol gehörten „streng bestraft“. Die Auseinandersetzungen in einer Demokratie seien „ausschließlich mit friedlichen und demokratischen Mitteln zu führen“. Der Bundesregierung und den übrigen Fraktionen warf er vor, einen „schamlos falschen Sachvergleich“ zu ziehen, um mit „Schreckensbildern aus den USA die deutsche Bevölkerung aufzuwecken und die Kritiker der Regierungspolitik“. Dies sei „Hetze gegen demokratisch oppositionelle Minderheiten“, urteilte Curio. Nach Ansicht von Petra Pau (Die Linke) geht das eigentliche Problem nicht von Trump aus, sondern von den „zig Millionen Bürgern, die seiner abseitigen Politik folgten und folgen“. Ähnliche Entwicklungen seien auch in Deutschland zu beobachten. Pau nannte den Rechtsextremismus die „größte Gefahr für die Demokratie“ und warnte vor einer zunehmenden Akzeptanz von Gewalt. Ursache sei auch eine neoliberale Politik, in der „das Soziale klein geschrieben und die Demokratie entleert“ werde. Diese Tendenzen müsse man „ernsthaft bearbeiten“.

**»Keine Kompromisse«** Für Bündnis 90/ Die Grünen sagte Agnieszka Brugger, die extreme Rechte in Europa verfolge ähnliche Strategien wie die in den USA. Es müsse klar sein, dass Demokraten mit „Faschisten und Rechtsextremisten keine Kompromisse“ machen dürften. „Wehret den Anfängen, das gilt auch im Bundestag“, stellte Brugger mit Blick auf die AfD klar. Sie forderte ein „breites Bündnis der Demokraten über Fraktions- und Ländergrenzen hinweg“.

Johanna Metz

# Die Stunde des Kongresses

**USA** Impeachment gegen Trump geht in zweite Runde. Ermittlungen gegen Randalierer

Diesen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde wird Donald Trump wohl niemand mehr nehmen. Als erster Präsident in der 244-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten ist der 74-Jährige zum zweiten Mal in einer Amtszeit vom Repräsentantenhaus des Kongresses „impeached“ worden. Im Nachgang des von der Bundespolizei FBI als Inlands-Terrorismus deklarierten Anschlags auf das Kapitol am 6. Januar lautete die Anklage auf „Anstiftung zum Aufruhr“.

Auf Initiative der Mehrheitsfraktion der Demokraten stimmten 232 Abgeordnete für die Amtsenthebung Trumps, der am 20. Januar den Weg für seinen Nachfolger Joe Biden freimachen muss. Darunter waren auch zehn Republikaner. Sie teilten die Auffassung, die Liz Cheney, Tochter des früheren republikanischen Vize-Präsidenten Dick Cheney, formulierte: „Trump hat den Mob herbeigerufen.“ Es gab noch nie einen größeren Verrat durch einen Präsidenten der Vereinigten Staaten.“ Konkret gemeint war, dass Trump in seiner als aufwiegend bezeichneten Rede vor Tausenden Anhängern

**»Es gab noch nie einen größeren Verrat durch einen US-Präsidenten.«**

Liz Cheney, Tochter des Ex-Vizepräsidenten

unmittelbar vor dem Sturm auf das Kapitol gefordert hatte, dass seine Fans dort die Begegnung des Wahlsieges von Joe Biden verhindern sollen. Trump hält seit der Wahl am 3. November die in mehr als 60 Gerichtsverfahren verworfene Behauptung aufrecht, er sei das Opfer eines umfassenden Wahlbetrugs geworden, den die Demokraten choreografiert hätten.

Die Demokraten, die in wenigen Tagen alle drei Ecken der US-Demokratie – Weißes Haus, Senat und Repräsentantenhaus – beherrschen werden, zogen das Verfahren im Eiltempo durch. Zuvor hatte Vize-Präsident Mike Pence die Forderung der Demokraten ausgeschlagen, Trump via Kabinettsbeschluss nach dem 25. Verfassungszusatz für amtsunfähig zu erklären und abzusetzen. Pence erklärte, ein solches Vergehen sei „nicht im besten Interesse unserer Nation“.

Er rief die demokratische Mehrheitsführerin Nancy Pelosi, auf die gesellschaftlich aufgeheizte „Temperatur“ zu senken. Trump selbst äußerte sich ungewohnt zahm: „Ich fordere alle Amerikaner auf, Spannungen abzubauen und die Gemüter zu beruhigen“, verurteilte er die Erstürmung des Kapitols nach einer Woche. Am Tag selber hatte

er seinen Anhängern versichert, die Gewalt sei die logische Folge des ihm gestohlenen Wahlsieges. Nach dem ersten Teil des „Impeachment“ im „House“ liegt der Ball nun im Spielfeld des Senats. Weil für die Abberufung Trumps eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig ist, müssen die Demokraten für die entscheidende Abstimmung 17 Republikaner auf ihre Seite ziehen. Wann das sein wird, ist unklar. Nur so viel: deutlich nach Trumps Ausscheiden aus dem Amt.

**Unmut** Im ersten Amtsenthebungsverfahren um die Ukraine-Affäre stimmte in der zweiten Kammer des Kongresses nur ein Republikaner, Senator Mitt Romney, gegen Trump, der am Ende freigesprochen wurde. Diesmal gibt es mindestens vier Kandidaten. Dass die Zahl steigen könnte, liegt an Mitch McConnell. Der Senatsführer gab seinen Kollegen de facto grünes Licht, um Trump abzuberufen. Der 78-Jährige aus Kentucky hatte Trumps Rhetorik einer Amtsenthebung für würdig befunden. Es sei nun leichter, sich aus Trumps Würgegriff zu befreien und eine weitere Präsidentschaftskandidatur des Unternehmers 2024 zu verhindern. McConnell will die Republikaner von Trump auf die harte Tour emanzipieren. Ausgang? Offen. Zumal strittig ist, ob eine Amtsenthebung nach Ende von Trumps Amtszeit gerichtlich Bestand hätte.

Viele Abgeordnete kümmern sich mehr, dass die Situation am 6. Januar offenbar gefährlicher war, als ursprünglich angenommen. FBI und Justizministerium ermitteln, ob Rechts-Terroristen die Absicht hatten, Politiker zu entführen oder sogar zu töten. Auch dem Verdacht, dass Abgeordnete und Teile der Polizei mit Randalierern kooperiert haben könnten, wird nachgegangen. Bisher sind 70 Verfahren eröffnet.

Der verantwortliche Staatsanwalt Michael Sherwin sagte, dass noch „Hundert“ mit Anklagen und Haftstrafen bis zu 20 Jahren zu rechnen hätten. Zuletzt setzten FBI und

Justizministerium Abgeordnete darüber ins Bild, dass es aus Extremisten-Zirkeln fortgesetzt Drohungen gegen sie gibt. Auch darum wurden die Sicherheitsvorkehrungen im Kongress vor der Amtseinführung Bidens enorm intensiviert. Am 20. Januar werden 20.000 Nationalgardisten die US-Hauptstadt zur Festung machen. Mit den Vorgängen in den USA befasste sich vergangener Donnerstag auch der Bundestag in einer Aktuelle Stunde (siehe Text rechts.)

Dirk Hautkapp

Der Autor ist Korrespondent der Funke-Mediengruppe in Washington.

### STICHWORT

#### Das Impeachment-Verfahren

**> Ablauf** Für ein Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) ist in den USA nur eine einfache Mehrheit der 435 Stimmen im Repräsentantenhaus notwendig. Im Senat müssen daraufhin zwei Drittel der 100 Abgeordneten für die eigentliche Verurteilung stimmen.

**> Geschichte** Gegen Donald Trump (Foto) ist schon zum zweiten Mal ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet worden. Er ist erst der dritte US-Präsident nach Andrew Johnson und Bill Clinton, der ein Impeachment durchläuft. Bisher waren alle erfolglos. In einem weiteren Fall entzog sich Richard Nixon durch seinen Rücktritt in der Watergate-Affäre einem Impeachment.



© picture-alliance/abaca/Corbis/Vari

## Fragwürdige Vorfälle

**MENSCHENRECHTE** Frontex-Chef berichtet zu Pushbacks

Der Direktor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex, Fabrice Leggeri, hat Vorwürfe einer Beteiligung von Frontex-Beamten an illegalen Pushbacks an den Außengrenzen der Europäischen Union erneut zurückgewiesen. In einem Gespräch mit Abgeordneten im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe räumte Leggeri vergangene Woche zwar ein, dass es – wie von unterschiedlichen Medien berichtet – im vergangenen Jahr „Vorfälle“ an der griechisch-türkischen See-Grenze in der Ägäis gegeben habe. Dabei habe es sich aber nicht um illegale Rückschiebungen gehandelt.

**Gewaltsame Rückführung** Laut den Berichten sollen griechische Grenzschützer Bootsflüchtlinge abgefangen und gewaltsam in türkische Gewässer zurückgezogen haben. Frontex soll seit April bei mindestens sechs dieser sogenannten Pushbacks, die gegen internationales Recht verstoßen, in der Nähe und in mindestens einen selbst verwickelt sein. Dafür gebe es keinen Beweis, betonte Leggeri in seinem Statement. Interne Untersuchungen hätten keinerlei Hinweise auf eine Verletzung von Menschenrechten gebracht. Der Frontex-Direktor verteidigte

sich und die von ihm geleitete Behörde mit Sitz in Warschau zudem gegen die seit Monaten andauernde öffentliche Kritik auch hinsichtlich ihres Engagements zur Aufklärung der Vorgänge. Er habe dem Frontex-Verwaltungsrat Berichte vorgelegt und wiederholt Fragen der Europäischen Kommission sowie einzelner EU-Mitgliedstaaten zu den Vorfällen beantwortet. Er habe zudem selbst gegenüber den griechischen Behörden auf Aufklärung gedrungen, betonte Leggeri. Darauf habe er jedoch nur die Antwort erhalten, dass es keine Rechtsverstöße gegeben habe.

Leggeri forderte, sich innerhalb der EU über die Auslegung von Rechtsvorkehrungen im Zusammenhang mit Frontex-Einsätzen zu verständigen, um legitime Zurückweisungen im Bereich des Grenzschutzes von illegalen Pushbacks zu unterscheiden. Hier habe es in der Vergangenheit Unklarheiten gegeben. Leggeri hatte zuvor auch dem Innenausschuss Rede und Antwort gestanden. Abgeordnete von SPD, FDP, Linken und Grünen kritisierten die Grenzschutzagentur im Anschluss scharf und verlangten mehr Aufsicht und Berichtspflichten für Frontex. Die Ombudsfrau der EU, Emily O'Reilly, hat bereits im November 2020 eine Untersuchung gegen Frontex eingeleitet. sas

## Erneuerte Partnerschaft

**ENTWICKLUNG** Kritik an Post-Cotonou-Abkommen

Im Dezember 2020 haben sich EU und 78 Staaten aus Afrika, der Karibik und der Pazifik-Region (AKP-Staaten) nach langen und schwierigen Verhandlungen auf die Inhalte eines neuen Partnerschaftsabkommens geeinigt. Es folgt dem 2000 beschlossenen Cotonou-Abkommen nach und soll im Herbst unterzeichnet werden.

Bei den Abgeordneten im Entwicklungsausschuss rief diese Nachricht wenig Begeisterung hervor. Sie halten das Post-Cotonou-Abkommen für zu wenig ambitioniert und vermischen effektive Strafmechanismen im Fall von Verstößen, etwa bei Menschenrechtsverletzungen. Aus der Unionsfraktion hieß es, es sei nicht gelungen, sich aus dem postkolonialen Muster der AKP-Struktur zu lösen. Mittelfristig müsse man zu einem ambitionierten Vertrag zwischen EU und Afrikanischer Union (AU) kommen, der auch die nordafrikanischen Staaten einbeziehe. Auch ein Vertreter der SPD-Fraktion warb für ein EU-AU-Abkommen. Er betonte zudem, dass schon im Vorgängerabkommen „viele schöne Formulierungen“ zu Menschenrechten und guter Regierungsführung gestanden hätten, sich faktisch jedoch wenig verbessert habe. Es sei daher fraglich, ob die im neuen Abkommen ebenfalls verankerten Mechanismen ausreichen.

Die AfD-Fraktion warf die Frage auf, ob das Abkommen angesichts der Folgen der Corona-Pandemie in Afrika überhaupt noch ein geeignetes Instrument sei. Die Vertreter von FDP, Linken und Bündnis 90/ Die Grünen bezeichneten es als vage. Ihm fehle der Glaube an eine effektive Umsetzung, sagte ein FDP-Abgeordneter. Er forderte, das Abkommen als gemischtes Abkommen zu deklarieren, sodass es von den nationalen Parlamenten in der EU ratifiziert werden müsse.

Die Linksfraktion betonte, die Tatsache, dass die nordafrikanischen Staaten nicht Teil des AKP-Verbands seien, führe zu einer Spaltung und Schwächung der Afrikanischen Union. Auch fehle ein eigenständiges Finanzierungsinstrument. Ein Vertreter der Grünen äußerte die Vermutung, dass Regelungen zu Menschenrechten, Genderfragen und dem Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit „auf dem Altar der europäischen Migrations- und Grenzsicherungs politik geopfert“ worden seien. joh

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
fazit-com@intime-media-services.de  
Telefon 089-8585 3832





WEIHNACHTSRÄTSEL 2020

Die Gewinner stehen fest

**RÄTSEL** Aus vielen hundert Postkarten, Briefen und Mails zu unserem Weihnachtsrätsel 2020 haben wir die Gewinner gezogen. Den Hauptpreis, eine Reise nach Berlin für zwei Personen inklusive Besuch des Bundestages – sobald es die pandemische Lage wieder erlaubt – hat gewonnen:

Lothar Hillmann aus Buchholz in der Nordheide

Der Bildband „Das deutsche Parlament“ sowie die DVD „Das Herz der Demokratie“ gehen an:

- Comelia Hilsenbek aus Ansbach
- Günther Schmid aus München
- Hermann Seider aus Hefdorf
- Frank Kollmus aus Mainhausen
- Peter Bartl aus Denzlingen
- Joachim Kaiser aus Elmshorn
- Jules Bouédec aus Stuttgart
- Herbert Schweinfest aus Ansbach
- Bernhard Eschweiler aus Euskirchen
- Ursula Dierdorf-Meckbach, Düsseldorf

Die richtigen Antworten lauten:

- 1.) Im Sommer 2021
- 2.) Diabetes
- 3.) Sandra Lindsay
- 4.) Heron
- 5.) Drei Jahre
- 6.) 145 Zeugen
- 7.) Den Ausbaupfad für erneuerbare Energien
- 8.) 5 Euro
- 9.) OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
- 10.) Portugal
- 11.) Lenelotte von Bothmer
- 12.) Am 30. Dezember 1975

DP II

VOR 20 JAHREN

Ein Transrapid für China

22.1.2001: Deutschland und China unterzeichnen Verträge. „Wenn Sie vom Hauptbahnhof in München... mit zehn Minuten, ohne, dass Sie am Flughafen noch einchecken müssen, dann starten sie im Grunde genommen am Flughafen... am, am Hauptbahnhof in München starten Sie ihren Flug.“ Die Rede von Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) aus dem Jahr 2002 wurde Kult. Gleichzeitig ist sie das einzige, was in Deutschland von einem ambitionierten Projekt geblieben ist: dem Transrapid. Anders in China. Am 22. Januar 2001 unterzeichneten das Transrapid-Konsortium und die Volksrepublik einen Vertrag zum Bau der ersten kommerziell genutzten Magnetschwebebahn. Kosten: rund zwei Milliarden D-Mark. Finanzminister



Befürworter des Projekts: Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU).

Hans Eichel (SPD) unterstützte das Projekt. Doch auch in China blieb der Transrapid hinter den Erwartungen zurück. Zwar ging die Bahn Anfang 2003 zwischen einem Außenbezirk von Shanghai und dem internationalen Flughafen in Betrieb. Doch die Hoffnung, die 30 Kilometer lange Teststrecke zu verlängern und weitere Metropolen anzubinden, zerschlug sich. Obwohl der Transrapid 2003 mit einer Geschwindigkeit von 501 Stundenkilometern einen neuen Rekord aufstellte, setzt China inzwischen eher auf billigere, normale Hochgeschwindigkeitszüge aus eigener Produktion. In Deutschland war der Transrapid scheinbar endgültig gescheitert, als es 2006 im Emsland zu einem Unfall auf einer Teststrecke mit 23 Toten kam. Anfang 2020 brachte Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) allerdings den Einsatz von Magnetschwebebahnen im Nahverkehr wieder ins Spiel. Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: STARTSCHUSS FÜR DIE ERSTE SITZUNG VOM BÜRGERRAT



Pressekonferenz zur ersten Sitzung (oben, v.l.n.r.): Claudine Nierth (Vorstandssprecherin Mehr Demokratie e.V.), die Vorsitzende des Bürgerrates „Deutschlands Rolle in der Welt“, Marianne Birthler und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in der Berliner Bundespressekonferenz sowie der virtuelle Livestream der ersten Sitzung (Bild unten).

Wenn das Los entscheidet

Grün gilt als Farbe der Hoffnung. Als am vergangenen Mittwoch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) als Schirmherr, Marianne Birthler als Vorsitzende und Claudine Nierth als Hauptorganisatorin des Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“ in die Bundespressekonferenz kamen, saßen sie zwar wie üblich vor der blauen Wand. Hoffnung verbreiten sie dennoch: Der Startschuss zum zweiten bundesweiten Bürgerrat ist gefallen. Ab sofort bis Ende Februar debattieren 160 per Los ausgewählte Menschen im Alter von 16 bis 90 Jahren im Rahmen des Bürgerprojekts mit Experten, wie die Bundesrepublik künftig auf der weltpolitischen Bühne agieren soll. Das bedeutet konkret: Videokonferenzen an jedem Mittwoch und an vier Samstagen – insgesamt 42 Stunden Diskussion. Das Ergebnis wird nicht nur von Schäuble, auf dessen Empfehlung hin der Ältestenrat im vergangenen Juni diese neue Form der Bürgerbeteiligung beschlossen hat, „gespannt“ erwartet. Ein Gutachten mit Empfehlungen soll

dem Bundestag bereits am 19. März überreicht werden. Doch mehr noch als zu erfahren, was die Menschen von der deutschen Außenpolitik erwarten, erhoffen sich die Organisatoren von Bürgerräten eins: Die Demokratie lebendiger und widerstandsfähiger zu machen. „Diese besondere Form der Beteiligung kann das Vertrauen in die Politik stärken und der repräsentativen Demokratie neue Impulse geben“, erklärte auch Schäuble. Weltweit stehe die Demokratie unter Druck. „Doch wenn sie beweglich ist und offen für Neues – dann bleibt sie auch stabil.“ Gleichwohl: Zu den „bewährten parlamentarischen Entscheidungsverfahren“ stünden sie nicht in Konkurrenz, versicherte der Bundestagspräsident. Die konkreten Entscheidungen könnten Bürgerräte den Abgeordneten nicht abnehmen. Es sei daher nicht ausgeschlossen, dass sie anders entschieden, als ein Bürgerrat empfehle. „Aber ein Bürgervotum wird die Verantwortlichen vermutlich zu einer vertieften Begründung ihrer Entscheidung zwingen“, zeigte er sich überzeugt.

Lesen, lachen, lochen – dies jedenfalls dürfe nicht damit passieren, erwiderte Marianne Birthler. Die ehemalige Bürgerrechtlerin und langjährige Beauftragte für die Stasi-Unterlagen hofft aber ebenfalls, Bürgerräte könnten der Entfremdung von Politik und Gesellschaft entgegenwirken: „Bürgerräte sind zwar kein Allheilmittel. Aber sie fördern die Lust an der Debatte mit Andersdenkenden, wecken das Interesse an politischen Themen und schlagen eine Brücke zwischen Politik und Gesellschaft.“ Genau solche „Konsensformate“ brauche es angesichts zunehmender gesellschaftlicher Spaltungen, bekräftigte auch Claudine Nierth, Vorstandssprecherin des Vereins „Mehr Demokratie“. Sie lobte, dass sich alle Fraktionen für den Bürgerrat ausgesprochen haben: „Abgeordnete aller Fraktionen waren in die Vorbereitung eingebunden – und wollen weiterhin einbezogen werden.“ Das sei doch schon einmal ein hoffnungsvolles Zeichen, denn letztlich müssten die Ergebnisse im Parlament anschlussfähig sein. Sandra Schmid

LESERPOST

**Zur Ausgabe 52-53 vom 21. Dezember 2020:** Ich beziehe „Das Parlament“ seit circa 60 Jahren und bin überwiegend sehr zufrieden mit den Inhalten. Als ehemaliger Lehrer und Schulbuchautor sind die Beiträge für mich objektive Informationen, die ich gern (mit Quellenangabe) zitiere. Über diese Ausgabe bin ich enttäuscht, hätte ich doch einen Bericht über die Einigung über den EU-Haushalt beim letzten Gipfel erwartet. Ebenso müsste ein Überblick über die Gesamtmittel (Coronahilfen und Haushaltsrahmen 2021-2027) und die Verteilung auf die einzelnen Aufgabebereiche und Mitgliedsländer gegeben werden. Johannes Wolfram, per E-Mail

**Zur Themenausgabe „Die Deutschen und ihre Nation“ vom 04. Januar 2021, „Bunte Republik“ auf Seite 6:**

Zu den verschiedenen Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft weise ich auf einen größeren wendenden Personenkreis hin, der ebenfalls betroffen ist: Deutsche mit neuem Wohnsitz und neuer Heimat im Ausland. Meine Tochter lebt seit zwölf Jahren in Neuseeland, ist dort mit einem Neuseeländer verheiratet. Unser Enkel hat beide Staatsangehörigkeiten, deutsch und neuseeländisch. Unsere Tochter würde neben ihrer deutschen Staatsangehörigkeit gern die neuseeländische beantragen. Von Seiten Neuseelands würden keine Probleme auftauchen, das Recht zum dauerhaften Leben in Neuseeland hat sie seit vielen Jahren. Die zur Annahme der neuseeländischen Staatsbürgerschaft unter Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit notwendige „Beibehaltungsgenehmigung“ der Bundesrepublik Deutschland wird ihr bisher verweigert. „Sie würde gern nichts aufgeben müssen aber etwas dazu bekommen.“ – das ist ein Aspekt der dringend in die Diskussion über eine notwen-

dige Veränderung unseres Staatsbürgerrechts eingebracht werden müsste. Lothar Hillmann, Buchholz in der Nordheide

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 1. Februar.

**>Wolfgang Roth**  
Bundestagsabgeordneter 1976-1993, SPD

Wolfgang Roth wird am 26. Januar 80 Jahre alt. Der Volkswirt, SPD-Mitglied seit 1962, war Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und gehörte von 1973 bis 1979 sowie von 1982 bis 1991 dem SPD-Bundesvorstand an. Der wirtschaftspolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1980 bis 1993 und stellvertretende Fraktionsvorsitzende von 1982 bis 1991 engagierte sich vorwiegend im Wirtschaftsausschuss. Von 1993 bis 2006 war Roth Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg.

**>Olaf Schwencke**  
Bundestagsabgeordneter 1972-1980, SPD

Am 27. Januar vollendet Olaf Schwencke sein 85. Lebensjahr. Der protestantische Theologe und Studienleiter der Akademie Loccum von 1969 bis 1991 trat 1960 in die SPD ein. Im Bundestag arbeitete er im Städtebau- und im Wissenschaftsausschuss mit. Von 1973 bis 1979 gehörte er dem Europarat und der WEU sowie von 1979 bis 1984 dem Europäischen Parlament an.

**>Karl Diller**  
Bundestagsabgeordneter 1987-2009, SPD

Am 27. Januar wird Karl Diller 80 Jahre alt. Der Pädagoge aus Hermeskeil/Kreis Trier-Saarburg schloss sich 1968 der SPD an. Er engagierte sich kommunalpolitisch und war Kreistagsabgeordneter. Von 1979 bis 1987 gehörte er dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Diller, der im Bundestag im Haushaltsausschuss mitarbeitete, war von 1994 bis 1998 haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von 1998 bis 2009 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. bmh

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 25. – 29.01.2021

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus (Mi)  
Jahreswirtschaftsbericht 2021 (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr  
Bundestags-Livestream: bundestag.de

PERSONALIA

**>Albrecht Papenroth †**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Albrecht Papenroth starb am 18. Dezember im Alter von 80 Jahren. Der Ingenieur aus Spremberg/Kreis Spree-Neiße trat 1990 der SPD bei und war langjähriger Stadtverordneter. Der Direktkandidat des Wahlkreises Calau-Senftenberg-Spremburg saß im Städtebau-, Petitions- und Verteidigungsausschuss.

**>Hanns Theis †**  
Bundestagsabgeordneter 1957-1965, SPD

Am 22. Dezember starb Hanns Theis im Alter von 99 Jahren. Der Diplom-Volkswirt und Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Duisburg AG von 1964 bis 1986 wurde 1946 Mitglied der SPD. Von 1955 bis 1964 war er Ratsherr in Duisburg. Im Bundestag arbeitete Theis im Außenhandelsausschuss sowie im Ausschuss für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft mit. Theis war der letzte lebende Abgeordnete des 3. Deutschen Bundestags.

**>Peter M. Schmidhuber †**  
Bundestagsabgeordneter 1965-1969, 1972-1978, CSU

Peter M. Schmidhuber starb am 26. Dezember im Alter von 89 Jahren. Der Diplom-Volkswirt und Jurist aus München trat 1952 in die CSU ein und war Mitglied des Bundesvorstands der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung. Im Bundestag arbeitete er im Wirtschaftsausschuss mit. Von 1978 bis 1987 amtierte er als bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und war Landtagsabgeordneter. Von 1987 bis 1995 gehörte er der Kommission der Europäischen Gemeinschaft und von 1995 bis 1999 dem Direktorium der Bundesbank an.

**>Joachim Hörster †**  
Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CDU

Am 30. Dezember starb Joachim Hörster im Alter von 75 Jahren. Der Rechtsanwalt aus Westerbürg/Westerwaldkreis schloss sich 1965 der CDU an und stand von 1993 bis 2005 an der Spitze des Bezirksverbands Koblenz-Montabaur. Von 1972 bis 1983 war er Bürgermeister in Westerbürg, gehörte von 1974 bis 1994 dem Kreistag und von 1983 bis 1987 dem Landtag in Rheinland-Pfalz an. Als Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion amtierte er von 1992 bis 2000 und war von 2002 bis 2009 Vorsitzender des Vermittlungsausschusses. Er wirkte ferner im Auswärtigen Ausschuss mit.

**>Konrad Kunick †**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Konrad Kunick starb am 8. Januar im Alter von 80 Jahren. Der Betriebswirt aus Bremen trat 1963 der SPD bei und stand von 1978 bis 1986 an der Spitze des dortigen Landesvorstands. Von 1971 bis 1987 sowie von 1991 bis 1994 gehörte er der bremischen Bürgerschaft an und war von 1985 bis 1987 SPD-Fraktionsvorsitzender. Von 1987 bis 1991 amtierte Kunick als Senator. Der Direktkandidat des Wahlkreises Bremen-West engagierte sich im Verkehrsausschuss.

**>Herbert Christ**  
Bundestagsabgeordneter 1972-1976, FDP

Am 20. Januar wird Herbert Christ 80 Jahre alt. Der Verwaltungsbeamte aus Nürnberg schloss sich 1968 der FDP an, war von 1969 bis 1971 Vorsitzender der dortigen Jungdemokraten und trat 1971 an die Spitze seiner Partei in Nürnberg. Im Bundestag beteiligte sich Christ im Familienausschuss.

**>Harald Kahl**  
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Harald Kahl begeht am 21. Januar seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Chemiker aus Ronneburg/Kreis Greiz trat 1973 der CDU in der DDR bei, war 1990 stellvertretender Vorsitzender seiner Partei in Thüringen und von 1990 bis 1994 Präsident der Stadtverordnetenversammlung in Ronneburg. Kahl arbeitete im Bundestag im Umwelt- sowie im Gesundheitsausschuss mit.

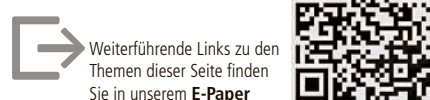
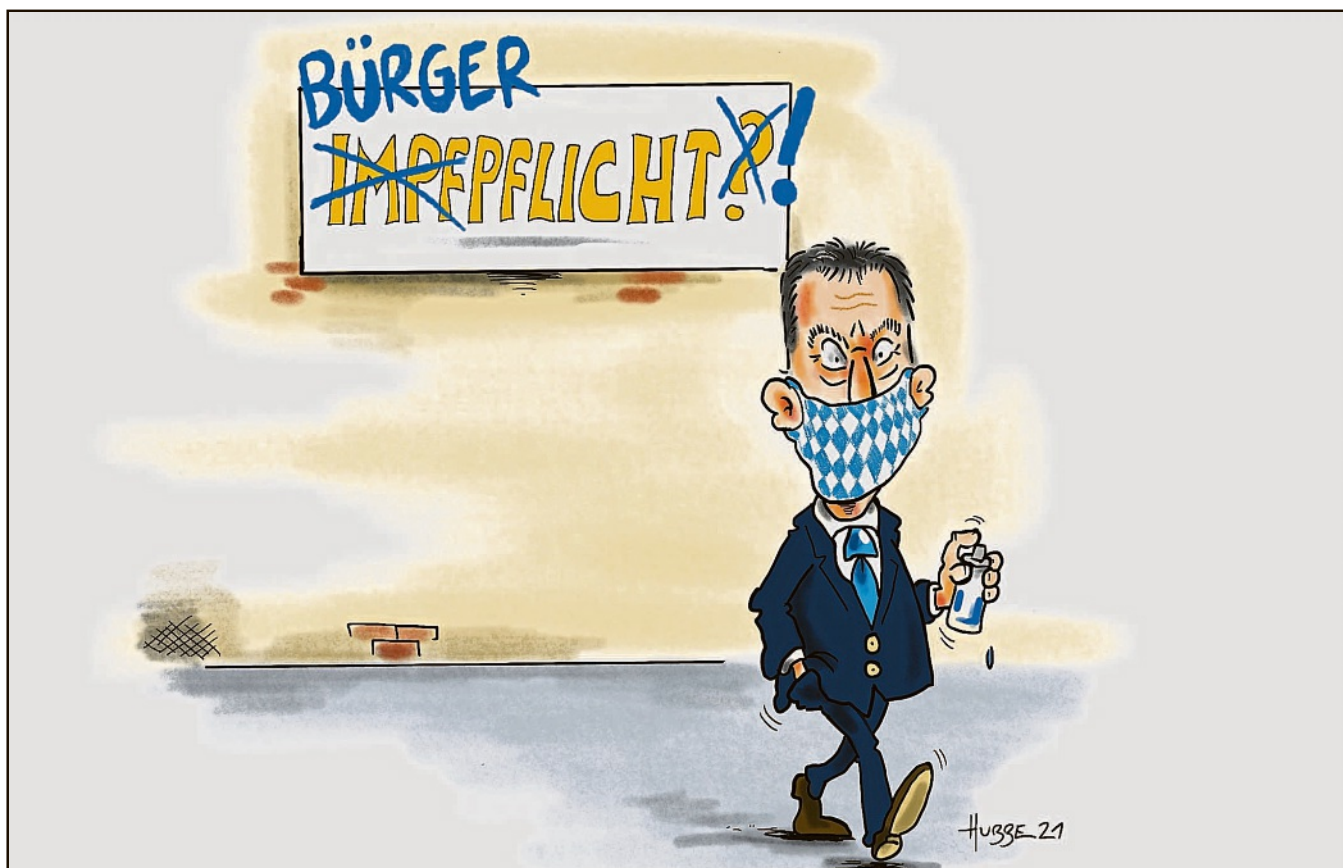
**>Wolfgang Freiherr von Stetten**  
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 22. Januar vollendet Wolfgang Freiherr von Stetten sein 80. Lebensjahr. Der Jurist und Unternehmer aus Künzeisau/Hohenlohekreis wurde 1958 Mitglied der CDU. Von 1968 bis 1994 gehörte er dem Gemeinderat und Stadtrat an und war von 1974 bis 1991 Kreistagsmitglied. Der Direktkandidat des Wahlkreises Schwäbisch Hall-Hohenlohe engagierte sich im Bundestag im Rechtsausschuss. Sein Sohn Christian trat 2002 die Nachfolge seines Vaters an.

**>Cajus Julius Caesar**  
Bundestagsabgeordneter 1998-2005, 2007-2009, 2011-2017, CDU

Am 22. Januar wird Cajus Julius Caesar 70 Jahre alt. Der Forstingenieur aus Kalletal-Westorf/Kreis Lippe schloss sich 1969 der CDU an, war von 1990 bis 2013 Vorsitzender des Kreisverbands Lippe und gehörte seit 1992 dem Vorstand des CDU-Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe an. Er war Gemeinderat und von Mitglied des Kreistags Lippe. Caesar wirkte im Umwelt- sowie Haushaltsausschuss mit. Seit 2018 ist er Waldbeauftragter der Regierung. bmh

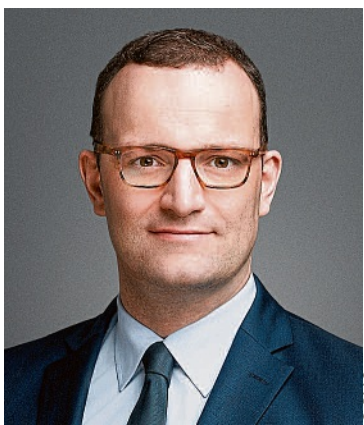
SEITENBLICKE





Jens Spahn, CDU, Bundesminister für Gesundheit:

## Wir haben für dieses Jahr ein klares Ziel



Jens Spahn (\*1980)  
Wahlkreis Steinfurt I - Borken I

Wir befinden uns seit Monaten in einer permanenten Ausnahme-situation. Vor fast genau einem Jahr, am 27. Januar 2020, wurde der erste Coronafall in Deutschland gemeldet. Kurze Zeit danach, Anfang Februar, haben wir zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mehr als 100 deutsche Reiserückkehrer aus Wuhan zentral unter Quarantäne gestellt, in einer Bundeswehrkaserne im pfälzischen Germersheim. Wir haben die Situation bereits damals sehr ernst genommen. Doch kaum jemand konnte sich vorstellen, was dieses Virus für unser Land und die ganze Welt bedeuten würde.

Seit rund einem Jahr kämpft die Welt gegen dieses Virus. Für uns hier im Parlament, für die Bundesregierung, für die Landesregierungen waren seither Entscheidungen nötig, die schwere Konsequenzen für Millionen von Deutschen haben. Nie war das Abwägen zwischen Alternativen so schwierig. Nie war jede Entscheidung für so viele Menschen so folgenreich.

Wir mussten gerade wieder solche Entscheidungen treffen und das private und öffentliche Leben erneut einschränken. Der Ernst der Lage zwingt uns dazu. Wir müssen die noch immer zu hohen Infektions und Todes zahlen senken.

Wir erleben jetzt im Januar 2021 eine Zeit der Gegensätze. Einerseits sind wir in einer der schwersten Phasen der Pandemie. Hinter den täglichen Zahlen stecken Schicksale, Familien, die trauern.

Andererseits ist so schnell wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte ein sicherer Impfstoff gegen ein neues Virus verfügbar. Das ist ein großer Erfolg, auch ein deutscher Erfolg.

Wir erleben deshalb auch eine Zeit der Zuversicht. Mit Start der Impfkampagne am 27. Dezember letzten Jahres sind wir jetzt auf dem Weg raus aus der Pandemie. Die Impfung bringt Licht ans Ende des Tunnels. Mehr als 750 000 Menschen wurden inzwischen in Deutschland geimpft.

Ich will zunächst einmal allen Danke sagen, die mit helfen, dass die größte Impfkampagne in der Geschichte unseres Landes so gut bei uns angelaufen ist. Da, wo geimpft wird, wird sehr professionell mit guter Aufklärung, Unterstützung und Hilfe geimpft, so wie wir es in Deutschland gewohnt sind, und genau so soll es auch sein. Deswegen ein herzliches Dankeschön an alle, die es tun.

Ganz besonders möchte ich auch den mobilen Teams danken, die in den Pflegeheimen im Einsatz sind, den Pflegekräften, die sich zum Schutz der Verwundbarsten impfen lassen.

Es gibt verständlicherweise ein großes Informationsbedürfnis. Es gibt berechtigte Fragen, und es gibt Kritik. Wer regiert, muss sich erklären. Das ist die Stärke unserer Demokratie. Genau das macht unsere demokratische Kultur aus: dass wir Fragen beantworten, dass wir die Dinge debattieren, dass wir gemeinsam nach guten Lösungen suchen.

Wir glauben in unserer Demokratie nicht an absolute Wahrheiten. Wir setzen auf den Austausch von Argumenten auf der Basis von Fakten. Deshalb ist es wichtig, dass dieser Austausch heute hier in diesem Parlament, bei uns im Bundestag, stattfindet. Diese Debatten stärken uns, wenn wir sie konstruktiv führen. Das haben wir seit nun mehr fast einem Jahr in

der Pandemie immer wieder bewiesen. Kein Land, keine Partei, keine Regierung allein kann dieses Virus besiegen. Es geht nur gemeinsam,

indem wir im Alltag aufeinander achten, indem wir Abstand halten, Maske tragen, so wie es Millionen Bürgerinnen und Bürger jeden Tag tun, und indem wir hier im Parlament zusammenarbeiten, im Kabinett, mit den Landesregierungen und unseren europäischen Partnern über Parteigrenzen und Parteiinteressen hinweg. Denn eines ist doch klar: Diese größte Impfkampagne unserer Geschichte ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

27 EU-Staaten beschaffen, 16 Bundesländer verimpfen, Tausende Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte, Notfallsanitäter und viele andere helfen mit. Nur wenn über das Jahr hinweg die allermeisten der Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich impfen zu lassen, können wir das Virus wirklich besiegen im Miteinander von

EU-Staaten, Bundesländern, Kommunen, betroffenen Ressorts in der Bundesregierung und allen, die mit anpacken, und mit einer Bundeskanzlerin an der Spitze, der die Bürgerinnen und Bürger in dieser Krise vertrauen wie kaum einer Regierungschefin oder einem Regierungschef auf der Welt. Wir krepeln zusammen die Ärmel hoch, damit diese Pandemie ihren Schrecken verliert.

Manche haben in den letzten Tagen die Frage gestellt, ob es richtig war, bei der Impfstoffbeschaffung den europäischen Weg zu gehen. Lassen Sie mich deutlich sagen: Ja, es ist richtig, dass wir europäisch handeln.

Wir dürfen Europa nicht nur in Sonntagsreden beschwören. Wir müssen unseren Worten auch Taten folgen lassen, gerade, wenn es darauf ankommt. Mit Verlaub, in dieser Jahrhundertpandemie und der größten Impfkampagne der Geschichte kommt es darauf an. Den

europäischen Weg zu gehen, liegt im nationalen Interesse Deutschlands und unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben über Europa genügend Impfstoff für alle Deutschen bestellt. Allein die Mengen der beiden bereits zugelassenen Impfstoffe reichen, um allen Deutschen in diesem Jahr ein Impfangebot zu machen. Das war möglich, weil wir schon sehr früh mit der Impfstoffbeschaffung begonnen haben, nämlich im April, zunächst als Impfallianz zusammen mit Frankreich, Italien und den Niederlanden, dann ab Juni 2020 über die

EU-Kommission. Die EU und Deutschland haben die Impfstoffproduzenten zu einem Zeitpunkt unterstützt, als lange noch nicht klar war, wer einen wirkungsvollen Impfstoff entwickelt und wer dafür auch eine Zulassung bekommt. BioNTech etwa hat über die EU schon Mitte des vergangenen Jahres Fördergelder für Produktionskapazitäten erhalten, und der Bund hat das Unternehmen zu dieser Zeit ebenfalls massiv mit fast 400 Millionen Euro Forschungsgeldern unterstützt. Ohne diese Hilfe wäre der Impfstart in Deutschland und in Europa kaum möglich gewesen.

Die Zusammenhänge sind manchmal sogar noch etwas komplizierter: Weil Deutschland sehr früh zugesagt hat, bis zu 100 Millionen Dosen etwa von BioNTech über EU-Verträge abzunehmen, war es überhaupt erst möglich, dass die EU einen Vertrag mit dem Unternehmen schließen konnte. So konnten wir kleineren Mitgliedstaaten ermöglichen, Teil des Vertrages zu sein.

Ja, Frankreich und Deutschland hätten vermutlich auch alleine Verträge schließen können. Beide sind eine große Marktmacht auf dem Pharmamarkt, aber viele weniger starke EU-Länder eben nicht.

Hätte uns ein Alleingang wirklich mittel und langfristig weitergebracht? Was nützt es uns, wenn wir in wenigen EU-Staaten etwas mehr impfen könnten und andere weiter voll von der Pandemie betroffen wären? Die Tatsache jedenfalls, dass die Produktionskapazitäten jetzt zu Beginn begrenzt sind, hätte ein Alleingang nicht verändert, und ich habe großen

Zweifel daran, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt dann deutlich mehr Impfstoff zur Verfügung hätten.

Gleichzeitig hätte ein Alleingang handfeste negative Folgen für unser Land gehabt. Die deutsche Wirtschaft braucht offene Binnengrenzen und den freien Güterverkehr. Es ist eine Frage der ökonomischen Vernunft, dass wir nicht einzelne Nationen, sondern ganz Europa impfen. Erst so kommen wir wirtschaftlich wieder auf die Beine.

Und ich frage auch all diejenigen, die den deutschen Alleingang bevorzugt hätten: Welches Signal hätten wir damit an unsere europäischen Partner gesandt?

Hätten wir so das Vertrauen in Europa und in Deutschland gestärkt? Welche Konsequenzen hätte das für unsere Zusammenarbeit in der Zukunft, erst recht für Situationen, in denen wir mal auf Unterstützung und Zusammenarbeit angewiesen sind?

In dieser Jahrhundertpandemie den europäischen Weg zu gehen, wird Europa stärken. Gemeinsam sind wir als Europäer von der Pandemie betroffen, gemeinsam werden wir sie überwinden. Während in anderen Staaten der Nationalismus wächst, rückt Europa zusammen.

Das liegt in unserem Interesse: ökonomisch, politisch, sozial. Ein Blick in die USA zeigt uns doch, dass die europäische Handlungsfähigkeit dringlicher ist denn je. Die USA werden auf Jahre hinaus stark mit sich selbst beschäftigt sein. Ihre Rolle als globale Schutzmacht liberaler Interessen verblasst. Die EU wird daher eine viel größere Rolle einnehmen müssen, um für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit einzutreten, und dafür brauchen wir Vertrauen und Geschlossenheit.

**Tragen wir alle unseren Teil dazu bei!  
Geben wir weiter aufeinander acht!**

**Wichtig ist in diesen Wochen, dass wir realistisch bleiben.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



Spielen wir es einmal durch: Wenn unsere osteuropäischen und südeuropäischen Partner keinen Impfstoff über die Europäische Union erhalten hätten, wer wäre vermutlich eingesprungen? China? Russland? Wäre uns das lieber gewesen?

Wollen wir, dass unsere engsten Partner in Krisen nicht nach Brüssel, Paris, Berlin blicken, sondern nach Peking oder Moskau?

Ich verstehe gut, dass man in der aktuellen Lage lieber auf das schaut, was kurzfristig im nationalen Interesse liegen könnte. Aber das vermeintlich kurzfristige nationale Interesse ist oftmals nicht unser langfristiges.

Wir müssen nicht abwägen, ob wir aus europäischer Verantwortung oder aus nationalem Interesse handeln; denn unser Vorgehen ermöglicht beides gleichermaßen.

Hätte manches schneller gehen können? Hätten manche Abläufe zwischen EU, Bund und Ländern besser funktionieren können? Mit Sicherheit: Ja.

Natürlich ruckelt es bei der größten Impfkampagne der Geschichte, gemeinsam mit 27 Mitgliedstaaten, 16 Ländern und dem Bund. Natürlich stellt sich in der Rückschau heraus, dass nicht jede Entscheidung in den letzten Monaten richtig gewesen ist. Wir lernen aus den Erfahrungen, und wir machen besser, was wir besser machen können.

Dass der Impfstoff gerade weltweit ein knappes Gut ist, ist aber eine Tatsache, die wir nicht ändern können. Da geht es uns wie fast allen anderen Ländern in der EU und auf der Welt. Grund für diese Knappheit zu Beginn der Impfkampagne sind fehlende Produktionskapazitäten, nicht fehlende Verträge. Deshalb müssen wir priorisieren und Reihenfolgen festlegen, deshalb müssen wir große Teile der Bevölkerung um Geduld bitten, deshalb sind auch die AHA-Regeln weiterhin wichtiger denn je.

Auch was manche als zu langsam im Vergleich zu anderen Ländern empfinden, hat Gründe. Aufgrund der Priorisierung werden zunächst vor allem Pflegeheimbewohnerinnen und bewohner durch mobile Teams geimpft. Diese Impfungen sind aufwendiger als Impfungen in Impfbüros. Aber nach und nach werden die Bundesländer jetzt auch die Impfbüros in Betrieb nehmen und ihre Terminvergabe online und per Telefon optimieren. Die Zahl der täglich verabreichten Impfungen wird Zug um Zug steigen.

Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, zunächst

allen Bewohnern in den Pflegeeinrichtungen bis Mitte Februar ein Impfangebot zu machen. Schon dieses Zwischenziel der Impfung der Schutzbedürftigsten wird in dieser Pandemie einen entscheidenden Unterschied machen, und es wird dann nach und nach genug Impfstoff für alle in Deutschland geben. Wir können Stand heute voraussichtlich im Sommer allen ein Impfangebot machen.

Das haben wir über die europäischen Bestellungen bei mehreren Herstellern sichergestellt. Allein von BioNTech und Moderna bekommt Deutschland mehr als 140 Millionen Impfstoffdosen, den neuen Vertrag noch gar nicht eingerechnet. Dazu kommen von CureVac mindestens 60 Millionen Dosen, von AstraZeneca mindestens 56 Millionen Dosen, von Johnson & Johnson mehr als 37 Millionen Dosen. Wohlgedacht nicht alles sofort, aber in diesem Jahr. Schon im zweiten Quartal wird die Situation spürbar besser sein als jetzt zu Beginn im ersten Quartal.

Wir tun weiterhin alles, um die Verfügbarkeit von Impfstoffen zu erhöhen. Das Ziel zum Beispiel, dass BioNTech so schnell wie möglich einen weiteren Produktionsstandort in Marburg eröffnen kann, unterstützen wir nach Kräften. Wenn alles gut geht, wird das bereits im Februar der Fall sein. Das gelingt übrigens auch deshalb so schnell, weil wir bereits ab August aus unserem Ministerium heraus dieses Projekt unterstützt haben.

Dann könnte das Unternehmen seine Impfstoffproduktion massiv hochfahren. Das hilft Europa, und das hilft Deutschland.

Kurzfristig hilft jetzt auch die mögliche Verimpfung von sechs statt fünf Dosen aus einer Ampulle von BioNTech/Pfizer. Das kann die Zahl der zur Verfügung stehenden Impfdosen um bis zu 20 Prozent erhöhen.

Der Impfstoff des zweiten Herstellers Moderna kommt gerade in den Bundesländern an, der dritte Impfstoff von AstraZeneca steht, so die EMA, vor der Zulassung, und uns stehen zusätzliche Impfdosen durch den neuen EU-Vertrag mit BioNTech zur Verfügung. All das heißt mehr Impfstoff, mehr Schutz, weniger Angriffsfläche für das Virus. Bereits im letzten Jahr haben wir bei uns vor Ort die notwendigen Strukturen aufgebaut, immer nach dem einfachen Grundsatz: Besser sind die Impfbüros zu früh einsatzbereit und stehen eine Weile teilweise leer, als dass Impfstoff da wäre

und wir keine einsatzbereiten Impfbüros hätten. Ich halte diese Reihenfolge immer noch für die bessere.

Jetzt haben wir dank des großen Einsatzes der Bundesländer, der Städte und der Landkreise eine Struktur, die funktioniert und die hochfahren kann und wird.

Nach wie vor richtig ist auch, dass wir uns für eine ordentliche europäische Zulassung entscheiden haben. Lassen wir uns von den aktuellen Schlagzeilen nicht täuschen: Wenn wir das Virus besiegen wollen, wird es bald um die Impfbereitschaft gehen. Wirklich besiegen können wir dieses Virus nur, wenn sehr, sehr viele bereit sind, sich impfen zu lassen.

Ja, man kann Europa, den Zulassungsbehörden oder auch der Bundesregierung Kritik nahebringen, dass die Zulassung in anderen Ländern etwas früher erfolgt; das stimmt. Doch wir werden auf der Strecke merken, dass wir das Vertrauen in die Sicherheit des Impfstoffes noch sehr brauchen werden, und zu diesem Vertrauen trägt eine ordentliche Zulassung bei.

Ich habe es bereits eingangs gesagt: Wir erleben eine Zeit der Gegensätze. Einerseits hat uns das Virus in den letzten Wochen härter getroffen als in der gesamten Zeit davor. Überall in Deutschland trauern Menschen, die Angehörige verloren haben. Überall in Deutschland sind Menschen gerade an Corona erkrankt. Überall in Deutschland sind Menschen in Quarantäne.

Die Maßnahmen, die wir ergreifen, um die Ausbreitung des Virus zu bremsen, sind hart. Das verlangt uns allen viel ab. Das ist eine bittere Medizin. Es stellt das Leben in den Familien, in den Unternehmen, in den Schulen, in der Politik weiter auf den Kopf. Aber wir müssen da jetzt gemeinsam durch. Wir müssen füreinander durchhalten und auch einander

unter Stress vertrauen, damit wir uns nicht auseinandertreiben lassen von Ängsten und solchen, die sie schüren. Nur so werden wir die Pandemie bezwingen und unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Denn es gibt ja eben auch Grund zur Zuversicht. Unser Gesundheitssystem hat sich trotz der hohen Belastungen als widerstandsfähig erwiesen. Von vielen Intensivstationen wird berichtet, dass die Situation sich langsam bessert. Wir können heute sagen: Hunderttausende Menschen wurden bereits geimpft, und es werden jeden Tag mehr. Die deutsche Erfolgsgeschichte von BioNTech, den Gründern Özlem Türeci und Ugur Sahin und ihrem Team, hat uns und der Welt Hoffnung gemacht. Wir können stolz auf all diese Leistungen sein, genauso wie auf unsere engagierten Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, die Mitarbeiter des öffentlichen Gesundheitsdiensts und alle anderen, die jeden Tag im deutschen Gesundheitswesen mithelfen, dass wir gut durch diese Pandemie kommen.

Schritt für Schritt kommen wir dahin, dass wir unser Leben nicht mehr von der Pandemie kontrollieren lassen, sondern wir die Pandemie zu kontrollieren lernen. 2020 bedeutete durch Corona viele schreckliche Nachrichten. 2021 wird ein Jahr auch guter Nachrichten sein können: neue Impfstoffe, die wir dem Virus entgegenzusetzen können, und die Möglichkeit für alle Deutschen, sich impfen zu lassen. Ich kann verstehen, dass das viel Ungeduld erzeugt. Aber wir werden für unsere Geduld belohnt. Wir haben für dieses Jahr ein klares Ziel: die

Rückgewinnung unserer gesundheitlichen Sicherheit und unserer gesellschaftlichen Freiheit.

Wichtig ist in diesen Wochen, dass wir realistisch bleiben. Wir werden auf unserem Weg raus aus der Pandemie noch einige Zeit mit den gewohnten Mitteln aufeinander achten müssen. Abstand, Hygiene, die Alltagsmaske, FFP2-Masken, reduzierte Kontakte bleiben eine Notwendigkeit. Ich habe es oft gesagt, und es ist immer noch richtig: Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt den Kampf gegen die Pandemie und hilft mit. Die Pandemie hat an vielen Stellen das Beste in uns zum Vorschein gebracht: eine große Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit im Umgang miteinander, Kreativität und Forschergeist. Das Vertrauen in die Institutionen unseres Landes wurde in dieser Krise gestärkt, von den Kommunen über die Länder bis zum Bund. Damit das so bleibt, müssen wir, die Verantwortung tragen, unsere Entscheidungen immer wieder neu erklären. Wo nötig, müssen und werden wir nachbessern. Wir müssen in der Sache klar und kontrovers, aber konstruktiv miteinander diskutieren. So entsteht Vertrauen, und Vertrauen ist das höchste Gut in

dieser Pandemie. Das war in den letzten zwölf Monaten so, das wird im weiteren Verlauf der Impfkampagne so sein. Tragen wir alle unseren Teil dazu bei! Geben wir weiter aufeinander acht!

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jan Korte [DIE LINKE]: Scheint ja alles gut zu laufen!)

**Die Pandemie hat an vielen Stellen das Beste in uns zum Vorschein gebracht.**

**Überall in Deutschland trauern Menschen, die Angehörige verloren haben.**



Ein Bus, der zur mobilen Impfstation umfunktioniert wurde, steht im Nürnberger Corona-Impfzentrum auf dem Messegelände.

© picture-alliance/dpa/dpa-POOL/Daniel Karman



Sebastian Münzenmaier, AfD:

## Beenden Sie endlich diesen unverhältnismäßigen Lockdown!



Sebastian Münzenmaier (\*1989)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Minister Spahn, „Wir werden einander viel verzeihen müssen“: Das waren Ihre Worte vor wenigen Monaten, und der eine oder andere auch aus der Opposition war bereit, zu akzeptieren, dass Anfang des Jahres 2020 eine neue Lage vorlag, die die wenigsten Personen erwarten konnten. Aber mittlerweile sind wir im Jahr 2021 angekommen, und das Versagen dieser Bundesregierung geht nahtlos weiter. Aus dem Schutzkleidungs und Maskendesaster ist mittlerweile ein Impfstoff und erneutes Lockdown Desaster geworden, und die Liste an Fehlern, die wir Ihnen verzeihen sollen, wird immer länger. Seit Monaten werden unsere Bürger durch ein Trommelfeuer von Infektionszahlen und durch weitere Horrormeldungen in Angst und Schrecken versetzt. Die Bundesregierung, flankiert von weiten Teilen der Medien, schürt Panik und sorgt für große Unsicherheit. Als einziges Licht am Ende des Tunnels wurde von Ihnen stets die Impfung erwähnt: Die Spritze wird es schon richten. Es gibt keine Langzeitstudien zu Nebenwirkungen? Völlig egal. Ein neuartiger Impfstoff, der bisher noch nie zum Einsatz kam und in Rekordzeit zugelassen wurde? Zweifel spielen keine Rolle. Ihr Mantra: Nur die Impfung kann uns retten. Bis dahin wird ein ganzes Land lahmgelegt, Grund und Freiheitsrechte werden eingeschränkt, verrücktgewordene Politiker, wie dahinten jemand sitzt, spielen sich als Coronasheriffs auf, und Merksels Ministerpräsidentenstammtisch vernichtet Hunderttausende von Existenzen in diesem Land.

Der Lockdown bis zur Impfung gilt als alternativlos, obwohl viele namhafte Wissenschaftler und wir als AfD-Fraktion bereits seit Monaten darauf hinweisen, dass es durchaus weitere sinnvolle Alternativen zu diesem Vorgehen gibt.

Statt über den Schutz der Risikogruppen sprechen die Altparteien lieber über „Privilegien für Geimpfte“ und wollen Teilen der Bevölkerung, die nicht in ihrem Sinne funktionieren, über längere Zeit die Grundrechte nehmen.

An dieser Stelle deshalb noch einmal ganz deutlich: Ganz egal ob direkt per Gesetz oder indirekt durch Privilegien und indirekten Zwang, wir als AfD-Fraktion lehnen jede Coronaimpfung ab, und wir werden hier alles dafür tun, um diese Impfpflicht zu verhindern, meine Damen und Herren.

Aber als freiheitliche Fraktion setzen wir uns dafür ein, dass jeder Bürger, der sich freiwillig impfen lassen möchte, auch die Gelegenheit dazu haben muss. Auch hier haben Sie, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, wieder einmal versagt. Sie haben allen Bürgern eine Ohrfeige verpasst, die Ihren Versprechungen geglaubt und auf die Impfung vertraut haben. Ein Impfstoff, der mit

deutschem Steuergeld gefördert und von einem Mainzer Unternehmen maßgeblich entwickelt wurde, ist für Deutsche kaum verfügbar.

Die Bundesregierung warnt stattdessen vor „Impfstoffnationalismus“ und vergeigt die Bestellung ausreichender Mengen aus Rücksicht auf ein europäisches Vorgehen. Meine Damen und Herren der Bundesregierung, Sie sind nicht auf den Ruf der EU vereidigt, sondern auf das Wohl des deutschen Volkes.

Also nehmen Sie Ihren Amtseid endlich einmal ernst, und handeln Sie in Zukunft klug und entschieden! Schützen Sie bitte die sogenannten Risikogruppen mit sinnvollen Maßnahmen! Ermöglichen Sie Sonderöffnungszeiten für diese Risikogruppen und Taxigutscheine, sodass die Menschen nicht in überfüllten Straßenbah-

nen sitzen müssen! Sorgen Sie für ausreichend Testkapazitäten in Alten und in Pflegeheimen, sodass diejenigen geschützt werden, die von den Todeszahlen der vergangenen Wochen am meisten betroffen waren! Wir reden von über 10 000 Todesfällen in Alten und Pflegeheimen; das ist ungefähr ein Drittel aller mit oder an Corona verstorbenen Menschen in Deutschland. Diese Menschen müssen wir schützen, anstatt ein ganzes Land in den Stillstand zu versetzen, meine Damen und Herren.

Ermöglichen Sie unseren Kindern endlich wieder Präsenzunterricht, sodass dank Luftfiltern und einem Wechselmodell mit halbierten Klassen das Land der Dichter und Denker auch in Zukunft noch ein Bildungsstandort bleibt! Aber in erster Linie: Beenden Sie endlich diesen unverhältnismäßigen Lockdown!

Die aktuellen wissenschaftlichen Zahlen von Professor Dr. Schrappe und seinen Kollegen haben bewiesen, dass der Lockdown vulnerablen Gruppen eben keinen ausreichenden Schutz bietet.

Egal wie laut Sie schreien; dafür sorgen Sie dafür, dass nachfolgen-

de Generationen mit kaum bezahlbaren Schulden belastet werden und ganze Wirtschaftszweige irreparabel beschädigt sind. Sehr geehrter Herr Minister, Menschen machen Fehler; da haben Sie recht. Aber intelligente Menschen lernen aus ihren Fehlern. Statt aus Ihren Fehlern zu lernen, Herr Spahn, tingeln Sie getreu dem Motto „Wer nix kann, kann Kanzler“ durch die CDU und werben um Unterstützung für Ihre Kanzlerkandidatur. Aber Helmut Schmidt wurde einst Kanzler, unter anderem weil er in der Sturmflut 1962 mit unbürokratischem und entschlossenem Krisenmanagement Hamburg rettete. Wenn Sie nicht schleunigst umdenken und diesen Lockdown beenden, dann reicht es bei Ihnen bestenfalls für einen Pförtnerjob da drüben im Kanzleramt, Herr Spahn. Lieber Herr Minister, Sie wollen ja, dass wir Ihnen Ihre Fehler verzeihen werden, der seine Fehler korrigiert. Also ergreifen Sie diese Chance, emanzipieren Sie sich von dieser Kanzlerin, und sorgen Sie für einen Kurswechsel in der Coronapolitik! Zu Ihrem eigenen Wohl, vor allem aber zum Wohl unseres deutschen Volkes. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Bärbel Bas, SPD:

## Daran arbeiten, dass das Impfen sinnvoll organisiert wird



Bärbel Bas (\*1968)  
Wahlkreis Duisburg I

Der Impfstart ist der entscheidende Schritt zur Bekämpfung dieser Pandemie. Es geht darum, dass wir schnellstmöglich viele Menschen impfen. Denn Impfen rettet Leben dabei bleibe ich. Das ist auch so.

Deshalb müssen wir alles dafür tun, an dieser Stelle besser zu werden.

Und deshalb ist es richtig, dass wir dieses Thema zum Jahresbeginn jetzt noch einmal in den Fo-

kus gerückt haben.

Es geht nicht darum das will ich hier noch mal klar stellen, dass wir einen isolierten Schritt gehen, sondern es war immer klar, dass wir gemeinsam europäisch bestellen und einkaufen, sodass ganz Europa Zugang zu diesem Impfstoff hat übrigens zu einem Impfstoff, und da hat Deutschland sehr viel richtig gemacht, in den wir in Deutschland mit sehr vielen Mitteln investiert haben, damit er überhaupt in so kurzer Zeit zur Verfügung steht.

Die Fragen allerdings, die wir gestellt haben, sind nicht unanständig, und es ist auch keine Majestätsbeleidigung, wenn wir danach fragen, wie Europa in diesem Zusammenhang die Verträge geschlossen hat, ob das, was angeboten wurde, abgerufen wurde oder ob Deutschland hätte dazukaufen können. Hätte das vielleicht auch dazu geführt, dass jetzt mehr Produktionskapazitäten zur Verfügung stehen würden? Diese Fragen sind, finde ich, nicht unberechtigt,

weil es für die Menschen draußen wichtig ist, zu wissen, ob wir alles getan haben, dass der Impfstart am 27. Dezember erfolgreich war.

Die Menschen draußen wissen auch, dass der Impfstoff nicht sofort für alle verfügbar ist. Deswegen haben wir uns auch über die Priorisierung unterhalten. Die Prioritäten, die wir jetzt haben, sind richtig; dass insbesondere die Älteren weil hier auch viel über den Schutz der Älteren gesprochen wird als Allererste geimpft werden, um schwere Erkrankungen und auch Todesfälle zu verhindern. Deshalb ist dieses Impftema ein wichtiges, und man darf auch in einer Koalitionsfraktion fragen, ob da die richtigen Schritte eingeleitet wurden.

Bei den Produktionskapazitäten das will ich noch mal sagen ist schon viel in die richtige Richtung angeschoben worden; keine Frage. Aber dennoch hat es nach meiner Kenntnis bisher so was wie einen Impfgipfel nicht gegeben, dass man alle Pharmaunternehmen an

einen Tisch holt und fragt: Sind wir auf dem richtigen Weg? Wer kann noch helfen? Das findet jetzt statt, nachdem wir die Diskussion schon seit Anfang des Jahres führen. Das ist richtig, und es ist kein Selbstzweck, diese Diskussion zu führen, sondern sie muss in die Richtung führen, dass wir besser werden,

dass wir schneller werden, dass die Leute draußen eine Perspektive bekommen. Das ist der Sinn und Zweck der Diskussion, die wir führen.

Deshalb finde ich es richtig, dass die Fragen, die im Hinblick auf diese Baustellen gestellt wurden, beantwortet werden. Das ist nicht nur Vergangenheitsbewältigung. Denn der Bundesgesundheitsminister sagt ja selbst, dass wir aus den Fehlern, die möglicherweise geschehen sind davon kann sich niemand freisprechen, lernen müssen.

Es geht um Planbarkeit. Auch die Länder haben zu Beginn des Jahres gesagt: Ja, wir wussten, wir bekommen eine bestimmte Menge. Aber dann mussten wir öffentlich wahrnehmen, dass Liefertermine nicht eingehalten werden, dass es zu Differenzen kommt, dass Senioren am Telefon hängen

Fortsetzung auf nächster Seite



und nach einem Termin fragen, nicht wissen, wie das kommunikativ abläuft. Ich finde, dass wir diesen Punkt deutlich diskutieren und fragen müssen, wie wir dort, wo im Land geimpft wird, besser werden können. Es läuft in vielen Ländern gut, aber in manchen auch nicht jetzt unabhängig von der Regierung; das will ich hier ganz offen sagen. Diese Diskussion muss doch dazu führen, dass wir in der Tat gemeinsam besser werden.

Am Impfmanagement, an der Lösung der Frage, wie verimpft wird, kann man noch eine Menge verbessern. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Deshalb war es wichtig und richtig, dass wir diese Diskussion führen. Ich freue mich auch, dass Michael Müller da ist, der aus Sicht einer Landesregierung sicherlich sagen kann, an welcher Stelle man die Leute mitnehmen und ihnen vor allen Dingen die Ängste, dass sie nicht drankommen, dass sie keinen Ter-

min bekommen, nehmen kann und ihnen beispielhaft zeigen kann, wie das in anderen Bereichen läuft. Auch darum geht es bei einer berechtigten Kritik.

Man kann es sich leichtmachen, indem man, wenn kritisiert wird, einfach sagt: Ja, Wahlkampfgetöse! Ich will hier deutlich sagen: Es ist kein Wahlkampfgetöse.

Denn das ist für die Menschen ein elementar wichtiger Bereich.

Klar, die Union würde ja nie solche kritischen Fragen stellen; das ist klar.

Deshalb geht es nicht darum, das als Selbstzweck zu betreiben, sondern darum, dass wir die Logistik verbessern, dass wir die Kampagnen verbessern.

Der Minister hat einen wichtigen Punkt angesprochen, den wir genauso sehen: Die Aufklärung

muss jetzt beginnen. Es sind viele Verschwörungsmythen unterwegs, was das Impfen angeht, und ich halte es noch mal in Richtung Söder gesagt für absolut katastrophal, eine Berufsgruppe unter den Generalverdacht zu stellen, dass sie sich nicht impfen lassen will.

Das ist vor Ort nicht so. In meinem Wahlkreis in anderen auch ist es so, dass die Zustimmung steigt, dass man sich zunehmend damit auseinandersetzt und dass auch jetzt schon da, wo geimpft wurde, deutlich wird, dass es kaum Nebenwirkungen gibt. Das ist ein Signal; das ist gut. Die Akzeptanz steigt. Wir müssen daran arbeiten, dass das Impfen sinnvoll organisiert wird, dass wir gemeinsam zu einer Kampagne kommen, durch die die Impfbereitschaft bei allen

steigt. Auch weil man das oft gefragt wird: Hätten wir uns als Parlamentarier vielleicht als Erste impfen lassen sollen, um auch ein Signal zu geben? Ich weiß, die Debatte wäre zum damaligen Zeitpunkt möglicherweise so gewesen, dass man gesagt hätte: Aha, die Privilegierten holen sich die Impfung zuerst. Insofern haben wir uns anders entschieden. Wir sind jetzt dran, wann wir dran sind, und das ist richtig. Wir alle können etwas dafür tun, Aufmerksamkeit dafür zu erzeugen, dafür zu werben und aufzuklären. Aber der Bundesgesundheitsminister muss auch in diesem Bereich der Aufklärung noch ein Stück besser werden ich will es mal so ausdrücken, weil es darauf ankommt.

Wenn wir keine Herdenimmunität hinkommen, werden wir uns noch lange damit befassen müssen, wie lange dieser Lockdown notwendig ist, und er ist im Moment noch notwendig, weil die Zahlen immer noch exorbitant

hoch sind, weil Mutationen im Lande sind, von denen ich gedacht habe, dass deren Sequenzierung eigentlich schon stattfindet. Aber sie wird jetzt angeschoben, weil es wichtig ist, dass wir wissen, wie sich das Virus verändert und welche Konsequenzen das hat.

Insofern teile ich an der Stelle den Appell des Gesundheitsministers, dass Bund, Land und auch wir als Parlament, als Kontrollorgan, die Aufgabe haben, gemeinsam besser zu werden, um aus dieser Krise und der Pandemie rauszukommen; das sind wir den Leuten schuldig. Deshalb sind wir es den Menschen draußen auch schuldig, die richtigen Fragen zu stellen und vor allen Dingen die richtigen Antworten darauf zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Ich will hier deutlich sagen: Es ist kein Wahlkampfgetöse.**

Christian Lindner, FDP:

## Wir brauchen nun alternative Strategien



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Eine hohe Zahl von Neuinfektionen, viele schwere Krankheitsverläufe, leider auch viele Sterbefälle, die zu beklagen sind, und nun auch noch eine Mutation des Virus. Wer die Realität erkennt, der kann die Gefährlichkeit dieser Pandemie nicht leugnen, der darf sie auch nicht relativieren.

Unverändert sind wir alle aufgerufen, Vorsicht walten zu lassen, Rücksichtnahme zu üben, die Regeln zu achten. Und jede und jeder Einzelne von uns kann seinen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie dadurch leisten, dass wir mit unseren Freiheiten verantwortungsbewusst umgehen, um diese Prüfung zu bestehen.

Die Impfung ist eine große Chance, zur Normalität zurückzukehren; das war uns allen immer klar. Die segensreiche Innovation

kommt aus Deutschland, aus Rheinland Pfalz. Zum Glück haben sich jene nicht durchsetzen können, die schon vor 20 Jahren die Gentechnologie aus Deutschland zurückdrängen wollten.

Seit Monaten hätte man einen Impfstoff vorbereiten können und müssen. Tatsächlich aber sind die Logistik und das Tempo beschämend. Dass die Bundeskanzlerin gestern davon gesprochen hat, dass erst im zweiten Halbjahr hinreichend viel Impfstoff verfügbar sein wird, zeigt, dass der Impfstoff verstopft worden ist.

Der Bundesgesundheitsminister hat auf die EU verwiesen. Sein europäisches Bekenntnis teilen wir. Wir hätten es uns auch im Frühjahr gewünscht, als Deutschland einseitig die Lieferung von Hilfsprodukten in der EU gestoppt hat. Wir hätten uns auch gewünscht, dass es nicht eigens eine Intervention des Kanzleramts gebraucht hätte, um auf einen europäischen Beschaffungsprozess zu setzen.

Aber wenn man über Europa spricht, muss man fragen, warum die Europäische Union auf der einen Seite 750 Milliarden Euro für Wirtschaftshilfe aufwendet und auf der anderen Seite bei der Beschaffung von Impfstoff knaust.

Wer auf die Europäische Union verweist, der muss sich die Frage gefallen lassen, warum auch dort die Bestellmenge immer nur nach und nach bis in diese Tage erhöht

wird. Und nicht zuletzt: Wer auf Brüssel zeigt, der muss auch die Frage beantworten, warum die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 nicht Einfluss genommen hat auf eine hinreichende Beschaffung von Impfstoff.

Jens Spahn hat gefordert, Vertrauen entgegenzubringen. Diese Bitte um Vertrauen fand ich bemerkenswert, insbesondere nach dem Redebeitrag der Kollegin der SPD. Die Bitte um Vertrauen ist bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass der Vizekanzler gewissermaßen ein Misstrauensvotum in Form eines Fragenkatalogs über den Kabinetttisch gereicht hat.

Und wenn am Ende die Bundeskanzlerin den Impfprozess teilweise an sich zieht, dann ist das auch kein Beleg dafür, dass alles so gut läuft.

Das muss alles aufgeklärt werden. Aber eines ist schon jetzt klar: Bei der Forderung nach Opfern und Freiheitseinschränkungen ist die Regierung besser als bei kreativem Handeln und bei im besten Sinne unternehmerischer Initiative.

Nun müssen wir uns darauf konzentrieren, dass das Tempo der Impfungen erhöht wird. Wir ha-

ben schon vor Wochen angeregt, einen Dialog mit der deutschen Pharmaindustrie darüber zu führen, was getan werden kann, um die Kapazitäten zu erhöhen. Das wurde erst zurückgewiesen. Dann hat es sich der bayerische Ministerpräsident zu eigen gemacht, dann hat es die SPD gefordert. Und am 7. Januar dann hat Herr Spahn einen Brief an die Pharmaindustrie geschrieben. Wir begrüßen, dass Sie es sich zu eigen gemacht haben. Nun müssen den Worten aber auch Taten folgen.

Wir haben noch andere Anregungen. Wir haben viele logistische Probleme vor Ort. Es muss geklärt werden, wie der niedergelassene Bereich möglichst bald in den Impfprozess eingebunden wird. Deshalb ist die Forderung unverändert richtig, auf einem Impfgipfel Bund, Länder, Kommunen, Wohlfahrtspflege, den niedergelassenen Bereich und die pharmazeutische Industrie zusammenzubringen, um Ideen und Möglichkeiten auszuloten.

Der nächste Rückschlag droht nun; denn die Sachverständigen betrachten die Rechtsverordnung zur Bestimmung der Impfpriorisierung als nicht hinreichend: Es könnten Menschen, die jetzt nicht an der Reihe sind, dagegen klagen. Davor haben wir bereits im Dezember gewarnt, und wir haben einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Das haben Sie in den Redebeiträgen seinerzeit zurückgewiesen.

Nun aber fordert der Vorsitzen-

de der CSU-Landesgruppe, man brauche ein parlamentarisches Begleitgremium, um quasi im Nachhinein doch über ein neues Gremium Legitimation herbeizuführen. Wir haben einen anderen Vorschlag: Geben Sie sich einen Ruck, und sorgen Sie dafür, dass in der nächsten Sitzungswoche in der zweiten Beratung unser Entwurf für ein Impfgesetz beschlossen wird. Dann hätten wir Rechtssicherheit.

Was die Kollegin der SPD gesagt hat Aufklärung statt Impfpflicht für das pflegerische Personal, kann man nur unterstreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade sind neue Verschärfungen in Kraft getreten: ein Bewegungsradius von 15 Kilometern, der auch verfassungsrechtliche Fragen aufwirft und der eine krasse Ungleichbehandlung von ländlichem Raum und Ballungsgebieten darstellt, sowie die Regel „ein Haushalt plus eine Person“, die in der Praxis inhuman sein kann, wenn die Großeltern nicht gemeinsam zu Besuch kommen können oder wenn Kinderbetreuung in Nachbarschaftshilfe unmöglich gemacht wird. Da wäre die schleswig-holsteinische Regelung, die bisher galt, besser gewesen. Schulen und Kitas sind geschlossen. Die Verzweigung in der Wirtschaft wächst.

In dieser Situation sagte die Kanzlerin informell gestern in einer internen Sitzung, man müsse sich auf acht bis zehn weitere Wochen der Härte einstellen, vielleicht gar bis Ostern. Das ist eine verstörende Perspektive, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch bei einer nationalen Kraftanstrengung geht einer Gesellschaft irgendwann die Puste aus.

**Es wurde uns lange gesagt, die vulnerablen Gruppen können nicht geschützt werden.**



Wir können das Land nicht über Monate im Lockdown halten.

Deshalb ist unsere Forderung, dass wir nun gemeinsam an Lösungsperspektiven arbeiten, an einem Wirkungsmechanismus, an dem Szenarien, wo regional unter welchen Bedingungen wieder geöffnet werden kann.

Entschuldigung, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU über diese Frage so echauffieren: Der Bewerber um den Vorsitz der CDU Friedrich Merz sagte vorgestern, der Punkt, dass es nicht mehr weiter geht, sei jetzt schon erreicht. „Schnell raus aus dem Lockdown, möglichst schnell zurück zum normalen Wirtschaften mit Hygienekonzept“, so Friedrich Merz. Ich bin gespannt auf die Machtausensetzungen zwischen Konrad-Adenauer-Haus und Bundeskanzleramt, wenn der Bundesparteitag im Sinne von Herrn Merz entscheiden sollte Konjunktiv; ist ja Ihre Sache.

Beklemmend ist die Lage bei den Sterbezahlen. Es wurde uns lange gesagt, die vulnerablen Gruppen können nicht geschützt werden. Frau Bundeskanzlerin, wir hatten zu der Frage hier eine Auseinandersetzung. Wir haben vorgeschlagen, FFP2-Masken auszugeben Wochen später erst umgesetzt. Wir haben Teststrategien vorgeschlagen erst im Januar Bestandteil der Bund Länder Beschlussfassung. Zögerlich wurden die Vorschläge umgesetzt. Bis heute ist kaum vermittelbar, dass Ski und Rodelpisten besser kontrolliert werden als der Zugang zu Alten und Pflegeheimen.

Und nun, in dieser Situation, wird Herr Brinkhaus heute in der „FAZ“ mit einem Satz zitiert: Es müsse gefragt werden, „ob wir da-

rauf in den vergangenen Wochen angemessen reagiert haben“, also auf die Situation im Bereich der stationären Pflege. Herr Brinkhaus, Ihre rhetorische Frage will ich beantworten: Nein, Sie haben nicht angemessen reagiert. Es war ein Politikversagen mit Anlauf und mit Ansage.

### Wir können das Land nicht über Monate im Lockdown halten.

Wir brauchen nun alternative Strategien: Schutz der Risikogruppen, auch durch die Möglichkeit, exklusive Zeitfenster beim Einkauf zu haben – wir haben das vielfach hier vorgeschlagen –, die Beschleunigung des Impfens, ein regionaler Zugang. Und vielleicht sollten wir tatsächlich Markus Söders Forderung nach einer Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken sorgfältig prüfen.

Auch dies hatte ich im Dezem-

ber Frau Merkel, Sie erinnern sich an diesem Pult schon vorgeschlagen als mildere Alternative zum kompletten Schließen des Handels. Nun schlägt Herr Söder es vor, und ich bin dafür, dass wir ein verpflichtendes Tragen von den besonders schützenden FFP2-Masken im öffentlichen Raum prüfen. Wir müssen prüfen, ob wir die Kosten dafür steuerlich abzugsfähig machen oder über die Bundesagentur für Arbeit auf den Regelsatz beim ALG II mit aufnehmen oder ob eine Erstattung finanziert auch aus Bundeszuschuss in der gesetzlichen Krankenversicherung möglich ist. Das kann man alles diskutieren. Aber das Ziel muss sein: Wenn Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken, dann Zug um Zug mit dem Wiedereröffnen von Handel, gesellschaftlich kulturellem Leben, Kitas und Schulen

Zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben gesehen, dass die Novemberhilfen immer noch

nicht ausgezahlt worden sind und dass im Nachhinein die Rechtsgrundlagen verändert worden sind, sodass ein neuer Antrag gestellt werden muss. Das ist für viele, die jetzt um ihre wirtschaftliche Existenz bangen und keine Hilfe haben, eine Tragödie, gerade wenn Frau Merkel die Ansage macht: vielleicht noch weitere zehn Wochen. Die Auszahlung der Hilfen muss schneller und besser erfolgen. Vor allen Dingen aber: Geben Sie innerhalb der Bundesregierung endlich Ihren Widerstand gegen den vollen Verlustrücktrag des Jahres 2020 in die Vorjahre auf. Denn das wäre über die Finanzämter eine schnell mögliche Überlebenshilfe für unseren Mittelstand, der vom Ertrinken bedroht ist.

(Beifall bei der FDP)

Karin Maag, CDU/CSU:

## Nicht jedes Land muss sein eigenes Modell fahren



Karin Maag (\*1962)  
Wahlkreis Stuttgart II

Deshalb haben wir im Dritten Bevölkerungsschutzgesetz den Gesundheitsminister beauftragt, die Labore nicht nur zur Sequenzierung zu verpflichten, sondern vor allem auch die Daten an das RKI zu melden.

In vielen Regionen sind die Belastungsgrenzen erreicht. Kurz: Die Fallzahlen müssen runter. Deswegen ist es nicht nur richtig und unvermeidbar, dass wir den Lockdown bis zum 31. Januar aufrechterhalten und dass die Ministerpräsidentenkonferenz das Ganze sogar noch mal verschärft hat. Umso wichtiger das ist ein Thema, das uns wirklich beschäftigt ist doch, dass wir innerhalb eines Jahres schon zwei wirksame Impfstoffe zur Verfügung haben ein großartiger Erfolg von Wissenschaft und Forschung. Ehrlich gesagt, finde ich es jammerschade, dass hier im Parlament der Versuch gemacht wird, solche Erfolge zu zerreden.

Für mich und meine Fraktion geht es jetzt vor allem ums Impfen. Frau Bas, natürlich kann man Fragen stellen; es kommt aber immer auf den Kontext an, es kommt darauf an, wer sie stellt und in welchem Zusammenhang. Ich gehe davon aus, dass im Kabinett wirklich ausreichend Möglichkeit bestand, dies zu diskutieren.

Es gibt kein Impfchaos. Im Gegenteil: Wir sind in der Union un-

serem Gesundheitsminister Jens Spahn für seine Weitsicht dankbar. Es war sein Weg, gemeinsam mit Europa zu bestellen. Die 26 anderen EU-Staaten haben doch in den nächsten zehn Jahren im Gedächtnis, wie sich das wirtschaftsstarke Deutschland in der Not verhalten hat. Bulgarien, Kroatien und Portugal würden heute nicht impfen ohne die europäische Initiative. Und er war es, der die Impfstoffallianz mit Frankreich, Italien und den Niederlanden bereits im April ins Leben gerufen hat, um der „America First“ Politik etwas entgegenzusetzen und auch für Europa gute Bestellergebnisse zu erzielen.

Wenn alle Bestellungen bedient werden, dann verfügen wir in Deutschland über 300 Millionen Dosen Impfstoff und können – das wurde mehrfach schon gesagt – allen Deutschen bis zum Sommer ein Impfangebot machen. Wir haben also, Herr Lindner, kein Bestellproblem; aber der Impfstoff muss nach der Zulassung auch hergestellt werden. Und auch da unternimmt der Bundesgesundheitsminister alles, damit schnell mehr Impfstoff zur Verfügung steht. Bereits genehmigt hat

die EMA, die EU-Arzneimittelbehörde, die Ausweitung der regelhaften Entnahme auf sechs statt fünf Dosen aus den Behältnissen; das sind 20 Prozent mehr. Die Länder wissen seit dem 27. Dezember 2020 Bescheid. Dass BioNTech und Pfizer auch in Marburg produzieren können, hat ebenfalls sehr viel mit dem Gesundheitsminister zu tun. Er hat sich bereits im August, als sonst noch niemand daran gedacht hat, um weitere Produktionsmöglichkeiten bemüht.

BioNTech kann nicht zuletzt deshalb die Verdopplung seiner Produktionskapazitäten ankündigen. Der Bund und das Land Hessen streben einen Produktionsstart im Februar an. 2 Milliarden Dosen Impfstoff, das ist doch ein Wort! Der Gedanke jedenfalls, dass überall dort, wo Kopfschmerztabletten hergestellt werden, auch Impfstoff produziert werden kann, geht jedenfalls sehr entspannt mit Sach und Fachkenntnis um und schlicht an der Realität vorbei.

Kurz: Wir sind im internationalen Vergleich nicht an der Spitze, aber auch bei Weitem nicht Schlusslicht.

Bislang sind in Deutschland der Minister hat es gesagt 700 000 Impfungen gegen Covid-19 registriert. Wir werden täglich besser, und ich empfehle allen Nörglern, sich nur einmal mit den Bürgern in Frankreich oder in Holland zu unterhalten; das erdet ganz bestimmt. Und übrigens: Dort, wo geimpft wird, funktioniert es. Ich kann die Organisatoren und die

Mitarbeiter zum Beispiel im Impfzentrum am Robert-Bosch-Krankenhaus bei mir in Stuttgart nur ausdrücklich loben. Ich war mit meiner 84-jährigen Mutter dort. Wir haben einen Impftermin für sie ergattert; es lief wie am Schnürchen.

Was offensichtlich nicht funktioniert, ist das Einladungsmanagement. Da hätte ich mir gewünscht, dass die Länder auf ein bundeseinheitliches Angebot unserer Kassenärztlichen Bundesvereinigung zurückgegriffen hätten. Nicht jedes Land muss sein eigenes Modell fahren; den tatsächlich mehr oder weniger erzielten Erfolg kann man an den unterschiedlichen Länderimpfquoten ablesen. Klar ist für mich: Die Menschen wollen einfach und schnell einen Termin. Dabei kommt es nicht auf zwei Tage mehr oder weniger an; es geht um die Sicherheit, dass sie tatsächlich einen Termin erhalten.

Unser wichtigstes Etappen und Zwischenziel heißt jetzt, die über 80-Jährigen in den Pflegeheimen zu impfen und dann sukzessive auch den über 70-Jährigen ein Impfangebot zu machen. Wir können im Februar/März damit schon sehr weit sein. Das wird nicht nur unser Gesundheitssystem, die Krankenhäuser deutlich entlasten; es wird einen entscheidenden Sprung in der Bekämpfung der Pandemie geben. Ich bin dankbar für jeden, der sich impfen lässt. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jan Korte [DIE LINKE]: Scheint alles gut zu laufen! Gegenruf des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

Es wird einen entscheidenden Sprung in der Bekämpfung der Pandemie geben.



Amira Mohamed Ali, Die Linke:

## Das ist nicht gut gelaufen



Amira Mohamed Ali (\*1980)  
Landesliste Niedersachsen

Herr Gesundheitsminister, Sie sagten: Es wird ruckeln am Anfang der Impfkation. Ich frage Sie: Wann hört es auf, zu ruckeln? Mir hat kürzlich ein älterer Mann, etwa Mitte 60, der schwer lungenkrank ist, gesagt, dass er von einer Impfhotline die Auskunft bekommen hat, dass er mit seiner Impfung nicht vor Oktober rechnen kann. Was sagen Sie diesem Mann? Nach wie vor herrscht bei der Vergabe der Impftermine an vielen Stellen Chaos. Und, Herr Minister, Sie können die Verantwortung dafür nicht einfach auf die Länder abschieben. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie es hinbekommt, diese wichtige Sache vernünftig mit den Ländern zu koordinieren.

Statt Vertrauen schaffen Sie vor allem Verdross. Und das Problem ist eben nicht nur, dass es teilweise chaotisch und kompliziert ist; das Problem ist vor allem, dass es an Impfstoff fehlt. Andere Länder zeigen, dass es schneller gehen kann: Die USA und Großbritannien haben bereits jetzt einen fünfmal so großen Anteil ihrer Bevölkerung geimpft, Israel sogar einen 33 mal so großen Anteil. Mit den Impfdosen, die nach Ihren Angaben, Herr Spahn, bis Ende März nach Deutschland geliefert werden sollen, können wir gerade einmal sieben Prozent der Bevölkerung impfen.

Sie haben gesagt, dass Sie bis Sommer jedem ein Impfangebot machen wollen. Ja, wie soll denn das konkret gehen?

Erklären Sie das doch mal vernünftig! Auch deswegen hat meine Fraktion darauf bestanden, dass Sie hier heute eine Regierungserklärung abgeben. Aber Sie bleiben im Vagen. Sie nennen nur Lieferungen, die im Laufe des Jahres kommen sollen. Was ist konkret vereinbart für das zweite Quartal?

Bei aller Unterstützung dafür, dass man bei der Impfstoffbestellung eine europäische Lösung gewählt hat das war ja richtig, muss man aber doch feststellen: Das ist nicht gut gelaufen. Während zum Beispiel die USA die Bestellung bei BioNTec bereits im Juli fix hatten, hat die EU erst im letzten November verbindlich bestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren große Kontingente der ersten Produktionschargen aber schon abverkauft, und das, obwohl BioNTec mit dreistelligen Millionenbeträgen sowohl von der EU als auch separat von Deutschland bei der Impfstoffentwicklung unterstützt worden ist. Das können Sie doch niemandem erklären.

Inzwischen haben wir gehört, dass es bei den Bestellungen der EU eben nicht nur um Gesundheitsschutz ging, sondern auch darum, dass bei den Pharmaunternehmen aller großen EU-Mitgliedstaaten bestellt werden musste. Es standen also Wirtschaftsinteressen dahinter. Ich muss wirklich sagen, dass in dieser für die ganze Welt bedrohlichen Lage, bei der so viele Menschenleben auf dem Spiel

stehen, offenbar Profitinteressen von Konzernen eine entscheidende Rolle gespielt haben, ist doch wirklich ein Skandal!

Dazu passt, Herr Spahn, dass Sie unseren Vorschlag, die Lizenzen für die Impfstoffproduktion freizugeben, um so die Produktionskapazitäten zu erhöhen, sofort abgeschmettert haben. Dabei sieht Ihr Infektionsschutzgesetz genau diese Möglichkeit vor. Und – das möchte ich Ihnen auch als Juristin sagen auch unser deutsches Patentrecht kennt eine solche Regelung; auch auf EU- Ebene wäre das möglich.

Herr Spahn, es muss wirklich endlich entschlossen gehandelt werden.

Denn wenn das nicht geschieht, dann bleibt die retende Herdenimmunität, die die Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen garantiert, in weiter Ferne.

Und das ist wirklich eine Hiobsbotschaft für die meisten, besonders für diejenigen, die schon seit Monaten unter der Situation sehr stark leiden.

Es ist ja so, dass die Bundesregierung es nicht schafft, die Aus-

wirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen vernünftig abzufedern und überall da zu helfen, wo es nötig ist. Was ist zum Beispiel mit den versprochenen Hilfen für die krisengeschüttelten Unternehmen und die Solo selbstständigen, Herr Finanzminister Scholz, Herr Wirtschaftsminister Altmaier? Die November und Dezemberhilfen sind nach wie vor nur zu einem ganz kleinen Bruchteil überhaupt geflossen. Schon jetzt stehen sechs von zehn Einzelhändlern vor dem Aus. Kulturschaffende stehen vor den Scherben ihrer Existenz.

Und noch mal, Herr Spahn: Was ist mit den Pflegekräften, die Sie so beklatscht haben? Noch immer haben nicht alle den versprochenen Pandemiezuschlag erhalten, von besseren Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen. Das geht doch nicht!

Was ist mit den Angestellten im Lebensmitteleinzelhandel? Nach wie vor haben viele von ihnen nicht einmal einen Tarifvertrag. Was ist mit den vielen Paketzustellern, die für Armutslöhne arbeiten müssen und in den Zustellzentren auch noch ihre Gesundheit riskieren, weil dort die Infektionsschutzmaßnahmen nicht eingehalten werden? Wieso gibt es da immer noch keine ausreichenden Kontrollen? Das ist doch wohl das Allermindeste!

Aber nein, die Lobbyinteressen von Amazon und Co scheinen

wichtiger als Arbeitnehmerrechte und Gesundheitsschutz zu sein. Aber damit muss doch jetzt endlich Schluss sein!

Und es geht auch nicht, dass die Verschärfungen der Infektionsschutzmaßnahmen ausschließlich den privaten Bereich betreffen und eben nicht den Arbeitsplatz. Wir brauchen aber ein Recht auf Homeoffice, überall da, wo es geht. Und überall da, wo Homeoffice nicht geht, brauchen wir verbindliche Vorgaben für den Arbeitsplatz, und die müssen auch kontrolliert werden.

Das wäre wirklich nötig, um Infektionszahlen abzusinken. Und genau das muss dringend geschehen. Es kann so nicht weitergehen, auch nicht an den Schulen. Es geht nicht, dass Eltern sich jetzt wochen und monatelang weiterhin sowohl um Homeoffice als auch um Home schooling ihrer Kinder kümmern müssen. Das kann so nicht weitergehen.

Die allermeisten Menschen warten sehnsüchtig auf die Impfung. Sie ist der Lichtblick nach all diesen trüben Monaten. Aber Sie, Herr Spahn, Sie verstolpern den Anfang, und Sie geben kein Vertrauen, dass es besser wird. Das ist vollkommen inakzeptabel.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Die allermeisten Menschen warten sehnsüchtig auf die Impfung.**



Impfzentrum in Essen: Hier sollen bis zu 2.300 Menschen pro Tag geimpft werden. Bei einem Testlauf kontrolliert ein Rettungssanitäter die Unterlagen eines Impf-Willigen.

© picture-alliance/dpa / Rupert Oberhäuser



Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

## Ich finde, diese Verantwortung kann man nicht übernehmen



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

sich jetzt dafür engagieren, die ehrenamtlich oder hauptamtlich dafür sorgen, dass es mit dem Impfen richtig losgeht. Aber ich sage zugleich auch: Wecken wir keine falsche Illusion! Die Pandemie werden wir nicht auf Knopfdruck beenden. Und Herr Lindner, wir werden sie auch nicht dadurch beenden, wenn Sie das jetzt gerne wieder anders haben wollen und mit der FFP2-Maske gerne im Restaurant sitzen wollen. In meinem Kopf lief ein Film ab, wie das eigentlich gehen soll. Nein, so einfach geht es eben nicht, meine Damen und Herren.

Wir brauchen einen reibungslosen Ablauf bei den Impfungen. Es braucht jetzt mehr Informationen, es braucht mehr Aufklärung. Es kann nicht sein, dass die Enkelin das Internet durchforsten muss, damit der 80-jährige Großvater einen Impftermin bekommt; das ist vollkommen richtig. Wir brauchen eine Kampagne. Wir müssen dafür sorgen, dass man sich einfach und bitte auch bundeseinheitlich informieren kann gerne im Fernsehen, im Radio, überall, dass man Termine zugeschickt bekommt. Eine solche Einfachheit wird auch das Vertrauen stärken. Darum geht es. Es war verdammt richtig, europäisch zu handeln und nicht national.

Und es wäre noch viel wichtiger, klar zu sagen: Diese Pandemie werden wir erst besiegt haben,

wenn wir sie weltweit besiegt haben, nicht nur in Europa und nicht nur in Deutschland, meine Damen und Herren.

Ja, Corona spannt uns alle an. Es geht uns auf die Nerven, es löst Angst aus, Verzweiflung. Menschen sind Corona müde, viele wollen nichts mehr davon hören. Ich kann das gut verstehen. Aber wir hier dürfen jetzt die Nerven nicht verlieren, nicht die Verantwortlichen und auch alle anderen nicht.

So sinnvoll, wie der Vorschlag von Herr Söder zu den FFP2-Masken ist: Das macht man doch aber nicht mal eben, und das macht man doch auch nicht, indem man sagt: Ja, dann muss halt jeder mal ein bisschen ins Portemonnaie greifen. Wissen Sie eigentlich, wie sich die Maskenpreise entwickelt haben seit diese Ankündigung von Herrn Söder? Krass nach oben. Und was soll denn jetzt eigentlich diejenige sagen, die von Transferleistungen, von Hartz IV lebt und die es in dieser Zeit sowieso schon nicht auf die Reihe kriegen kann, zusätzliche Kosten, zusätzliche Ausgaben zu tragen? Deswegen: Solche Vorschläge, so sinnvoll sie sein mögen, müssen doch im Hinblick auf das Vertrauen in der Bevölkerung so ausgestaltet werden, dass es sich auch die Armen leisten können, dass es sich alle leisten können, meine Damen und Herren. Dann kommen wir einen deutlichen Schritt weiter.

Herr Spahn, Sie haben von Vertrauen geredet. Ja, es sind nicht die Regeln und die Beschränkungen, die die Leute den Kopf schütteln lassen. Sie schütteln vielmehr den Kopf, weil die Regeln und Beschränkungen nicht nachvollziehbar, nicht transparent sind und weil so viele Regelungen so lebensfremd sind. Manchmal fragt man sich wirklich: Worüber sprechen Sie eigentlich genau, wenn Sie diese Regelungen machen?

Dass Geschwister nicht zusammen zur Oma können, dass die Kitas, Schulen und Kultureinrichtungen zu sind, versteht keiner, wenn gleichzeitig alle ins Büro müssen.

#MachtBuerosZu ist ein Hashtag, der im Internet nicht nur deswegen verbreitet wird, weil viele, die im Büro sitzen, sich darüber Gedanken machen, sondern auch alle anderen. Ich habe Rückmeldung bekommen von Menschen, die in Industrieunternehmen arbeiten und sagen: Ja, wir sitzen jeden Morgen im öffentlichen Nahverkehr; der ist total voll. Und wir möchten gern, dass die, die in den Büros arbeiten, nicht auch noch da sitzen, weil sie längst zu Hause arbeiten können. – Ich kann mir nicht vorstellen, dass man das nicht hinbekommen kann.

Da geht es um Arbeitsschutz. Herr Heil, da geht es um Arbeitsschutz, das können Sie machen. Sie haben im letzten Jahr hier, in diesem Parlament, die Möglichkeit bekommen, beim Arbeitsschutz in den Büros und in den Produktionsstätten viel stärker draufzuschauen. Wir brauchen beides. Es kann doch nicht sein, dass wir im Privaten alles einschränken, dass die Schule, die Kita zu hat, dass das Restaurant zu hat und in der Kultur alles zu ist, aber im Arbeitsleben geht es irgendwie dann doch noch so weiter wie bisher. Das geben die Zahlen nicht her. Wenn die Zahlen runterkommen sollen, dann müssen wir auch ans Arbeitsleben und an die Büros ran, meine Damen und Herren.

Dazu gehört noch ein weiterer Punkt, und da geht es leider eben dann doch wieder um die Pandemiewirtschaft.

Was ist mit den Schnelltests? Was ist mit den Schnelltests, die Laien anwenden können? Wir brauchen sie, und zwar flächendeckend, damit diejenigen, die dieses Land am Laufen halten die Kassiererin, die Erzieherin in der Notbetreuung und viele andere, auch tatsächlich sicherer sein können, damit sie das machen können, was wir alle brauchen: Schnelltests, die Laien anwenden können. Wir müssen eine Abnahmegarantie haben. Herr Spahn, bitte vergehen Sie das jetzt nicht. Es kommt wirklich darauf an, dass wir diese Hilfe, diese Unterstüt-

zung in dieser Phase der Pandemie haben, und zwar überall, wo es irgendwie geht, meine Damen und Herren.

Zum Vertrauen gehört auch, dass man das einhält, was man ankündigt. Gestern hat der Wirtschaftsminister war es gestern? verkündet, dass er jetzt eine gute Nachricht habe für alle, die Novemberhilfen beantragt haben. Seit gestern Mittag konnte man sie bekommen seit gestern Mittag vielleicht! Das sind Novemberhilfen, wie der Name schon sagt. Wir haben jetzt Januar 2021. Menschen sind erschöpft. Es gibt Insolvenzen, und Menschen geben heute Geschäfte auf, weil sie nicht mehr können, weil sie nicht mehr nachvollziehen können, dass ihnen immer etwas versprochen wird, was dann nicht eingehalten wird. Wir werden, wenn wir aus dieser Pandemie herauskommen, erleben, dass wir Minister hatten in dieser Bundesregierung, die Dinge angekündigt und nicht eingehalten haben, und dass deswegen Läden, Cafés, Kultureinrichtungen zu sind und nicht wieder aufmachen können.

Ich finde, diese Verantwortung kann man nicht übernehmen. Deswegen sage ich: Ja, wir müssen einen Plan haben, wie wir rauskommen aus der Pandemie. Dazu muss das jetzt so laufen, dass man wirklich Vertrauen haben kann, dass diejenigen Hilfe bekommen, die sie brauchen. Es ist aber auch wichtig, dass wir mit einem klaren, deutlichen Stufenplan sagen, wie wir da wieder rauskommen, dass wir uns an Inzidenzen halten und sagen, was wann geht, was bei welcher Inzidenz geht, damit wir mit Hoffnung und mit Vertrauen in dieses Jahr starten können. Anders, meine Damen und Herren, geht es nicht.

Deswegen: Setzen Sie sich gern mit uns zusammen, dann machen wir das im Bundestag und Bundesrat. Dann ist es wirklich einheitlich, und wir haben nicht mehr dieses Hickhack wie jetzt.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Sehr gut! Den letzten Punkt können wir nur unterstützen!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Carsten Schneider (SPD), Detlev Spangenberg (AfD), Georg Nüßlein (CDU/CSU), Achim Kessler (Die Linke), Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Müller (SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin), Rudolf Henke (CDU/CSU), Erwin Rüdell (CDU/CSU), Mario Mieruch (fraktionslos), Tino Sorge (CDU/CSU) und Claudia Schmidtke (CDU/CSU).



Im Erika-Heß-Eisstadion in Berlin hat vergangenen Donnerstag das zweite Corona-Impfzentrum (CIZ) der Hauptstadt den Betrieb aufgenommen.

© picture-alliance/dpa/Frederic Kern/Geisler-Fotopress



Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung / 204. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 14. Januar 2021

Hubertus Heil, SPD, Bundesminister für Arbeit und Soziales:

## Die Alterssicherung in Deutschland ist gut aufgestellt



Hubertus Heil (\*1972)  
Wahlkreis Gifhorn-Peine

Wir legen heute dem Deutschen Bundestag den Alterssicherungsbericht und den Rentenversicherungsbericht vor. Damit verbunden sind zwei wichtige Nachrichten: Erstens. Die älteren Menschen in Deutschland leben ganz überwiegend in gesicherten finanziellen Verhältnissen. Zweitens. Die Rentenversicherung folgt dem Prinzip der Lebensleistung. Es geht also um soziale Sicherheit, es geht auch um soziale Gerechtigkeit und Stabilität, und darum kümmern wir uns in dieser Koalition.

Ganz konkret bedeutet das, dass die Haushaltseinkommen der Menschen ab 65 Jahren in den Jahren 2015 bis 2019 im Schnitt um 14 Prozent gestiegen sind; im Vergleich dazu stiegen die Lebenshaltungskosten übrigens um 5,3 Prozent. Damit sichern wir ein Grundversprechen des Generationenvertrages ab, nämlich dass Rentnerinnen und Rentner Anteil am steigenden Wohlstand aufgrund der in Deutschland erwirtschafteten Wirtschaftsleistung haben, und zwar im gleichen Maß wie die Menschen, die in Arbeit sind.

Wichtig ist auch, dass die Rentenversicherung stabil ist. Die Sicherungsreserve ist gut gefüllt, und die Renten sind gestiegen, jedenfalls bis zum letzten Jahr, bis vor der Coronakrise. Das liegt nicht nur an der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre vor der Coronakrise und der steigenden Zahl von Beschäftigten; es liegt auch an rentenpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre und auch dieser Legislaturperiode.

Ich will erwähnen den Rentenpakt, den wir auf den Weg ge-

bracht haben, mit dem wir das Rentenniveau gesichert haben. Ich will erwähnen die Verbesserungen beim Thema der Mütterrente. Ich will erwähnen, dass wir zumindest für zukünftige Fälle bei der Erwerbsminderung Verbesserungen eingeführt haben. Ich will erwähnen, dass wir die Beiträge gesenkt haben für 3 Millionen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler mit geringem Einkommen, also bis 1 300 Euro, ohne dass sie bei ihren Alterssicherungsansprüchen schlechtergestellt werden.

Gleichzeitig konnten wir den Beitragssatz 2018 auf 18,6 Prozent absenken und stabil halten. Meine Damen und Herren, damit da kei-

ne Mythen entstehen: Ich kann mich noch erinnern, dass vor 1998, also vor über 22 Jahren, der Rentenversicherungsbeitrag in Deutschland schon mal über 20 Prozent war.

Insofern ist es eine wichtige Nachricht, dass wir die Beiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung stabil gehalten haben.

Wir haben damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung von Wirtschaft und Beschäftigten geleistet.

Und wir haben im Herbst dieses Jahres in diesem Deutschen Bundestag dafür gesorgt, dass Rentnerinnen und Rentner, dass vor allen Dingen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die digitale Rentenin-

formation wissen können, mit welchen Ansprüchen sie in der gesetzlichen Rente und in anderen Säulen der Alterssicherung rechnen können.

Vor allen Dingen aber hat dieser Deutsche Bundestag die Grundrente beschlossen, die jetzt zum 1. Januar in Kraft getreten ist. Das, meine Damen und Herren, ist ein wesentlicher sozialpolitischer Meilenstein, weil es das Vertrauen von Menschen in die Rentenversicherung stärkt, weil klar ist, dass diejenigen, die ihr Lebtag gearbeitet haben, die Kinder erzogen haben, die Angehörige gepflegt haben, mehr verdient haben als das, was sie bisher bekommen haben. Es kann nicht sein, dass vor allen Dingen Frauen aufgrund von viel, viel zu niedrigen Löhnen trotz ihrer Lebensleistung im Alter schlechtergestellt sind. Deshalb ist dieser Fortschritt der Grundrente ein Herzensanliegen – für mich jedenfalls –, und ich bin froh, dass es in dieser Koalition gelungen ist.

Die Debatte ist heute aufgrund

der Pandemie kurz. Deshalb möchte ich in den letzten 30 Sekunden, die ich habe, auf Folgendes hinweisen –

Wir haben noch eine ganze Menge vor der Brust, um Weichen zu stellen, zum Beispiel die Absicherung von Selbstständigen im System der Alterssicherung. Das ist notwendig, gerade in diesen Pandemiezeiten, weil auch für Selbstständige gilt, dass sie nach einem Leben harter Arbeit eine anständige Absicherung im Alter brauchen.

Das wird uns in den nächsten Wochen noch zu beschäftigen haben.

Insgesamt können wir aber feststellen, dass die Alterssicherung in Deutschland trotz mancher Diskussionen und auch mancher Difffamierung mit der tragenden Säule der gesetzlichen Rentenversicherung gut aufgestellt ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Die Renten sind gestiegen, jedenfalls bis zum letzten Jahr, bis vor der Coronakrise.**

Ulrike Schielke-Ziesing, AfD:

## Altersarmut ist letztendlich das Ergebnis dieser Halbherzigkeit



Ulrike Schielke-Ziesing (\*1969)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Aktuell sind die Zahlen der Deutschen Rentenversicherung recht gut. Wir sollten uns also daran erfreuen, solange dieser Zustand anhält; denn das Ende ist leider absehbar und wird aufgrund der wirtschaftlichen Folgen des Lockdown noch eher kommen. Wenn also im Bericht für das Jahr 2023 ein steigendes Rentenniveau vorausgesagt wird, dann liegt das nicht etwa an den dann steigenden Renten und da-

ran, dass der Arbeitsminister so toll gearbeitet hat, sondern an den durch die Wirtschaftskrise bis dahin sinkenden Einkommen. Denn das Rentenniveau ist nichts anderes als das Verhältnis vom durchschnittlichen Arbeitseinkommen zur Standardrente.

Zur Wahrheit gehört auch: Die OECD hat unser Rentensystem jüngst zum Schlechtesten aller Industriestaaten gekürt.

Nirgendwo sonst in den Industriestaaten sind die Sozialbeiträge so hoch wie bei uns und das Rentenniveau so niedrig. Nirgendwo dürfen die Menschen dafür auch noch so lange arbeiten. Dazu findet sich aber nichts im Rentenbericht und auch nichts im aktuellen Alterssicherungsbericht; dabei wäre das durchaus angebracht. Viele Menschen fragen sich zu Recht, wie es sein kann, dass Deutschland Milliardenbeträge in einen europäischen Aufbaufonds verschiebt bzw. dafür bürgt, aus dem dann Länder wie Italien und Spanien ihre üppigen Rentenzahlun-

gen finanzieren.

Denn leider: Ganz so rosig, wie Sie es darstellen, sieht die Altersversorgung in Deutschland eben nicht aus. Ja, es gibt gutgestellte Rentner. Vor allem aber haben wir einen dramatisch ansteigenden Teil von Rentnern, deren Rente nicht mehr zum Leben reicht. In meinem Bundesland, in Mecklenburg-Vorpommern, gibt es für 40 Beitragsjahre gerade einmal 1 000 Euro Bruttorente im Durchschnitt, und davon werden noch die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgezogen. Das kann nicht reichen, und das wissen Sie.

Vor diesem Hintergrund klingt es wie Hohn, dass Sie zwar im Bericht feststellen, dass das Betriebsrentenstärkungsgesetz bislang weitgehend wirkungslos war und auch dass die nachgelagerte Be-

steuerung der Renten das Versorgungsniveau senken wird, aber dann darauf verweisen, dass die Bürger ja privat vorsorgen könnten. Ja, wovon denn? Die vielgepriesene Riester-Rente – auch das wissen wir heute – war ein Schuss in den Ofen. Nach der anfänglichen Euphorie sank die Zahl der Verträge kontinuierlich.

Wollen die Menschen nicht mehr privat vorsorgen? Die Antwort ist: Sie können nicht. Von allen Beschäftigten, die weniger als 1 500 Euro brutto im Monat verdienen, hat noch nicht einmal die Hälfte eine zusätzliche Altersversorgung, und damit ist die Altersarmut vorprogrammiert.

Bei mir im Wahlkreis, Mecklenburgische Seenplatte, betrifft das zum Beispiel die Menschen in der Gastronomie und im Tourismus. Bei den Selbstständigen

sieht es noch schlimmer aus. Schon heute sind viele ehemals Selbstständige im Alter auf Grundversicherung angewiesen, und es werden immer mehr.

Diese Entwicklung sehen wir seit Jahren, ohne dass die

Bundesregierung irgendetwas dagegen getan hätte. Wir warten

**Es kann nicht sein, dass vor allen Dingen Frauen im Alter schlechtergestellt sind.**

**Die vielgepriesene Riester-Rente – auch das wissen wir heute – war ein Schuss in den Ofen.**



immer noch auf die Einbeziehung der Selbstständigen in die Rentenversicherung. Wir warten immer noch darauf, dass die Doppelverbeitragung für Betriebsrentner, deren Verträge vor 2004 abgeschlossen wurden, endlich beseitigt wird. Und wir warten immer noch

auf die Umsetzung der angekündigten Hilfen für zahlreiche DDR-Rentner, denen im Zuge der Rentenüberleitung ihre Zusatzversorgung genommen wurde. Und vor allem warten wir immer noch auf eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, weil letztendlich nur eine

flourierende Wirtschaft dafür sorgen kann, dass die Menschen zu guten Löhnen arbeiten können und dann entsprechend in die Rentenkasse einzahlen. Altersarmut, die aktuelle wie die zukünftige, ist letztendlich das Ergebnis dieser Halbherzigkeit. Ich komme

zum Ende mit einem Zitat aus dem Gutachten des Sozialbeirats:

Damit für möglichst viele eine lebensstandardsichernde Gesamtversorgung gewährleistet wird, muss die Politik den bisherigen Pfad der Alterssicherung ... überdenken. Das, meine Damen und

Herren, ist ein Armutszeugnis für die Bilanz des Arbeitsministers und dieser Koalition.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Peter Weiß, CDU/CSU:

## Wir haben mehr Licht als Schatten in der Altersversorgung



Peter Weiß (\*1956)  
Wahlkreis Emmendingen-Lahr

Gerade in einer Zeit vielfältiger Verunsicherung, wie wir sie derzeit erleben, tut es gut, dass ein nicht auf Vermutungen, sondern auf präzise erhobenen Zahlen beruhender Bericht zeigt: Unsere gesetzliche Rente, das Hauptstandbein der Altersversorgung der Menschen in unserem Land, ist stabil, ist gerade in dieser Krise stabil; und sie hat vor allen Dingen eine ausreichende Rücklage von über 36 Milliarden Euro zum Jahresbeginn 2021, die uns hilft, auch bei wirtschaftlichen Schwankungen und Veränderungen zu sagen: Ja, die Rente ist sicher in unserem Land. – Das ist eine tolle Nachricht.

Klar, die Pandemie wird auch ihre Auswirkungen haben. Die wahrscheinlich nicht gerade tolle Lohnentwicklung des Jahres 2020 wird ihre Auswirkung darin haben, dass eben 2021 die Renten nicht steigen können. Trotzdem ist schon sicher, dass für die Rentnerinnen und Rentner im Osten es noch mal eine Steigerung geben wird. Auch das ist eine gute Botschaft: Der Osten holt auf. Wir schaffen schnell und zügig die Rentenangleichung Ost-West.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vom Herrn Bundesminister daran erinnert worden: Wir haben ja zurzeit einen, wenn man die letzten Jahrzehnte überblickt, historisch nied-

rigen Rentenbeitrag von 18,6 Prozent. Wenn man das würdigen will, dann muss man die alten Rentenversicherungsberichte von früheren Jahren lesen. Wenn man den alten Berichten von vor zehn Jahren folgen würde, dann müssten wir heute bei 19,9 Prozent Rentenversicherungsbeitrag liegen und müssten mit einer Minirücklage in der Rentenversicherung rechnen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das zeigt den Erfolg der letzten Jahrzehnte, in denen wir das Rentensystem stabil gemacht haben, Leistungsverbesserungen eingeführt haben und trotzdem den historisch niedrigsten Beitragssatz haben. Das muss man erst mal hinbekommen. Wir haben es hinbekommen.

Der Alterssicherungsbericht, der nur alle vier Jahre vorzulegen ist und der auf der mit über 40 000 Befragungen größten Repräsentativerhebung zur Altersvorsorge in Deutschland fußt – nirgendwo gibt es solidere und besser erhobene Zahlen als in diesem Bericht -, zeigt uns: Es gibt viel Licht, es gibt auch Schatten. Zum Licht gehört, dass in der Tat die Alterseinkommen der Deutschen in den letzten zehn Jahren gestiegen sind. Zum Licht gehört auch, dass die Verbreitung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge angestiegen ist. Allerdings ist sie in den letzten Jahren dem hohen Beschäftigungsaufwuchs

nicht nachgekommen. Das zeigt: Das ist einer der Punkte, an denen wir nachsteuern müssen, um die zusätzliche Altersvorsorge zu stärken.

Da spielt natürlich die Frage, wie gerade Geringverdiener zu einer zusätzlichen Rente kommen sollen, eine entscheidende Rolle. Wir haben ja deswegen die Geringverdienerförderung eingeführt. Der Alterssicherungsbericht sagt uns: Ja, das fängt schon an zu wirken. – Ich bin der Auffassung, wir sollten diese Geringverdiener-

förderung, die eine rein arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge aufbaut, noch mal zusätzlich stärken und vielleicht auch verpflichtend machen.

Das Zweite ist das Thema der Selbstständigen. Der Bericht zeigt: Wir haben eine große Zahl von Selbstständigen, die ein gutes Einkommen haben, gut fürs Alter vorgesorgt haben – kein Problem. Aber wir haben eben auch eine Gruppe von Selbstständigen, die wenig oder gar nicht fürs Alter vorgesorgt hat, was zu dem Effekt führt, dass der Anteil ehemals Selbstständiger in der Grundsicherung im Alter deutlich höher ist als der früherer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deswegen ist eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbstständige ebenfalls ein Vorhaben, das aus diesem Alterssicherungsbericht zwingend als Notwendigkeit zu erkennen ist.

Wir haben ja im Parlament im-

mer wieder Debatten über niedrige Renten. Die gibt es, ja, aber vor allem – das zeigt der Bericht als Erstes – bei denjenigen, die nicht einmal 30 Jahre im Arbeitsleben waren. Da ist es auch eine logische Konsequenz; dann kann man ja keine Entgeltpunkte angesammelt haben. Der Bericht zeigt uns auch als Zweites: Meistens, sehr oft fällt niedrige Rente mit einem sehr hohen Einkommen zusammen. Das wird meistens in Debatten verschwiegen, weil es sich nämlich um Personen, um Mitbürgerinnen und Mitbürger handelt, die in anderer Art und Weise fürs Alter vorgesorgt haben, ein gutes Alterseinkommen haben. Mit einer gemäß der Statistik niedrigen Rentenzahlung ist noch nichts über Altersarmut ausgesagt. Man muss immer

gucken: Was ist das Gesamteinkommen? Dazu sieht man eben in diesem Bericht sehr deutlich herausgearbeitet: Oft steht niedrige Rente im Zusammenhang mit hohem Alterseinkommen, das aus anderen Quellen stammt. – Auch das sollte man endlich aus Fairness mal zur Kenntnis nehmen.

Dann haben wir – das ist schon interessant – auch öffentliche Debatten erlebt über das Thema

„Menschen, die im Rentenalter sind und doch noch arbeiten gehen“. Dazu, finde ich, ist diese Untersuchung hochinteressant. Ja, 24 Prozent der Befragten sagen, sie machen das, weil sie dadurch ihre finanzielle Situation verbessern wollen. Aber noch mal mehr, 27 Prozent, sagen, sie machen das, weil sie Spaß an der Arbeit haben. Und 22 Prozent sagen: weil sie weiterhin eine Aufgabe haben wollen. Das zeigt doch sehr deutlich: Das Bild ist viel bunter. Es ist doch schön, dass viele Menschen im Rentenalter sagen: Ich habe Spaß und Freude an Arbeit, und deswegen mache ich das. – Das sollten wir ihnen nicht vermiesen und auch nicht schlechtreden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen wenigen Hinweisen will ich einfach nur sagen: Dieser Alterssicherungsbericht, für den ich mich ausdrücklich bedanke, weil er so hervorragende Untersuchungen auf breiter Basis enthält, zeigt: Wir haben mehr Licht als Schatten in der deutschen Altersversorgung. Wir sind aber aufgerufen, auch die Schattenstellen gründlich zu bearbeiten. Das wollen wir machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Wir sollten die Geringverdienerförderung stärken und verpflichtend machen.**

**Wir schaffen schnell und zügig die Rentenangleichung Ost-West.**



Die Alterseinkünfte von Rentnerhaushalten sind zuletzt gestiegen. Aber nicht alle Gruppen profitieren.

© picture-alliance/dpa/Ulrich Baumgarten



Johannes Vogel, FDP:

## Nicht nur bis zum Ende der Legislaturperiode denken



Johannes Vogel (\*1982)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

In der Tat, dieser Bericht zeigt Licht, er zeigt Schatten, und er wirft Fragen auf.

Licht, in der Tat. Gott sei Dank ist die finanzielle Situation der meisten Menschen im Alter in unserem Land gut. Gute wirtschaftliche Entwicklung kommt auch bei den Menschen an. Die meisten, die im Alter noch arbeiten, tun das, weil sie es gerne wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der po-

litische Schluss daraus muss doch sein: erstens ein flexibles Rentensystem, wie Schweden uns das vor macht, wo man selber entscheiden kann, wie lange man arbeiten will, und zweitens zielgenaues Vorgehen gegen Altersarmut. Unsere Kernkritik an Ihrer Grundrente ist, dass die genau das nicht leistet, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das ist falsch.

Schatten, in der Tat. Der Bericht zeigt auch, dass Männer im Alter immer noch erheblich besser abgesichert sind als Frauen. Das zeigt, wie wichtig Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist und ein Rentensystem, das zu modernen Lebensläufen passt. Schatten: Der Bericht zeigt, dass – liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, Peter Weiß hat es eben beklagt – genau seit-

dem Sie, namentlich Horst Seehofer mit seiner Aussage „Riester ist gescheitert“ – er ist ja hier -, angefangen haben, die kapitalgedeckte Altersvorsorge schlechtzureden, die Verbreitung in Deutschland zurückgeht. Das zeigt doch: Wir sollen sie nicht schlechtreden, sondern endlich besser machen; denn wir brauchen die kapitalgedeckte Altersvorsorge.

**Bis 2035  
haben wir schon  
80 Milliarden  
Euro  
zusätzliche  
Kosten.**

Deshalb muss sie endlich einfacher, verbraucherfreundlicher und aktienorientierter werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und: Fragen, die wirft dieser Bericht insbesondere auch auf. Das ist ja der letzte Rentenversicherungsbericht, den wir hier in dieser Legislaturperiode diskutieren, das heißt auch ein Stück weit die Gesamtbilanz dieser Koalition in der Rentenpolitik. Daher, lieber

Hubertus Heil, sehr geehrter Herr Arbeitsminister, will ich mal ein paar Fragen formulieren, die bis heute unbeantwortet sind.

Ihr Rentenpaket, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, sorgt dafür, dass wir bis 2030 68 Milliarden Euro zusätzliche Kosten haben, sagt die Deutsche Rentenversicherung. Bis 2035 haben wir schon 80 Milliarden Euro zusätzliche Kosten, sagt ein Mitglied Ihrer Rentenkommission – übrigens nicht in Summe, sondern Jahr für Jahr.

Wir haben Sie in diesem Plenum schon mehrfach gefragt, und Sie beantworten diese Frage bis heute nicht: Wie wollen Sie das künftig finanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Soll der Beitragssatz für die Jüngeren explodieren? Setzen Sie auf wundersame Brotvermehrung im Steuertopf? Wollen Sie, dass die Hälfte des Bundeshaushaltes künftig für den Rentenzuschuss draufgeht?

Wir sind jetzt schon auf dem Weg zu einem Drittel. Oder wollen Sie die Steuern erhöhen? Um das mal zu quantifizieren: 80 Mil-

liarden Euro zusätzliche Kosten jährlich, das wären zum Beispiel 6 Prozent Mehrwertsteuererhöhung. Oder sollen alle Bürgerinnen und Bürger zwangsweise bis 70 arbeiten?

Diese Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, müssen Sie beantworten; Sie tun es bis heute nicht. Deshalb muss man leider sagen: Für die jüngere Generation – denn die müssen das bezahlen – ist das eine katastrophale Bilanz in der Rentenpolitik.

Dieser Bericht zeigt leider auch: Wir müssen bei der Rente endlich anfangen, wieder in Jahrzehnten zu denken – und nicht nur bis zum Ende der Legislaturperiode.

Ihre Rentenpolitik macht leider das Gegenteil, und wir sollten in diesem Wahljahr darüber reden, wie wir das in Deutschland wieder ändern können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Matthias W. Birkwald, Die Linke:

## Machen Sie endlich Politik für die Menschen statt für Profite!



Matthias W. Birkwald (\*1961)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ein Vergleich mit Frankreich und Italien aus der „Welt am Sonntag“ in puncto Rente zeigt: Es ist höchste Zeit für einen Neustart in der Rentenpolitik.

Warum? Die Menschen in Frankreich und Italien geben für ihre Seniorinnen und Senioren deutlich mehr Geld aus als wir. Darum erhalten Durchschnittsverdienende hierzulande auch nur die Hälfte ihres Nettoeinkommens als Rente. In Frankreich sind es mehr als zwei Drittel und in

Italien sogar fast 80 Prozent. Darum dürfen die Menschen in diesen beiden Ländern eher in Rente gehen; denn in Deutschland liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter durchschnittlich bei knapp 62 Jahren, in Italien bei fast 61 Jahren und in Frankreich nur bei gut 59 Jahren.

Frankreich und Italien liegen auf den Plätzen zwei und drei bei der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft in der Europäischen Union. Sie sind gut mit Deutschland vergleichbar. Mehr Rente vom Netto, früher in Rente und höhere Ausgaben für Rentnerinnen und Rentner, das zeigt: In Frankreich und in Italien sind die Älteren und die Alten der Gesellschaft deutlich mehr wert als in Deutschland, und das ist gut so.

Darum brauchen wir endlich Reformen mit Herz, Mut und Verstand.

Die Linke sagt: Die Rentnerinnen und Rentner von heute, morgen und übermorgen brauchen sichere Renten, die verlässlich vor Altersarmut schützen und den Lebensstandard sichern, und das ohne Maloche bis zum Tode.

Der aktuelle Rentenversicherungsbericht und der jüngste Alterssicherungsbericht zeigen deutlich, wie weit der Weg dahin ist:

Erstens. Die Renten in Deutschland sind viel zu niedrig. Die durchschnittlich ausgezahlte Rente aller gut 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner beträgt aktuell nur 1 048 Euro, und das sind die Witwenrenten schon mit drin. Aber 80 Prozent der Rentnerinnen und Rentner erhalten nur eine einzige Rente, und die liegt im Schnitt nur bei 949 Euro. Damit haben zwar nur wenige Menschen Anspruch auf Grundsicherung oder Wohngeld; aber ein würdevolles Leben im Al-

**20 Prozent Arme  
sind viel zu  
viel, und daran  
muss sich jetzt  
dringend etwas  
ändern.**

ter ist damit nicht möglich. Steigende Mieten und Mehrausgaben während der Pandemie drängen diese Menschen an den Rand, und der Sozialstaat lässt sie nach einem harten Arbeitsleben oft im Stich.

Zweitens. Die Altersarmut nimmt von Jahr zu Jahr zu, und das ist ein Skandal.

Nach Daten des Statistischen Bundesamtes liegt jeder fünfte Rentnerhaushalt unterhalb der Armutsschwelle, Herr Weiß, und die liegt nach dessen Konzept bei Alleinlebenden bei 1 074 Euro netto und für einen Zweipersonenhaushalt bei 1 611 Euro.

Meine Damen und Herren, 20 Prozent Arme sind viel zu viel, und daran muss sich jetzt dringend etwas ändern.

Statt einer Nullrunde im Juli fordern wir Linken, das Rentenniveau stufenweise wieder auf Lebensstandardsichernde 53 Prozent anzuheben – wie im Jahr 2000.

Dann läge die Durchschnittsrente nämlich nicht mehr bei 1 048 Euro, sondern mit knapp 1 155 Euro immerhin auch über der Armutsgrenze.

Liebe Bundesregierung, liebe Koalition, ich fordere Sie auf:

Erstens. Bekämpfen Sie die Ur-

sachen zukünftiger Altersarmut mit einem gesetzlichen Mindestlohn zwischen 12 und 13 Euro!

Zweitens. Streichen Sie die willkürliche 12,5-Prozent-Kürzung aus der sogenannten Grundrente!

Drittens und letztens. Arbeiten Sie mit uns nach österreichischem Vorbild an einer einkommens- und vermögensgeprüften Solidarischen Mindestrente von 1 200 Euro plus Wohngeld in Städten mit sehr hohen Mieten!

Herr Präsident, mein letzter Satz. – Meine Damen und Herren, machen Sie endlich Politik für die Menschen statt für Profite! Stärken Sie die gesetzliche Rente, damit Rentnerinnen und Rentner nicht nur in Frankreich und Italien, sondern auch in Deutschland gut leben können!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU): Das waren aber viele Punkte!)

**Die meisten,  
die im Alter  
noch arbeiten,  
tun das,  
weil sie es gerne  
wollen.**

**Die Altersarmut  
nimmt von  
Jahr zu Jahr  
zu, und das  
ist ein  
Skandal.**



Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen:

## Ein stabiles Rentenniveau hat oberste Priorität



Markus Kurth (\*1966)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

zehnjährige Phase der Hochkonjunktur mit guter Beschäftigungsentwicklung und guter Lohnentwicklung hinter uns. Da müsste es mit dem Teufel zugehen, wenn die Rentenfinanzen nicht relativ in Ordnung wären, was sie sind. Was Sie, Herr Heil, aber verschwiegen haben – Sie schwelgen ja in der Vergangenheit und in der Erinnerung –, ist, dass Sie diese wirklich guten Jahre komplett verschenkt haben, um die Rentenversicherung auf die Zukunft vorzubereiten.

Ganz im Gegenteil haben Sie mit Mütterrente I und II, Rente mit 63 neue Ausgabenblöcke geschaffen, die aus Steuermitteln hätten finanziert werden müssen und nicht aus Beitragseinnahmen. Das belastet die gesetzliche Ren-

tenversicherung mit insgesamt 13 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist die Bilanz von sieben Jahren Großer Koalition.

Tatsache ist, dass dieser Rentenversicherungsbericht die Wirklichkeit verschleiern. Sie sprechen von einem Gesamtversorgungsniveau von 53 bis 55 Prozent und nehmen dabei an, dass die Leute vom ersten Tag

an in die Riester-Rente einzahlen, dass 4 Prozent Rendite dabei herauspringen und dass nicht mehr als 10 Prozent Verwaltungskosten fällig werden.

Die Wirklichkeit ist, dass gerade mal 11 Millionen Personen von 35

Millionen Berechtigten überhaupt die Riester-Zulagen kriegen, die meisten davon noch nicht mal vollständig. 4 Prozent Rendite kriegt man bei einer sicheren Anlage niemals, und die durchschnittlichen Verwaltungskosten betragen 25 Prozent, so nach Untersuchung des Vereins Finanzwende. Das ist die Wirklichkeit.

Das habe ich auch Ihr Ministerium gefragt, und das Ministerium, Herr Heil, hat gesagt, das seien alles Modellannahmen, die Praxis – so nahezu wörtlich – sei irrelevant. Also, wenn die Praxis für Sie irrelevant ist, wenn es um so etwas Entscheidendes geht wie das

Gesamtversorgungsniveau, dann kann man bei diesem Rentenversicherungsbericht überhaupt nicht von präzisen Zahlen und von der Wirklichkeit sprechen.

Ich sage jetzt ganz klar: Für Bündnis 90/Die Grünen – das ha-

ben wir in unserem Grundsatzprogramm erst jüngst beschlossen – hat ein stabiles Rentenniveau oberste Priorität; denn wir wollen eine verlässliche Einkommensabsicherung für alle. Und wenn wir andere Gruppen in die Rentenversicherung einbeziehen wollen, zum Beispiel die Selbstständigen, dann geht dies nur, wenn diese mehr erwarten können als eine etwas bessere Armutsabsicherung.

Das geht aber nur, wenn es eine stabile Einkommensabsicherung gibt.

Das sage ich den Leuten, die vielleicht Angst haben vor der Bürgerversicherung: Mit Bündnis 90/Die Grünen kann man sich darauf verlassen, dass das System der gesetzlichen Versicherung intakt und solidarisch bleibt.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Wir wollen eine verlässliche Einkommensabsicherung für alle.**

Ralf Kapschack, SPD:

## Keine pauschale Erhöhung der Altersgrenze mit der SPD



Ralf Kapschack (\*1954)  
Wahlkreis Ennepe-Ruhr-Kreis II

der sogenannten Rente mit 63, mit Verbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten, mit den Haltelinien für Niveau und Beitrag bis 2025 und nicht zuletzt mit der Grundrente. Und wir wollen die gesetzliche Rente weiter stärken.

Was ihre Zukunft angeht, wird ja in diesen Tagen wieder schlicht die Forderung „Wir müssen länger arbeiten, weil wir länger leben“ angeführt; anders sei das auf Dauer nicht zu finanzieren. Um es klar zu sagen: Mit der SPD ist eine pauschale Erhöhung der Altersgrenze nicht zu machen.

Denn eine erneute Heraufsetzung der Altersgrenze bedeutet für Hunderttausende eine Kürzung ihrer Rentenansprüche, für diejenigen nämlich, die es schon heute nicht schaffen, bis 65 plus zu arbeiten. Und mit weiter steigendem Renteneintrittsalter würde dieser Anteil umso größer.

Es ist auch eine Verteilungsfrage; denn Lebenserwartung und damit die Frage, wie lange überhaupt Rente bezogen wird, hängt stark vom sozialen Status und vom Lebensstandard ab. Konkret: Schlecht verdienende Beschäftigte bekommen nicht nur geringere Renten, sie haben oft auch weniger davon, weil sie nicht so lange leben. Gute Arbeit ist auch hier der entscheidende Hebel für eine

ordentliche Rente.

Wenn man schon die Forderung nach längerem Arbeiten gebetsmühlenartig wiederholt, dann erwarte ich auch konkrete Vorschläge, wie Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit so gestaltet werden können, dass deutlich mehr Beschäftigte die Rente gesund erreichen.

Dann erwarte ich auch Lösungen für diejenigen, die es wegen einer starken körperlichen Belas-

tung einfach nicht schaffen und mit lebenslangen Abschlagen leben müssen. Dazu hört man aber nix.

Was wir brauchen, sind mehr flexible und sozial abgesicherte Optionen für den Übergang in den Ruhestand. Das Flexirentengesetz kann da eine gute Grundlage für entsprechende Vereinbarungen der Tarifpartner bieten. Da ist noch jede Menge Luft nach oben.

Die Forderung nach längerer Lebensarbeitszeit wird ja mit den finanziellen Herausforderungen der Rentenversicherung in den nächsten Jahren begründet. Wir haben da andere Vorschläge: Gute Arbeit mit ordentlichen Löhnen und eine fantasievolle Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind die entscheidenden Stellschrauben für ei-

ne gute Rente.

Die Beiträge sind bis 2025 gedeckelt, aber – das sage ich auch ganz offen – sie sind nicht in Stein gemeißelt.

Daneben braucht es sicher auch in Zukunft erhebliche Steuermittel. Und: Wir schlagen eine Erwerbstätigenversicherung vor, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete.

Das hat auch etwas mit dem Zusammenhalt in der Gesellschaft zu tun und mit Vertrauen in Staat und Demokratie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)



Gesicherte Renten und Alterseinkommen gehören zu den wichtigsten Säulen im Sozialstaat

© picture-alliance/dpa/SvenSimon | FrankHoermann



Max Straubinger, CDU/CSU:

## Die Union wird das auf alle Fälle gewährleisten



Max Straubinger (\*1954)  
Wahlkreis Rottal-Inn

Wir sind am Schluss dieser Debatte zum Rentenversicherungsbericht bzw. zum Alterssicherungsbericht. Ich glaube, das sind eindrucksvolle Zahlen, die der Bundesminister vorgestellt hat, die auch die Kollegen Weiß und Kapshack hier verdeutlicht haben.

Dieser Rentenversicherungsbericht zeigt aber auch auf, dass die Rentnerinnen und Rentner vielfältige Möglichkeiten haben. Es gibt ja nicht nur die gesetzliche Rentenversicherung, sondern auch die Beamtenversorgung, die Versorgung in den berufsständischen Versorgungswerken, in der landwirtschaftlichen Alterskasse und in der Knappschaftsversicherung. Das zeigt: Die Rentensituation für die Bürgerinnen und Bürger ist sehr vielfältig, das hat sich auch aus der Historie heraus so ergeben.

Das Großartige dabei ist, dass die wenigsten Menschen auf Grundsicherung angewiesen sind: 2,5 Prozent bei den Altersrenten; bei der Erwerbsminderungsrente sind es etwas mehr. Selbst bei den Selbstständigen, bei denen wir darüber nachdenken, sie in eine Versicherungspflicht aufzunehmen, zeigt der Alterssicherungsbericht, dass nur 4,2 Prozent der Selbstständigen auf Grundsicherung angewiesen sind.

Hier ist zu hinterfragen, aus welchen Gründen dies entstanden ist. Manche können auch kurz vorm Eintritt in die Altersrente unter Umständen mit der Firma Pech haben, wenn sie abhängig sind von einem Lieferanten bzw. wenn von einem, dem sie sehr vieles geliefert haben, das nicht bezahlt wird. Das gibt es natürlich auch, diese Wechselfälle des Lebens. Das zeigt aber auch sehr deutlich, dass wir mit dem Instrument der Grundsicherung, das in der Debatte in der Regel vielfach nicht großartig geschätzt wird, sondern ne-

gativ bewertet wird,

ein großartiges soziales Sicherungssystem für die Wechselfälle des Lebens haben.

Es ist offensichtlich durchaus möglich, dass man viel Freude hat, sodass man auch im gesetzteren Alter noch arbeiten will. Von daher ist das, was der Kollege Weiß dargestellt hat, durchaus sehr nachvollziehbar und wird auch im Alterssicherungsbericht manifestiert.

Ich verstehe gar nicht, dass Sie das anzweifeln – vor allen Dingen, da Sie bisher für die Rentenversicherung überhaupt kein Konzept haben. Ihre Fraktion weiß ja immer noch nicht – nach fast vier Jahren Zugehörigkeit im Deutschen Bundestag, aber auch angesichts eines doch schon etwas längeren Bestehens der Partei –, wie sie sich zwischen der Abschaffung der Rentenversicherung und der kapitalgedeckten Altersvorsorge ent-

scheiden soll. Denn das, was Sie verabschiedet haben, war ein rentenpolitisches Wischiwaschi; anders kann man es nicht nennen.

In keinsten Weise haben Sie etwas dafür getan, dass sich die Menschen in der Zukunft danach sehnen und sagen: Die Alterssicherung, die uns die AfD aufischt, wäre wirklich eine tolle Nummer.

Das muss man doch wirklich sehen. Da ist es tatsächlich so, dass man so lange in seinem Leben arbeiten muss wie Ihr Fraktionsvorsitzender.

Das ist letztendlich die Konsequenz daraus. Von daher: Sie brauchen uns hier keine Belehrungen mit auf den Weg geben.

Darüber, sich im Alter zu betätigen, werden wir zukünftig sicherlich noch reden müssen; denn wir haben etwa folgende Situation: 80 Jahre erreichen die Menschen in unserem Land. Dann reden wir von bis zu 20 Jahren Schulausbildung und Ähnlichem, bis man ins

Berufsleben kommt. Wir haben mittlerweile eine durchschnittliche Rentenbezugszeit von knapp 20 Jahren. Das bedeutet: 20 Jahre auf der einen Seite vorm Berufsleben, 20 Jahre auf der anderen Seite. Also, das heißt nicht Malochen bis zum Umfallen, lieber Herr Birkwald, wie Sie es ausgedrückt haben, sondern fast 20 Jahre Rentenbezugszeit; das ist eine ganz andere Geschichte. Wenn wir also 40 Jahre arbeiten und die Lebenserwartung weiter steigt, dann müssen wir darüber nachdenken, wie wir diese Anforderungen auf die Gesellschaft verteilen. Diese Fragen hat der Kollege Vogel aufgeworfen, aber leider nicht beantwortet. Er hat gesagt: Das ist eine Herausforderung für uns alle.

und dass wir eine hohe Erwerbstätigenquote haben. Die haben wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert.

Ich sage ganz offen: Ich bin etwas zurückhaltend, wenn ich sehe, dass im letzten Jahr die Zahl der erwerbstätigen Menschen um 500 000 gefallen ist. Das bereitet mit Blick auf die soziale Sicherung der Menschen insgesamt Sorgen. Dabei geht es nicht nur um die Rente, sondern das wird irgendwann sicherlich auch Auswirkungen auf

die Krankenversicherung, auf die Arbeitslosenversicherung, auf die Pflegeversicherung haben.

Deshalb ist es entscheidend, darauf zu achten, eine vernünftige wirtschaftliche Grundlage in unserem Land zu erhalten. Und das ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nur zu erreichen, wenn wir weiterhin Zugang zu den Weltmärkten haben. Ich danke der

**Denn das, was Sie verabschiedet haben, war ein rentenpolitisches Wischiwaschi.**

Bundeskanzlerin insbesondere für ihr Eintreten für ein Investitionsabkommen mit China, für das Abkommen mit Kanada, für das Mercosur-Abkommen und dergleichen mehr. All das, was verschiedentlich kritisch diskutiert wird, gerade von der linken Seite und von der rechten Seite, ist die Grundlage für unseren wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand.

Es wird in der Zukunft darum gehen, hier die richtigen Weichenstellungen zu tätigen. Die Union wird das auf alle Fälle gewährleisten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Von daher: Sie brauchen uns hier keine Belehrungen mit auf den Weg geben.**



Hochbetagte Rentner sind als Angehörige einer Hochrisikogruppe die ersten, die von Corona-Impfungen profitieren sollen.

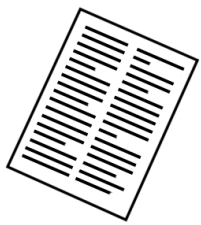
© picture-alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul



leicht  
erklärt!

# Der Präsident der USA

## Wer ist das?



Im folgenden Text geht es um den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.  
Oder kürzer: Um den US-Präsidenten.

Dabei geht es aber nicht um eine bestimmte Person.  
Es geht um das Amt.

Darum wird im Text vor allem beschrieben, wie ein Präsident sein Amt am besten erfüllen sollte.

Aber natürlich gibt es Präsidenten, die ihre Aufgaben besser erledigen.  
Und es gibt Präsidenten, die das schlechter machen.

Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Wer ist der US-Präsident?
- Welche Aufgaben hat er?
- Wie wird man US-Präsident?

### Wer ist der US-Präsident?

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein politisches Amt.

Es ist das wichtigste und mächtigste Amt in den USA.



Der US-Präsident hat viele verschiedene Aufgaben.  
Und er kann viele verschiedene Dinge tun.

Er hat drei Haupt-Aufgaben:

- 1) Er ist das Staats-Oberhaupt der USA
- 2) Er leitet die Regierung der USA
- 3) Er ist der Chef vom Militär der USA

Im Folgenden werden diese drei Aufgaben genauer erklärt.



### 1) Staats-Oberhaupt

Die meisten Länder auf der Welt haben ein Staats-Oberhaupt.

Das ist die Person mit dem höchsten Amt im Land.

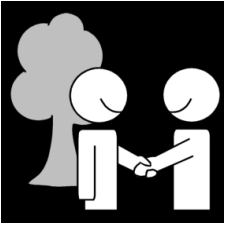
Der US-Präsident ist das Staats-Oberhaupt der USA.

Das bedeutet zum Beispiel:

Er vertritt die USA in anderen Ländern.







Dafür besucht er oft andere Länder. Dort trifft er sich zum Beispiel mit wichtigen Politikern.

Oder er lädt die Politiker zu sich in die USA ein.

So kümmert er sich um die Kontakte der USA zu anderen Ländern.

Er kann auch für die USA Verträge mit anderen Ländern besprechen.

Als Staats-Oberhaupt hat er aber auch viele wichtige Aufgaben innerhalb der USA.

Er kann zum Beispiel Richter und andere wichtige Beamte vorschlagen.

Er unterschreibt neue Gesetze oder er kann einen Einspruch gegen sie einlegen.

Und er hat das Recht, bestimmte Straftäter zu begnadigen. Das heißt, er kann ihnen die Strafe erlassen.

## 2) Regierungs-Chef



Der US-Präsident ist auch der Regierungs-Chef seines Landes.

Ein Regierungs-Chef leitet die Regierung eines Landes.

Und die Regierung sind wiederum die Politiker, die das ganze Land leiten.

Sie sorgen vor allem dafür, dass Gesetze durchgesetzt werden.

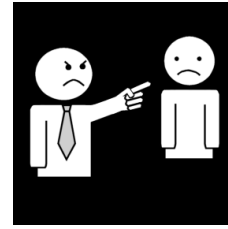
Als Regierungs-Chef hat der Präsident großen Einfluss darauf, welche Politik in den USA gemacht wird.

## 3) Ober-Befehlshaber des Militärs



Der Präsident ist der Chef des Militärs der USA.

Das bedeutet, er befiehlt über die Soldaten der USA.



## Große Macht

Der Präsident der USA hat also sehr viele verschiedene Aufgaben.

Er übernimmt Aufgaben, die zum Beispiel in Deutschland von mehreren Personen übernommen werden.

Bei uns ist zum Beispiel der Bundes-Präsident das Staats-Oberhaupt.

Der Bundes-Kanzler ist der Regierungs-Chef.

Der Verteidigungs-Minister ist die meiste Zeit der Ober-Befehlshaber des Militärs.

In bestimmten Fällen kann das auch der Bundes-Kanzler sein.

Im Amt des US-Präsidenten sind alle diese Ämter vereint.

Die Macht des US-Präsidenten ist nicht nur für die Menschen in den USA wichtig.



Denn: Die USA gehören zu den mächtigsten Ländern auf der Welt.

Sie haben in vielen Bereichen eine wichtigste Stellung.

Zum Beispiel beim Militär. Oder im Handel.

Das ist ein Grund, warum man häufig hört: der US-Präsident ist eine der mächtigsten Personen auf der Welt.

Aber: Die Macht des US-Präsidenten hat Grenzen.

Er kann nicht einfach tun, was er möchte.

Zum einen muss er sich natürlich an die Gesetze der USA halten.

Außerdem gibt es in den USA andere Politiker-Gruppen, die auch viel Macht haben.

Das ist vor allem eine Politiker-Gruppe, die man „Kongress“ nennt.







Im Kongress sitzen Politiker, die von den Menschen in den USA gewählt wurden. Sie vertreten die Bürger der USA.

Der Kongress hat verschiedene Aufgaben.

Er macht zum Beispiel die Gesetze in den USA.

Und an die muss sich der Präsident ja halten.

Außerdem bestimmt der Kongress, wofür der Präsident Geld ausgeben darf.

Ohne den Kongress kann der Präsident also seine Pläne nicht so einfach umsetzen.

Wenn der Präsident seine Aufgaben besonders schlecht erfüllt, kann ihm der Kongress sogar sein Amt wegnehmen.

Das sind nur einige Beispiele, wie die Macht des Präsidenten eingeschränkt wird.

## Das Weiße Haus

Der Präsident arbeitet meistens in einem Gebäude, das man als das Weiße Haus kennt.

Auf dem Bild links ist es zu sehen.

Eigentlich handelt es sich dabei um ein Gelände mit vielen verschiedenen Gebäuden.

Es liegt in der amerikanischen Haupt-Stadt Washington.

Hier gibt es viele verschiedene Räume.

Zum Beispiel Büros für die Mitarbeiter des Präsidenten. Oder Räume, in denen der Präsident Politiker aus anderen Ländern empfangen kann.

Im Weißen Haus liegt auch das Büro vom Präsidenten.

Es hat den Namen: Oval Office. Das ist Englisch für: Rundes Büro. Das Büro hat nämlich eine runde Form.



## Wie wird man US-Präsident?

### Wahl zum US-Präsidenten

Der Präsident der USA wird gewählt.

Und zwar von den Bürgern der USA.

Wenn man als Kandidat antreten will, muss man verschiedene Dinge erfüllen.

Zum Beispiel:

Man muss mindestens 35 Jahre alt sein.

Außerdem muss man von Geburt an amerikanischer Bürger sein.

Das bedeutet: Menschen, die in die USA gezogen sind und US-Bürger geworden sind, können sich nicht zum US-Präsidenten wählen lassen.

Und man muss seit mindestens 14 Jahren in den USA wohnen.

### Die friedliche Macht-Übergabe

Die Wahl des US-Präsidenten findet alle 4 Jahre im November statt.

Die Amts-Zeit beginnt dann immer am 20. Januar des folgenden Jahres um 12 Uhr mittags.

Zum Beispiel:

Die letzte Wahl in den USA war am 3. November 2020.

Und die Amts-Zeit des neuen US-Präsidenten wird am 20. Januar 2021 beginnen.

Wenn eine neue Person zum Präsidenten gewählt wurde, dann sind diese zweieinhalb Monate besonders wichtig.

In dieser Zeit übergibt nämlich der alte Präsident seine Aufgaben an den neuen Präsidenten.

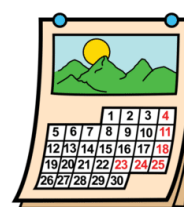


Bild des  
Weißen  
Hauses





Der neue Präsident kann sich schon mal in seine Aufgaben einarbeiten, bevor es dann im Januar richtig losgeht.

Er kann zum Beispiel Mitarbeiter einstellen.

Und er kann schon viele Dinge lernen, die er für seine Arbeit als Präsident braucht.

Bild Vereidigung Trump

### Amts-Einführung

Die Amts-Einführung des neuen Präsidenten ist immer am 20. Januar um 12 Uhr mittags.

Dann gibt es eine Feier.

Dabei legt der neue Präsident einen Eid ab.

Man nennt das auch: Vereidigung.

Das bedeutet: Der Präsident schwört, dass er seine Arbeit so gut wie möglich erledigen wird.

Und er schwört, die Verfassung der USA zu schützen.

Die Verfassung ist das wichtigste Gesetz in den USA.

Sie legt die wichtigsten Regeln fest, nach denen die Menschen in den USA zusammenleben.

Nach seinem Eid hält der neue Präsident eine Rede.

Darin erklärt er zum Beispiel, was er in den nächsten 4 Jahren tun will.

Danach gibt es eine Parade zum Weißen Haus.

### Amts-Zeit



Wenn der Präsident gewählt wurde, bleibt er normalerweise 4 Jahre lang im Amt.

Diese Zeit nennt man Amts-Zeit.



Ein US-Präsident darf nach seiner ersten Amts-Zeit noch einmal zur Wahl antreten.

Wenn er gewählt wird, bekommt er eine zweite Amts-Zeit.

Dann ist er noch einmal 4 Jahre lang im Amt.

Danach darf er sich nicht mehr wählen lassen.

Ein US-Präsident darf also höchstens 8 Jahre im Amt sein.

Diese Regel gibt es, damit niemand zu lange US-Präsident bleibt.

Denn dann könnte die Person vielleicht zu viel bestimmen.

### Kurz zusammengefasst



Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist also einer der mächtigsten Menschen auf der Welt.

Er kann sehr viel entscheiden.

Aber: Seine Macht hat auch Grenzen.

Die werden zum Beispiel durch den Kongress gesetzt.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Wolfgang Krumm. Portrait Kohl: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Tim Brakemeier. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 3-4/2021  
Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Februar 2021.

